

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Wesenspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abböler 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 — **Volksheldkonto Leipzig Nr. 534 77**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 7221 8. — **Berlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72-01

Inseratenpreise: Die 11zeilige, Kolonelle 35 Pf., bei Plausvorchrift 40 Pf., Stellenangebote 10 Gsch. Kolonelle 25 Pf. Familienanzeigen von Privatpersonen die 10 Gsch. Kolonelle mit 50% Nachl. Reklamezettel 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 11zeil. Kolonelle 40 Pf. bei Plausvorchrift 50 Pf., Reklamezettel 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postämter entgegen

Der Sozialismus gegen Fredericus Rex

Großer Wahlsieg in Potsdam

Die sozialdemokratischen Stimmen verdreifacht

WZ Potsdam, 11. März.

Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung haben folgende Zahlen erbracht:
Deutschnationale 11 352 (1924: 11 069) Stimmen, 16 (19) Sitze.
Deutsche Volkspartei 2233 (2462) St., 3 (3) Sitze.
Sozialdemokraten 6691 (3393) St., 14 (5) Sitze.
Kommunisten 1590 (2290) St., 2 (3) Sitze.
Deutsche Sozialistenpartei (Runje) 291 (1756) St., 0 (2) Sitze.
Demokraten 1173 (1363) St., 1 (2) Sitze.
Zentrum 893 (988) St., 1 (1) Sitze.
Bodenreformer 677 (0) St., 1 (0) Sitze.
Handel, Gewerbe, Grundbesitz, Mittelstand 3537 (4000) St., 5 (6) Sitze.
Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung 125 (0) St.
Christlichsozialer Volkspartei 489 (0) St.
Nationalsozialistische Arbeiterpartei 481 (0) St.

Die Wahlen in Potsdam übertreffen alle die Siege, die die Sozialdemokratische Partei während der letzten Monate in großer Zahl zu verzeichnen hatte. Das Ergebnis in der Stadt des Fredericus Rex hat eine besonders starke symbolische Bedeutung, da Potsdam noch immer als der Sitz und der Hort des alten Geistes der preussischen Monarchie zu gelten hat. Die Stadtverordnetenwahlen in Potsdam fanden außerhalb der allgemeinen preussischen Kommunalwahlen statt, da seinerzeit das Potsdamer Stadtverordnetenkollegium vorzeitig aufgelöst werden mußte.

Es versteht sich, daß insbesondere die Rechtsparteien alle Mittel in Bewegung setzten, um den Vormarsch der sozialistischen Partei gerade in diesem Zentrum der monarchistischen Bestrebungen aufzuhalten, und um das „Andenken“ an Fredericus Rex, der in Tausenden von Filmstreifen der Bevölkerung immer erneut als leuchtendes Beispiel vorgeführt wird, zu wahren. Wie das gelungen ist, das zeigen die vorstehenden Ergebnisse der gestrigen Wahlen, die als ein Triumph der Sozialdemokratischen Partei zu werten sind und die für die bevorstehenden Reichstagswahlen die kühnsten Hoffnungen rechtfertigen dürften. Dies um so mehr, als alle anderen Parteien, die Kommunisten eingeschlossen, Stimmen verloren haben. Vielleicht mit Ausnahme der Demokraten, denen die 677 Stimmen der Bodenreformer zugerechnet werden müßten.

Das Ergebnis von Potsdam zeigt, welche Aufstiegsmöglichkeiten vorhanden sind, wenn jeder nach seinen Kräften tätig ist, um den bürgerlichen Parteien in ihrer Gesamtheit die Quittung für die Schandtaten der letzten vier Jahre auszustellen. Die sozialdemokratische Organisation des Bezirks Leipzig hat gestern auf ihrer Bezirksgeneralsammlung den Wahlausmarsch vollzogen. Sie hat gelobt, alle Kräfte in Bewegung zu setzen, um dem Gegner einen vernichtenden Schlag zuzufügen.

Was in Potsdam, der nationalstisch verweichtesten Stadt Deutschlands möglich war, das muß auch in dem traditionell roten Arbeiter-Stadt Leipzig möglich sein. Der Geist des Sozialismus triumphiert über dem Potsdamer Geist der Reaktion, trotz aller Propagandamethoden, die von den großkapitalistischen Gegnern in verfahrenswidriger Weise verwendet werden.

Die Arbeiterklasse und der Weltfrieden

Weltproletariat und Abrüstung

„Die arbeitenden Klassen (haben) die Pflicht, selber die Mysterien der internationalen Staatskunst zu bemeistern, die diplomatischen Streiche ihrer Regierungen zu überwinden, ihnen nötigenfalls mit aller ihnen zu Gebote stehenden Macht entgegenzuarbeiten und, wenn außerstande, den Streich zu verhindern, sich zu gleichzeitiger öffentlicher Anklage zu verbinden. ... Der Kampf für eine solche auswärtige Politik bildet einen Teil des allgemeinen Kampfes für die Emanzipation der arbeitenden Klassen. Proletariat aller Länder vereinigt Euch!“ Karl Marx.

II.

K. L. Ohne die theoretische Klarlegung der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus und seiner weltpolitischen Auswirkungen wird man schwerlich die im Rahmen des Kapitalismus vorhandenen Möglichkeiten zur Einschränkung der Rüstungen und Herabminderung der Kriegsgefahr abzuschätzen und darauf eine proletarische Friedenspolitik aufbauen können. Selbstverständlich, solche Möglichkeiten sind innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung vorhanden, und keine proletarische Partei wird auf ihre Ausnutzung verzichten können. Wo aber liegen diese Möglichkeiten? Der Bericht der Abrüstungskommission der WZ spricht davon, daß es „schon in den gegenwärtigen politischen Verhältnissen Kräfte, die nach einer Einschränkung der Rüstungen drängen“, gibt. Die Kräfte werden dann in folgendem angegeben:

„Die Furcht der herrschenden Klassen vor neuen Revolutionen, die jeder Krieg entfesseln müßte, und die Erkenntnis, daß das Betrüben des Krieges automatisch herbeizuführen droht; die infolge der Umwälzungen der Kriegstechnik ungeheuerlich wachsenden Kosten der Rüstungen und das Sicherheitsbedürfnis der im Auslande angelegten Kapitalien; die Erkenntnis endlich, daß die Abrüstung der besiegten Nationen auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden kann, wenn nicht auch die Siegernationen die vertragmäßig übernommene Verpflichtung zur Beschränkung ihrer Rüstungen erfüllen.“

Den schwersten Fehler begeht diese Darstellung, wenn sie in der kapitalistischen Gesellschaft vorhandene Möglichkeiten bereits als wirksame Kräfte konstatiert. Es sind nicht, wie der Bericht dann weiter sagt, „die in den herrschenden Klassen selbst wirksamen Tendenzen zum internationalen Abrüstungs-Übereinkommen“ auszuwählen, sondern es sind die in den politischen Machtverhältnissen bedingten Kräfte der proletarischen Parteien in Bewegung zu setzen. Gerade an dieser Stelle des Berichts zeigt es sich, daß die bloße ethische „Brandmarkung“ der Genfer Abrüstungsarbeit unzureichend ist. Es muß bedacht werden, weshalb die Genfer Abrüstung ohne Erfolg geblieben ist. Dann wird man feststellen müssen, daß in Genf nicht Tendenzen zu einer Abrüstung, sondern zu einer modernen Aufrüstung wirksam gewesen sind. Die durch die Verschiedenheit der „Theßen“ dokumentierte Gegensätzlichkeit in der Genfer Kommission hat dies bis zum Ueberflus bewiesen. Diese Gegensätzlichkeit (Frankreich und England in der Heeresabrüstung, England und die U.S.A. in der Seearüstung usw.) war wiederum nur ein Ausdruck für den politisch-ökonomischen Gegensatz zwischen den verschiedenen nationalen Imperialismen und bewirkte letzten Endes die Resultatlosigkeit einer reglementierten Aufrüstung. Insofern nun aber bezüglich der Genfer Abrüstung wirkliches Wollen einer Abrüstung, und nicht einer modernen Aufrüstung vorgelegen hat, war dies nicht durch „die in den herrschenden Klassen selbst wirksamen Tendenzen“ — eine theoretische Analyse des Imperialismus erweist die Kräfte; die der Bericht angibt, als nicht real —, sondern durch den Ansturm der sozialistischen Kräfte gegen die „herrschenden Klassen“ bestimmt. Daß dies Wollen so ungeheuer gering war, ergibt sich aus der mangelnden Akzivität der einzelnen proletarischen Landesparteien zur Abrüstungsfrage. Die im Rahmen des Kapitalismus vorhandenen Möglichkeiten, die Kriegsgefahr herabzumindern, sind nur auszuwählen — und sie sind noch lange nicht ausgenutzt! —, wenn die proletarischen Kräfte als Kampf um die Eroberung der politischen Macht entfesselt werden.

Wie das Proletariat in seinem Kampf um die Eroberung der politischen Macht danach strebt, den hierfür günstigsten Boden in der Form der politischen Demokratie zu sichern, so muß es auch bemüht sein, die innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft günstigste Basis für die Behandlung der Konflikte zwischen den bürgerlichen Staaten auszuwerten. Eine solche Grundlage ist in der im „Genfer Protokoll“ von 1924 angestrebten Lösung zu erblicken. Sie würde natürlich nicht eine Umwandlung der mit einer permanenten Kriegsgefahr ausgestatteten kapitalistischen Produktionsordnung in einen anti-imperialistischen, „friedlichen“ Kapitalismus herbeiführen, eine Auflösung, die das Genfer Protokoll bei vielen Sozialisten hervorgerufen hat. Der durch das Genfer Protokoll (generelle obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit usw.) beschlossene Tatbestand wäre im Rahmen des Kapitalismus auch ein günstiger Boden für die kriegsverhindernde Aktivität, die mit Aussicht auf Erfolg ausschließlich von den Organen des internationalen Proletariats entfesselt werden

Ein Devoli-Automobil für 150 Mark

Am Antwort wird gebeten

Seit einigen Wochen bereits ist bekannt, daß sich die Devoli in Zahlungsschwierigkeiten befindet. Nichtsdestoweniger wurde die Propagandätätigkeit fortgesetzt. Die Herren in Raumburg leben herrlich und in Freuden, während die Angestellten Woche um Woche auf ihre Gehälter warten müssen. So erging es einem Kraftwagenführer, der im Bezirk Leipzig tätig war. Da auch er von der Luft nicht zu leben vermochte, noch weniger aber von den mit allen technischen Schikanen verfertigten Filmstreifen der Devoli, so suchte er Rat und Tat, um seinen Hunger zu stillen. Er wandte sich an die Leipziger Automobil-Gesellschaft mit dem Ersuchen, den von ihm betreuten Wagen mit allen Apparaten abzugeben. Das geschah zum fogenannten Preise von 150 Mark. Der Angestellte suchte sich auf diese Weise schadlos zu halten.

Die Filmpropaganda der Devoli hat demzufolge finanzielle Erfolge bisher nicht zu verzeichnen gehabt, wenigstens haben die Angestellten nichts davon verspürt, und es scheint, als wenn auch sonst die Bevölkerung von den Darbietungen der Devoli nicht geteilt, daß die Angestellten des mit so großer Reklame aufgejagten sonderlich begeistert wäre.

Auch aus dem Halleischen und anderen Bezirken wird mit-Unternehmens am Hungertuche nagen. Von einigen wurde der Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens eingebracht. Ueber das Ergebnis dieses Schrittes wurde bisher Definitives nicht mitgeteilt. Da sich, wie unseren Lesern bekannt, die Devoli für unser Blatt besonders interessiert, erklären wir, daß die Sozialdemokratische Partei jederzeit bereit wäre, den gesamten Apparat zu übernehmen. In den seinerzeitigen Berichtigungen wurde festgestellt, daß die Devoli nur kulturellen Zwecken dienen wolle. Die Leipziger Automobil-Gesellschaft aber dürfte mit dem Wagen nicht allzu viel anzufangen wissen. Darum machen wir das Angebot, die gesamten Wagen zum Preise von je 150 Mark zu übernehmen und verpflichten uns, die kulturelle Propaganda fortzuführen, und zwar im edelsten Sinne des Wortes, im Geiste des Sozialismus.

Würde über unseren Vorschlag eine Verständigung herbeigeführt, dann brauchte nicht jeder einzelne Kraftwagenführer der Devoli, wie das am 9. März 1928 in Leipzig geschehen ist, mit jeder bestebigen Automobilgesellschaft besonders zu verhandeln. Die Sozialdemokratische Partei würde die Verpflichtung übernehmen, daß wenigstens die Angestellten dieses „grandiosen“ Unternehmens nicht zu verhungern bräuchten.

Unterzeichnung der Freigabevorlage

Washington, 10. März.

Präsident Coolidge hat die Vorlage über die Freigabe des deutschen Eigentums unterzeichnet. Mit dieser Unterzeichnung durch Präsident Coolidge hat die Bill nunmehr Gesetzeskraft erlangt. Die Vorsitzenden der Budgetausschüsse des Repräsentantenhauses und des Senates, Green und Smoot, drückten ihre große Befriedigung darüber aus, daß diese schwierige, viele Jahre heftig umstrittene Frage endlich zur Zufriedenheit beider Länder gelöst ist.

Zum Inkrafttreten des amerikanischen Freigabegesetzes weist die Abteilung Amerika des Bundes der Auslandsdeutschen, Berlin, Lützenstraße 27/28, nochmals auf die im Gesetz vorgesehenen Fristen hin. Sämtliche Anträge auf Freigabe beschlagnahmten Eigentums müssen längstens innerhalb eines Jahres angemeldet sein, da die betreffenden Vermögenswerte andernfalls als Besitz der deutschen Regierung betrachtet und zur Befriedigung der amerikanischen Forderungen gegen Deutschland verwandt werden. Entschädigungsansprüche für deutsche Patente, die von der amerikanischen Regierung übernommen wurden, verfallen sogar schon, sofern ein entsprechender Antrag nicht innerhalb einer Frist von vier Monaten nach Ernennung des Schiedsrichters für diese Ansprüche gestellt ist; es ist anzunehmen, daß die Ernennung des Schiedsrichters jetzt sofort erfolgt. Die Abteilung Amerika des Bundes der Auslandsdeutschen ist zu näheren Auskünften bereit.

Die polnischen Senatswahlen

Bedeutende Zunahme der sozialistischen Stimmen

SPD Warschau, 12. März (Radio).

Die gestrigen Wahlen zum polnischen Senat haben bei sehr ruhigem Verlauf ebenso wie die Sejmwahlen eine bedeutende Zunahme der sozialistischen Stimmen aufzuweisen. Nach den bisher vorliegenden Resultaten dürfte die Polnische Sozialistische Partei im künftigen Senat etwa 10 bis 11 Sitze erhalten, während sie bisher nur 7 besessen hatte. Im einzelnen hat die PPS ihr Warschauer Mandat zwar verloren, dafür aber in Lodz zwei, in Posen einen und in Kielce zwei Sitze gewonnen. Wie bei dem Ergebnis der Sejmwahlen steht auch jetzt wieder die Regierungsliste an der Spitze sämtlicher anderen Listen. Sie hat in den größeren Städten fast überall zwei und drei Mandate bekommen. In Warschau zieht von der Regierungsliste in den Senat der Außenminister Zaleski sowie das frühere Mitglied des polnischen Regentenschaftsrates in den Senat ein. Die übrigen beiden Mandate in Warschau fallen den Nationaldemokraten und der jüdischen Minderheit zu. Die deutsche Minderheit scheint gut abgeschlossen zu haben. Ihr ist nach den bisherigen Ergebnissen je ein Mandat in Posen, im Posenschen und in Oberschlesien sicher. Die Rechtsparteien haben mehrere Mandate erhalten können. Die Wahlbeteiligung betrug in Warschau etwa 50, in der Provinz 30 bis 60 Prozent, während sie in den von der deutschen Bevölkerung bewohnten Gebieten stärker war und mitunter 100 Prozent erreichte.

Kämpfe im Irak

SPD London, 10. März.

Wie aus Koweit berichtet wird, sind bei den Grenzklämpfen im Irak zwei englische Flugzeuge von den Wahabiten abgeschossen worden. Während ein Flugzeugführer getötet wurde, konnte der andere aus dem abgeschürzten Flugzeug gerettet werden.

Das Londoner Ministerium für Indien bemerkt die Meldungen, nach denen Truppen nach dem Irak transportiert worden wären. Es wird aber auch heute wieder in einem Bericht der Morning Post aus Bagra davon gesprochen, daß indische Truppen im Grenzkampf stehen und es wird auch gesagt, an welchem Teil der Front sie stehen.

Ein Monarchisten-Komplot in Rußland

Organisierte WirtschaftsSabotage

Der Staatsanwalt beim Obersten Gerichtshof der Sowjetunion veröffentlicht eine Mitteilung über die Aufdeckung einer gegenrevolutionären Organisation im Bezirk Schacht (Doneszbecken), die sich mit der Desorganisation und Zerstörung der Steinkohlenindustrie dieses Bezirks befaßt habe. In der Mitteilung heißt es, die Untersuchung habe festgestellt, daß die Zentrale der Organisation sich im Ausland befindet und aus ehemaligen Eigentümern und Aktionären der Kohlenunternehmungen des Doneszbeckens besteht. Als Agenten dieser Organisation in der Sowjetunion dienten, so heißt es in dem Bericht des Staatsanwalts weiter, eine Gruppe Ingenieure, Techniker und Steiger sowie eine Reihe von Angestellten, die systematisch Gehalt von ihren ehemaligen Direktoren und Sonderbeträge von Agenten des ausländischen Spionagedienstes bezogen. Die Organisation besaß sich infolge langjähriger Sabotage und Unterhinderung der Kohlenwirtschaft durch unrationelle Bauartigkeit, unnötige Ausgaben sowie direkte Zerstörung von Gruben, Bergwerken und Kapitalbetrieben durch Brandstiftungen, Explosionen und Beschädigung der Maschinen. Es ist festgestellt, daß überall, wo die Organisation ihre Leute einstellen konnte, der Produktionsbestand und die finanzielle Stärke des Unternehmens katastrophal zurückgingen. Die Teilnehmer an der Verhinderung suchten mit allen Mitteln die Lage der Arbeiter zu verschlechtern; sie überwiechten sie gewaltsam bei der Entlohnung und provozierten Streiks. Die Verbrecher wurden verhaftet und die Angelegenheit wird dem Obersten Gerichtshof übergeben werden.

Deutsche Ingenieure verhaftet

SPD Berlin, 12. März. (Radio.) Unmittelbar nachdem der AEG telegraphisch mitgeteilt war, daß drei ihrer technischen Angestellten wegen angeblicher gegenrevolutionärer Verschwörungen verhaftet worden sind, hat die Direktion der AEG den Leiter ihrer Ostabteilung, W. E. Mann, nach Moskau entsandt. Mann hat sich nach Fühlungnahme mit der deutschen Botschaft in Moskau mit den Behörden in Verbindung gesetzt, um sich über die tatsächlichen Vorgänge zu informieren. Verhaftet sind Oberingenieur Goldstein, Ingenieur Otto, Monteur Meyer. Alle drei sind vor drei Monaten von der AEG nach dem

Im Zeichen der Wahlen

Dr. Köhler über den Wobubstall

Auch der gestrige Sonntag stand wieder im Zeichen des Wahlaufmarsches. In Hildesheim hielt der Reichsfinanzminister eine Rede über die Aufgaben der Zentrumspartei. Er stellte fest, daß die Bürgerblockkoalition gelöst werden mußte, nicht nur wegen des Reichshulgesetz, sondern weil auch eine Verständigung in der Frage des Republikschlusses nicht möglich gewesen sei. Darüber ist bisher nichts bekannt geworden. Es handelt sich dabei um die Ständeherrfrage. Die Deutschnationalen waren bestrebt, diesen Kreisen ihre Renten zu erhalten, die sie vor mehr als 100 Jahren unter der Wucht der von Napoleon erzwungenen Reformen erhalten haben. Zur Wobubstallangelegenheit erklärte der Reichsfinanzminister, daß die jetzige Regierung an den, sowohl nach der sachlichen wie nach der personellen Seite hin tiefstehenden Vorgängen kein Anteil habe. Dr. Köhler habe überhaupt erst von den Dingen Kenntnis erhalten, als im August des vergangenen Jahres vom Berliner Tageblatt Lärm geschlagen worden sei. Er befand sich während dieser Tage auf einer Urlaubreise und habe sofort beim Reichsfinanzministerium angerufen und festgestellt lassen, daß auch sein Amt von einer Beteiligung irgendwelcher Art keine Kenntnis habe. Erst durch den Geheimbericht habe er feststellen können, daß ein früherer Finanzminister eine Bürgerschaftsurkunde in Höhe von mehreren Millionen Mark unterzeichnet habe. Weder der Staatssekretär, noch irgendein Referent, ebensowenig wie die Ämter des Ministeriums haben Aufschluß zu geben vermocht. Herr Dr. Reinhold, der verantwortliche demokratische Finanzminister, hat also die Bürgerschaftsurkunde unterzeichnet, ohne auch nur seinen intimsten Mitarbeitern Kenntnis zu geben. Er hat in den letzten Tagen eine Erklärung an die Presse gegeben, in der er sich von dem Vorwurfe an der Wobubstallfrage mahnend befreit zu sein, reinigen wollte. In den Feststellungen Dr. Köhlers dürfte nichts zu denken sein, woraus sich ergibt, daß der von den Demokraten über das Schellendaus gefasste frühere Reichsfinanzminister für diese kapitalistischen Schiebergeschäfte die Mitverantwortung im weitesten Maße zu tragen hatte.

„Handelsespionage“ eines Arbeiters?

SPD Berlin, 12. März. (Radio.) In Bernburg in Anhalt wurde ein Arbeiter verhaftet, der beschuldigt wird, Handelsespionage zugunsten der Sowjetrepublik getrieben zu haben. Bei den Deutschen Werken Solway A.G. deren Bernburger Werk, das sich hauptsächlich mit der Soda- und Ammoniakchemie beschäftigt, war seit 25 Jahren der Arbeiter Meyer tätig, der zum 1. April gekündigt hatte, um eine Stellung in Rußland anzunehmen. Er steht unter dem Verdacht, eine Reihe wichtiger Fabrikationsgeheimnisse ermittelt und an die Sowjetregierung verkauft zu haben.

Der Nachtragsetat

SPD Der Nachtragsetat für 1927 ist jetzt dem Reichstag zugegangen. Ursprünglich forderte der Etat 801,4 Millionen Mark an. Im Reichstag wurde die Forderung auf 808,9 Millionen Mark erhöht. Die vom Reichstag eingeschickte Erhöhung soll (8,5 Millionen Mark) zur Ueberwindung der Unwetterkatastrophen und (4 Millionen Mark) zur Behebung der Not kleiner Binnen-schiffer dienen. Die Regierung ist gegen diese Erhöhung, weil sie die Unwetterkatastrophenaktion (Sachsen) für abgeschlossen hält und weil sie befürchtet, daß eine Hilfsaktion für die Binnen-schiffer andere Aktionen nach sich ziehen könne.

Außer den großen Posten für die Bejodungsreform, das Kriegsschadensschußgesetz, die Grenzgebiete, die Rentner und die famose Wobubstall-Affäre sieht der Etat eine ganze Reihe kleinerer Posten für die verschiedensten Zwecke vor, u. a. 900 000 Mark zur Errichtung eines Volkshausgebäudes in Angora, 1,4 Millionen Mark für Erweiterungsbauten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 450 000 Mark für die städtische Wirtschaftsbetriebe, 100 000 Mark für die Fahrt des deutschen Sängerbundes nach Wien, 1,321 Millionen Mark für die Durchführung einer Wohnstatistik, 4 Millionen Mark zur Beschaffung von Dauerkrediten für Fischzuchtgesellschaften, 1,5 Millionen Mark für verbliebene Kredite der Reichswirtschaft und 2 Millionen Mark für die private Wobubstallpflege. 81 Millionen Mark sind für die Grenz-

gebiete vorgesehen, davon entfallen 60 Millionen Mark auf Ostpreußen und 1,5 Millionen Mark auf besonders bedrückte westliche Grenzgebiete. Für den Wohnungsbau in den östlichen Grenzgebieten sind 6 Millionen Mark eingelegt und für die Frankeneinwanderer an der Saargrenze 2,5 Millionen Mark.

Ryloff über die Schuld der Ausländer

Meldung der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion.) In seinem in der Vollversammlung des Moskauer Sowjets erstatteten Bericht erklärte Ryloff: Die Schwierigkeiten bei den Getreideeinfuhren sind überstanden. Die für das erste Quartal veranschlagten vier Millionen Tonnen Getreide werden reiflos bereitgestellt. Von einer Aufhebung der neuen Wirtschaftspolitik auf dem russischen Lande ist keine Rede; der freie Warenverkehr bleibt bestehen. Unter Hinweis auf die folgende Nachfrage in Industriewaren führte Ryloff aus: In die Industrie wurden im laufenden Jahre 1200 Millionen Rubel investiert; ihre Produktion wird gegen das Vorjahr um 20 Prozent steigen. Hinsichtlich des gegenrevolutionären Komplots in der Kohlenindustrie des Doneszbeckens tabelte Ryloff die mangelnde Wachsamkeit der Wirtschaftsorgane und anderer Stellen, unter deren Augen eine Gruppe von zwölf gegenrevolutionären Fachmännern die Kohlenindustrie dieses Bezirks planmäßig desorganisiert hätte. Ein Ingenieur, der zu den Leitern dieser Gruppe gehörte, habe in der Untersuchung erklärt, daß die Gruppe ihren politischen Ueberzeugungen nach Konglomerate von Monarchisten, Mitglieder der Kadettenpartei und anderer gegenrevolutionärer Parteien darstelle, und sich den Sturz der Sowjetmacht und die Wiederherstellung der kapitalistischen Ordnung zum Ziel setze. In die Angelegenheit seien auch ausländische Staatsbürger verwickelt. Ryloff erklärte weiter: Ich will nicht den Gedanken zulassen, daß deutsche oder englische Firmen als Firmen, die mit uns arbeiten, sich selbst mit solchen Dingen befaßten; es ist jedoch festgestellt, daß unter den Angestellten und Agenten einiger Auslandsfirmen sich direkte Teilnehmer an dieser gegenrevolutionären Verschwörung befinden. Einige dieser ausländischen Fachmänner sind verhaftet worden und werden dem Gericht übergeben werden. Zum Schluß betonte Ryloff, daß die weitaus größte Zahl der Fachleute sich gegenüber der Sowjetmacht loyal verhalte und gewissenhaft am Aufbau der Wirtschaft mitwirkten. Jedoch sei gegenüber einzelnen gegenrevolutionär eingestellten Fachleuten verstärkte Vorsicht vomnöten. Das Komplot in Donesz-Becken gebe den Fachleuten, die schwankend seien, die Möglichkeit, klar Stellung zu nehmen.

weiter vorgehen, davon entfallen 60 Millionen Mark auf Ostpreußen und 1,5 Millionen Mark auf besonders bedrückte westliche Grenzgebiete. Für den Wohnungsbau in den östlichen Grenzgebieten sind 6 Millionen Mark eingelegt und für die Frankeneinwanderer an der Saargrenze 2,5 Millionen Mark.

Weiter sollen Garantien in Höhe bis zu 12 Millionen Mark für die Rationalisierung industrieller Betriebe in besonders gefährdeten Grenzgebieten übernommen werden. Es handelt sich um die wirtschaftstechnische Umstellung im Wabener Kohlenbezirk. Für die Beschaffung von Düngemitteln in den Unwetterstrebengebieten ist eine Garantie von 3,5 Millionen Mark vorgesehen.

Genf

SPD Genf, 10. März. Der Völkerbundsrat beendete am Sonnabend seine 49. Tagung. Als letzter Punkt wurde der Bericht des Dreierkomitees über die Maschinenwaffen auf dem Bahnhof Szent Gotthard entgegengenommen. Das Komitee behauptet, mit der Prüfung der umfangreichen Protokolle der Ungarn nicht fertig geworden zu sein und schlägt dem Rat vor, ihm bis zur Junitagung Zeit zur gründlichen Untersuchung der Angelegenheit zu lassen, mit der Berechtigung eventueller lokaler Nachfragen und Untersuchungen bei den ungarischen Behörden und auf ungarischem Boden. Die Kleine Entente gab sich mit dieser Regelung zufrieden. Ungarn sprach zwar die Hoffnung aus, daß direkte Untersuchungen in Ungarn nicht nötig werden würden, sagte aber auch für diesen Fall die Unterstützung der ungarischen Regierung zu. So schied man in holder Eintracht voneinander. Am meisten beklagt hat Briand sein, der sowohl die Vertagung wie die Möglichkeit lokaler Untersuchungen in Ungarn angesichts der scharfen Haltung der französischen Presse gegen Ungarn dringend verlangte.

Der letzte Tag brachte weiter verschiedene Wahlen. Als Ersatzmann für den Belgier Lambert in der Saargebietregierung wurde der Bürgermeister von Helsingfors, Ehrenrot, gewählt. Ehrenrot gehört zur schwedischen Minorität in Finnland und war 1905 bis 1907 Abgeordneter der schwedischen Partei in der russischen Duma. 1919, war er Außen- und Handelsminister in der Bürgerblockregierung Finnlands, die nach der Niederwerfung des Arbeiter-aufstandes gebildet wurde. Ob er für die soziale Lage der Saarbevölkerung großes Verständnis hat, bleibt abzuwarten. Wie vorausgesetzt wurde, wurde die bulgarische Anleihe genehmigt und die portugiesische verlag.

Ägypter-Demonstration in Berlin

U Berlin, 10. März. Die ägyptische Kolonie in Berlin beschloß, im Hinblick auf die ägyptisch-englische Spannung vor der englischen Botschaft in Berlin zu demonstrieren und dem Botschafter ein Protestschreiben zu überreichen. In diesem weist die ägyptische Kolonie in Berlin den englischen Vertragsentwurf für eine englisch-ägyptische Interessengemeinschaft als ein verheerendes Protektorat ab. Der Vertragsentwurf sei der offene Ausdruck englischer Kolonialpolitik, gegen die sich alle Ägypter bis zum letzten Blutstropfen wehren werden. Wenn auch Ägypten entmachtet sei, so sei doch die englische Politik dazu geeignet, daß zu schärfen und ihn eine Tages unwiderrücklich ausbrechen zu lassen. Zum Schluß fordert das Protestschreiben die sofortige Zurückziehung der englischen Truppen aus Ägypten und die völlige Unabhängigkeit Ägyptens und des Sudans.

Unruhen in Caracas

W B London, 10. März. Nach einer Meldung der Daily Mail berichteten in Cucuta (Colombien) aus Caracas (Venezuela) eingetroffene Reisende, daß wegen der Erschießung von 30 Studenten durch die Polizei bei Kundgebungen gegen Präsident Gomez, die im Zusammenhang mit der amerikanischen Aktion in Maracaibo standen, als Wieder-vergeltung sechs Polizisten erschossen worden seien. Das gesamte Geschickelobten in Caracas sei drei Tage lang angelegt gewesen. Unbestimmte Gerüchte zufolge soll der französische Konsul, der weiteres Blutvergießen zu verhindern gewünscht habe, den Befehl erhalten haben, das Land zu verlassen. Bei den Unruhen sollen auch der konsularische Gesandte und der Sekretär der Gesandtschaft von Cuba verwundet worden sein.

kann, und über die noch in einem besonderen Aufsatze gesprochen werden soll. Das Genfer Protokoll ist gescheitert an dem Widerstand der konservativen englischen Regierung. Aber auch die französische Regierung hat einzelne Gedanken des Protokolls nur noch benutzt, um mit einer kontinentalen Front Englands Vormachtstellung in Europa zu betonen. Ganz richtig schrieb der Sozialdemokratische Pressedienst vor einiger Zeit zu dem Auftreten Paul-Boncourts im Genfer Sicherheitsausschuß, daß von uns Sozialisten „Boncourts Versuche, das Genfer Protokoll durch ein System von regionalen Nichtangriffspakten, d. h. in Wirklichkeit von sogenannten Defensivbindnissen, zu erheben, entschieden zu bekämpfen sind“. Die Forderung des Berichts, alle internationalen Konflikte einem generellen obligatorischen Schiedsverfahren zu unterwerfen, ist gut; aber bedenklich ist es schon, wenn der Satz weitergeht: „oder einem anderen Verfahren richtiger Beilegung“. Eben nicht! Denn unter solch einem „anderen Verfahren“ laien sich ja schließlich auch die famose Schiedsgerichtsbarkeit der Völkerbundsaufgabe und die in dem englischen und dem deutschen Memorandum an den Sicherheitsausschuß geforderten Schiedsverfahren begreifen. Hier sind übrigens auch noch bestimmte Forderungen aufzustellen zur „Demokratisierung“ des Völkerbundes: Abschaffung der ständigen Ratsräte, Umwandlung der bisherigen Delegationen in vom Parlament gewählte und von der Regierung unabhängige Vertretungen usw. Es ist zu hoffen, daß der Brüsseler Kongreß diese Punkte des Berichts schlichtet. Viel besser als es der Bericht tut, hatte die Resolution des Hamburger Kongresses die Aufgaben für die der unmittelbaren außenpolitischen Betätigung der sozialistischen Parteien angegeben:

„Eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterklasse aller Länder ist es, die auswärtige Politik ihrer Regierungen zu überwachen, jeder Maßregel, die die Gegensätze zwischen den Völkern zu verschärfen und den Frieden zu gefährden droht, mit aller Kraft entgegenzutreten, gegen die Vergewaltigung aller Völker ihr uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht zu verteidigen und bei allen internationalen Konflikten ihre friedliche Lösung, ihre Austragung vor unparteiischen Schiedsgerichten zu fordern. Dieser Kampf, den das internationale Proletariat gegen alle imperialistische Politik zu führen hat, wird die größte Wirkung haben, wenn sich die Arbeiterklasse eines jeden Landes vor allem gegen die imperialistische Bourgeoisie des eigenen Landes mit allen Mitteln des proletarischen Klassenkampfes wendet und wenn dieser Kampf international immer mehr vereinstimmt wird. Die Arbeiterklasse muß alle militaristischen Bündnisse bekämpfen, die jeden lokalen Konflikt zu einem allgemeinen Zusammenstoß erweitern; alle Geheimverträge ablehnen, die Gut und Blut der Völker für ihren unbekannten Zwecke aufs Spiel setzen.“

Der Kampf um die Abrüstung muß ausgehen von zwei Erwägungen: von der Unmöglichkeit einer Abrüstung im Rahmen des Kapitalismus und von den Tatsachen der Entwicklung der modernen Kriegstechnik. Bedeutet diese Erkenntnis von der Unmöglichkeit der Abrüstung einen Verzicht auf die sozialistische Forderung, die Abrüstung schon jetzt herbeizuführen? Keinesfalls! Diese Unmöglichkeit zeigt nur den engen Zusammenhang, den der Kampf der Arbeiterklasse um die augenblickliche Herbeiführung der Abrüstung mit dem allgemeinen proletarischen Kampf für den Sozialismus hat. Man muß erkennen, daß der Kern der Rüstungen heute nicht mehr in den sichtbaren Rüstungsbeständen, sondern in der Entwicklung der industriellen Rüstungsmöglichkeiten liegt. Daß die französische Regierung und Paul-Boncour diese Tatsache dazu ausnützte, um mit ihr eine, wenn auch verschleierte, Aufrüstung zu erlangen, ist natürlich der dümmste Einwand, den die Kommunisten gegen die Richtigkeit der Theorie von der „potentiellen Kriegsstärke“ vorbringen. Es kommt darauf an, wozu eine solche „Theorie“, die ja nichts anderes ist, als die durch die Entwicklung der chemischen Industrie belegte Feststellung von Tatsachen, verwendet wird: ob zum Abrüsten oder zum Aufrüsten! Der französische Generalstab weiß sehr gut, daß innerhalb der vorhandenen Welt eine Abrüstung, die die Theorie von der potentiellen Kriegsstärke reiflos durchführt, unmöglich ist und verlangt somit rationalisierte Aufrüstung. Deshalb können auch die Bemühungen der Arbeiter um geringfügige Teilergebnisse einer Abrüstung, die innerhalb der kapitalistischen Welt möglich sind, nicht durch das Vertrauen zu tiefengewandten Regierungsmännern ergebnisreich, sondern nur dann erfolgreich sein, wenn sie eingeordnet sind in den allgemeinen proletarischen Kampf um die Aufhebung der ökonomischen Bedingungen der Kriege, ganz gleich, ob es sich um die Begrenzung „sichtbarer militärischer“ oder „industrieller“ Rüstungspotenzen handelt. Der Kampf um die Abrüstung der „potentiellen Kriegsstärke“ ist der international organisierte und im gegebenen Moment durchzuführende Generalstreik des Proletariats für den Fall eines Kriegs-ausbruchs. Ein solcher Generalstreik, über den noch in anderem Zusammenhang zu sprechen sein wird, würde auch die Abrüstung der potentiellen Kriegsstärke befordern, indem er den Betrieb der chemischen Industrie, der Gijgasfabriken usw. und den Transport ihrer Produkte verhindert. Auch hier zeigt sich, daß für eine proletarische, um Teilerfolge bemühte Friedenspolitik eine Trennung von aktueller „Realpolitik“ und einer auf das „Endziel“, die Herbeiführung des Sozialismus, gerichteten Politik unmöglich ist. Für diesen wichtigsten Teil der Abrüstung erhebt der Bericht leider keine Forderungen. Denn daß durch das im Abschnitt V geforderte Verbot des Gaskriegs und der Verwendung von Bakterien zur Kriegsführung diese Abrüstung praktisch verwirklicht würde, nimmt wohl niemand an. Die Abrüstung der „militärisch sichtbaren“ Bestände in Heer und Flotte, die Begrenzung der Truppenkörper, Kriegsschiffe, Waffen usw. ist vornehmlich ein Kampf gegen die rüstungsfreundliche Bourgeoisie im eigenen Lande. Ueber ihn soll der nächste Aufsatz handeln.

Eine russische Goldföndung in Gefahr

SPD Paris, 10. März. Die Bank von Frankreich hat dem Internationalen Gerichtshof bei dem Neuzerter Gericht um Beschlagnahme des vor kurzem von der Sowjetregierung an amerikanische Banken überwiesenen Goldes im Werte von 5 Millionen Dollar ersucht. In der Klagebegündung wird ausgeführt, daß die Bank im Jahre 1927 in Rußland Gold im Werte von 50 Millionen Frank gekauft und hierauf bei der russischen Staatsbank deponiert habe. Später hätten sich die Forderungen des Depots widerrechtlich bemächtigt. Da die beiden in Neuzerter eingetragene Sendung einen Teil des von den Sowjets beschlagnahmten Goldes bilde, fordere die Bank von Frankreich seine Herausgabe. Die von der Sowjetregierung beantragten amerikanischen Banken erklärten zu diesem Schritt des französischen Notensinners, daß sie sich als Treuhänder ihrer Auftraggeber ansehen und sich im übrigen der Entscheidung des amerikanischen Gerichts unterwerfen wollten.

Brennender Osten

Von Ernst Reinhard.

Längs jenes großen Weges, auf dem, durch das Mittelmeer, das Rote Meer und den Indischen Ozean, Tag für Tag, unaufhörlich die Waren des britischen Weltreichs wandern, flammen die Feuer des Aufstandes. In Indien erheben sich die Mohammedaner gegen die Simon-Kommission; im Irak protestieren Studenten gegen den englischen Zwingherrn und seine Puppen in der Regierung; in Ägypten weißt die nationale Partei des Wasfi, trotz den Ratschlägen des Ministerpräsidenten Sarwat Pascha, die englische Vermittlungspolitik schroff zurück; und zuletzt bricht der Oberherr von Arabien mit seinen Beduinenreitern den beschworenen Frieden und greift die Sultanate von Koweit und Transjordanien, das verbündete Gebiet des Irak an. Der Islam, lange unterdrückt, erhebt sich wieder und proklamiert seine religiöse und nationale Unabhängigkeit; trotz der erdrückenden militärischen Unterlegenheit der Wüstenstämme treten sie zum Kampf gegen das allmächtige englische Weltreich, wenn nicht sogar gegen den Völkerbund an.

Dem nicht darin liegt das Bedeutende der letzten Ereignisse in Arabien, daß sich einige Wüstenstämme bekriegen und sich gegenseitig die Herden stehlen; das ist jahrhundertalter Brauch und gewöhnlich, solange ein Kamade seine Tiere zur Weide trieb. Dieses Arabien aber, das jahrhundertlang einen stillen Schlaf schloß, ist heute Brennpunkt der Weltpolitik geworden, nicht weil sein Besitz an und für sich verlockend wäre, sondern weil es Ankerort jener für England und sein Weltreich wichtigsten Verkehrsader ist. Die Kämpfe entbrennen an einer der druckempfindlichsten Stellen des englischen Imperiums.

Mit welcher Mühe und mit welcher Kunst hatte Großbritannien diesen Weg zu sichern gesucht? Ägypten hatte es in immer festerer Fesseln gehalten; die Invasion war der bloßen Protektion gefolgt, die Beherrschung der Schifffahrt. Selbst als es dazu überging, Ägypten größere Freiheiten zu lassen, dachte es nicht einen Augenblick daran, die Besetzung unwirksam zu gestalten; es machte sie nur unsichtbarer. Mit den Wasserquellen des Sudan, mit den großen Staudämmen am oberen und am blauen Nil konnte es jederzeit das anständliche Ägypten zur Vernunft bringen. Im gleichen Augenblicke, da es den Sudan durch eine großzügige Eisenbahn- und Luftverkehrsprojekte enger an die britische Welt schloß, konnte es wagen, die Fesseln weiter zu lockern — und es mußte erkennen, daß die ägyptische Nationalpartei das Spiel durchschaute und unmißlich die neuen, unerschlichen Vorschläge ablehnte. Wollte England das Land der Pyramiden zwingen; Ägypten wollte nicht selbst die Ketten schmieden und schliessen helfen, mit denen es gefangen bleiben sollte.

Es hatte am anderen Ufer des Suezkanals, unter Ausnutzung der jüdischen Nationalbestrebungen, den Zionistenstaat errichtet und ihm in der Wüste den Pufferstaat von Transjordanien vorgelagert. Arabien selbst und seine wichtigsten Gebiete des Hedschas war durch eine feine Kette scheinender Subventionspolitik unter die Herrschaft der Familie Hussein geraten, deren einen Sohn England als König in Transjordanien einsetzte, nicht ohne ihm eine jährliche Unterstützung zu gewähren, welche zur Stunde noch seine eigenen Staatskassen übersteigt; seine Verteidigung wurde von einer Truppe englischer Militärs übernommen, die in der Hauptstadt Amman stationiert ist. Als die Herrschaft der Husseiniten in Hedschas unter den Streichen der Wahabiten und ihres Führers Ibn Saud zusammenbrach, hatte sich die englische Politik bedenkenlos dem neuen Namen zugewendet und ihm Vertrag und Subsidie angeboten, wenn er die englische Politik nur durch seine Ruhe unterstützen wollte.

Am persischen Meerbusen, der England nicht nur wichtig ist als Handelsstraße zur großen Indieroute, sondern der gleichzeitig Mesopotamien und damit das Gebiet der wichtigsten Landverbindung mit Indien, zugleich aber dasjenige der Herrschaftsgebiete der Anglo-Persian-Petroleumgesellschaft, der Turkish-Oil-Petroleumgesellschaft und der großen englischen Baumwollpflanzer-Vereinigung eröffnet, hatte es sich die unsichtbare Herrschaft über das Sultanat von Koweit gesichert. Dieses kleine fleckchen Erde hätte längst nicht mehr einen kleinen Besitz erhalten können, wenn nicht die englische Staatsschiffe die Mittel gegeben und die englische Luftflotte die Verteidigungsmittel in reichem Maße bereit gestellt hätte. Schließlich aber hatte es erreicht, daß das Baumwoll- und Petroleumland von Mesopotamien als eigenes Präsentum des Irak geschaffen und gleich wie Transjordanien vom Völkerbund bereitwillig unter englische Mandatsverwaltung gestellt wurde. Überall hatte die englische Politik, unter Ausnutzung der Eigenmächtigkeit großer Feudalherren, Wälsche, Mauerer und Bettelanten erreicht, in denen arabischen, jüdischen und christlichen Bauern sich für die Weltbeherrschung Englands gegen den aufbrechenden asiatischen Nationalismus, aber auch gegen den Zugriff anderer imperialistischer Staaten kämpfen sollten.

Seute aber gerät dieses ganze künstliche System ins Wanken! Wenn den Wahabiten der Angriff auf Transjordanien gelingt, dann gerät die englische Herrschaft in Palästina in unmittelbare Gefahr; dann schließt sich kein Pufferstaat mehr zwischen das englische Gebiet und den Brutstätten der arabischen Wüsten, aus dem heute die Stämme zum Kampf gegen England aufbrechen. Wenn vollends der Sultan von Koweit überannt werden sollte, dann verliert die englische Flotte ihre besten Häfen am Persischen Meerbusen und die Petroleumflotte der Anglo-Persian ihren Stützpunkt; die großen englischen Petroleumtrusts und die Baumwollgesellschaften müssen fürchten, daß ihre Anlagen von den Schwärmen der Wüstenreiter vernichtet werden. Nicht das kleinste Uebel aber wird es sein, daß mit dem Fall dieser Trabantenstaaten der englischen Arab- und Luftverbindung mit Indien die Grundlage entzogen wird.

Das ist die Gefahr, die England droht; kein Zweifel, daß es sie erkennt und nicht einen Augenblick zögern wird, sie abzuwenden. Es empfindet den Angriff als eine Verletzung seiner lebenswichtigsten Interessen und wird seine ganze Kraft aufwenden, um die Aufstände zu ersticken. Heute schon setzen englische Tanks, Panzerwagen und Flugzeuge gegen die arabischen Stämme; heute schon werfen die Flieger der Royal Air Force Bomben auf die Heiligtümer der Nomaden herunter, vergasen die Brunnen und erschmetzen nicht nur Krieger, sondern Frauen und Kinder. Aber gerade dieser wahllose Zugriff, dieser Krieg gegen die Wehrlosen, wird in ganz Arabien eine maßlose Erbitterung erzeugen; nichts hat während des arabischen Aufstandes gegen die alte Türkenherrschaft so furchtbaren Grimm, so todesmutige Entschlossenheit erzeugt, wie die Niedermetzelung von Frauen durch die türkische Soldateska. Die alte Anschauung der Blutrache, die oben wiederum durch die Erlasse des strengen Brittaners Ibn Saud geheiligt worden sind, werden zu einem endlosen Vernichtungskrieg aufstacheln; der Sand der Wüste wird rotes Blut in Strömen trinken.

Doch auch darüber täuscht sich sicherlich die englische Diplomatie nicht, daß dieser Krieg nicht von einem Volke begonnen wurde, das sich allein glaubte. Wenn der fluge und harte Ibn Saud heute dazu übergeht, gegen England Krieg zu führen, so weiß er, daß er in diesem heiligen Kriege die Mohammedaner des ganzen britischen Reiches auf seiner Seite führt. Für diesen Krieg wird England keine indischen Truppen verwenden dürfen; nicht einmal seine meist mohammedanischen Sudan-Kontingente werden gebraucht werden können. Weiße Männer, Soldaten aus Lancashire, Kent, Oxford, Northumberland werden kämpfen müssen, englische Bauern, Arbeiter und Clergy. Was aber wird die Haltung dieser Truppen sein, die müde sind, ihr Blut für die englischen Trusts zu vergießen?

Aber dies, die Sympathie der Mohammedaner der ganzen Welt, die Abneigung der englischen Arbeiter gegen diesen Wüstenkrieg, ist nicht einmal der größte Widerstand auf arabischer Seite. Die Waffen zu diesem Krieg, das Geld für den Fortbau muß ihm von einem anderen zugeworfen sein. England weiß, welche Mächte in den letzten Monaten ununterbrochen Waffen und Munition in Djibouti gelandet und landeinwärts geschafft haben; es weiß durch seine ausgebaute orientalische Spionage, woher die silbernen Augen kamen, ohne die dieser Krieg nicht möglich gewesen wäre.

Die Waffen lieferte Italien! Das Geld gab die Union! Wie schon in der Politik in Yemen, in Mesopotamien, arbeiten sich der Faschismus und die amerikanische Autokratie in die Hände, um England gerade hier die größten Schwierigkeiten zu schaffen. Jener Konsul Parker, der sich stolz Konsul von Arabien nennt, den England immer wieder zu ersetzen sucht, den die Union stets verleiht und im richtigen Augenblick doch wieder stößt, hat längst alles getan, um die arabische Politik gegen England einzustellen. Er hat es kaum mit staatlicher Unterstützung tun können; aber hinter ihm steht, stumm, schweigend und bitter entschlossen, die Macht der amerikanischen Dollar. Sie sind es, welche die arabischen Wüstenbewohner, um die englische Weltbeherrschung in Mesopotamien brechen zu können. Man hat sie ganz zu verdrängen gesucht und ihnen schließlich notgedrungen neben der Royal Dutch in der Turkish Oil ein beschütztes Platzchen eingeräumt. Im Orient aber ist zur Stunde ein erbarmungsloser Krieg zwischen dem englischen und amerikanischen Deltatrust entbrannt; dies ist die Antwort des Standard Oil auf die Angriffe Sir Henry Penderings, daß sie die arabischen Nationalisten aufbietet, um die englischen Konkurrenten aus Mesopotamien hinauszumerren. Ohne es zu wissen, spielen diese Arabier das Spiel des Herrn Rockefeller und des Herrn Walter Teagle gegen die allmächtigen Deltakönige der englischen Petroleumtrusts. Im Grunde damit das Schöffend des Herrn Chamberlain, Benito Mussolini. Er, der Gehätschelle, der seine Ge-

Im Reichsmarineamt



Militärischen Wert hat der Kreuzer natürlich nicht. Aber wir müssen ihn bauen, damit die Welt sieht, daß wir unser Geld auch anders rauschmeißen können, als nur für faule Brüdungen.

legenheit vorbeigehen ließ, um aus englischen Schwülzitäten sich Vorteile zu ergreifen, der sich in Yemen festgesetzt hat, wie ein Blutzug an einer Ader, er liefert durch seine Waffenfabriken den Arabern so gut wie den Ungarn die Waffen. Die englische Politik glaubt nicht, sie könne durch Engagements mit italienischen jungen Imperialismus im Jaune halten; es fällt ihm nicht ein, sich anzupassen. Es gibt für den Faschismus kein Nebeneinander zweier Mächter, sondern nur eine Unterwerfung und eine Kezzerordnung. Sein Ziel ist die Errichtung der italienischen Kolonialmacht, die nur möglich ist, wenn andere Kolonialmächte entweder verdrängt oder so mächtig gemacht werden, daß sie Besitz abzutreten schließlich froh sind.

Dieser Kampf in der Wüste scheint ein sinnloser Zustand eines armen und jähmähigen Volkes gegen einen Kosch, den es eine Handbewegung kostet, um den Gegner zu zerhacken. Er ist mehr. Er ist eine Episode aus dem großen Befreiungskampf der unterdrückten islamischen Nationen, die in den Wahabiten ihre intellektuellen und talkräftigen Führer von rauher Größe gefunden haben; und dieser Kampf wird nicht enden, ehe der letzte freie Beduine des arabischen Wüstenlandes tot oder die Freiheit erstritten ist. Er ist aber in seinen dunklen und geheimen Gründen ein riesiges Stück, nicht mehr, aus dem Kampfe eines mächtigen, alten, imperialistischen Staates gegen seine zwei neuen und historischen Gegner: den Imperialismus des amerikanischen Trustkapitals und den des faschistischen Wahnsinns.

Für den kommenden Gaskrieg

Eine tschechoslowakische Stickstofffabrik

Dr. Wehmentlicher Udrzal hat im parlamentarischen Wehrausschuß über die Bemühungen nach Errichtung einer tschechoslowakischen Stickstofffabrik berichtet, damit die Republik für ihre militärischen Gasgasbedürfnisse eine genügende Eigenproduktion aufweise. 1918 wurde eine besondere Studienkommission des Wehrministeriums eingesetzt, die dann 1920 bis 1922 die ausländischen, besonders die deutschen Produktionsmethoden studierte. Nach Beratungen mit den Industriern in Mähren-Odrau, die ihren Wasserstoff nicht voll ausnützen können, wurde dann eine Fabrik in Marienbergr bei Mähren-Odrau gebaut, welche am 2. Januar d. J. in Betrieb gesetzt wurde. Sie soll vorläufig jährlich 15 000 Kilogramm Salnitrat erzeugen. Anteilhaber dieser Fabrik ist auch die Explosivstofffabrik in Semtin, die in den nächsten zwei Jahren so 17 000 Kilogramm Stickstoff produzieren soll. Dann wird die Regulierung des Waags, eines der größten Nebenflüsse der Donau beginnen, worauf 1929 eine Hydrozentrale errichtet werden dürfte, deren überflüssige Kraft in elektrolitischen Stationen zur Wasserstoffherzeugung verwendet werden soll. Durch die Wasseregulierung bei Stechowitz hofft man, in 4 bis 6 Jahren noch eine Fabrik für gebundenen Stickstoff erstellen zu können.

Betrügerische Patrioten

Das Kriegsgericht in Sez verurteilte einen Militärlieutenant und mehrere seiner Vorgesetzten, darunter einen früheren Verwaltungsoffizier der französischen Armee, wegen Verletzung von verdorbenem Fleisch zu Gefängnisstrafen von 6 bis 10 Jahren und Geldstrafen in Höhe von 500 bis 3000 Franken.

Ludendorff dankt ab

General a. D. Ludendorff wird den kommenden Reichstag nicht zuziehen. Er erläßt folgende Verkaufbarungen: „Es wird schon jetzt versucht, für die den o r s t e h e n d e W a h l meine Person in den Wahlkampf hineinzuziehen und mich parteimäßig zu beanspruchen. Das kann nicht Absicht der Parteileitungen sein.“

Wenn ich auch jede Mitarbeit im Freimaurerkampf begrüße und dabei die Rennung meines Namens selbstverständlich ist, so bitte ich doch, darauf hinzuwirken, daß die Namensnennung meiner Person für die Partei unterbleibt und entsprechende Benachrichtigungen an die in Betracht kommenden Parteistellen gehen zu lassen.

Ich stelle nochmals fest, daß sowohl meine Person, wie der „Tannenbergebund“, außerhalb jeder Partei stehen und keine Partei das Recht hat, sich auf mich oder den Tannenbergebund zu berufen.“ Ludendorff will sich also ausschließlich seinen Freimaurerentwählungen und dem Studium des jüdischen Beschneidungsrituals widmen, aber nicht kandidieren. Der Reichstag blüht dabei ganz bestimmt nichts ein.

Sitzsaalliche Todesurteile gegen Polen

SPD Warschau, 12. März. (Radio.)

Aus Kowno wird gemeldet, daß das dortige Kriegsgericht zwei Polen namens Sadowski und Orloff wegen Spionage zugunsten Polens zum Tode verurteilt hat.

Die Werkzeuge der New Yorker Bankiers

11. New York, März.

Der Senat von Nicaragua hat die Wahlvorlage in der von Amerika verlangten Form angenommen. Die Vorlage ist nunmehr dem Parlament zugegangen, wo für die Annahme große Schwierigkeiten erwartet werden.

Notizen

Der Gemeinderat von Hagenau im Elsaß besteht nach den Neuwahlen wieder aus denselben Mitgliedern wie der von der Regierung aufgelöste Gemeinderat. Er hat gestern den früheren Bürgermeister Reich einstimmig wiedergewählt. Der Gemeinderat billigte nach der Wahl einstimmig das von Bürgermeister Reich an Polnarc abgeforderte Ergänzungsgramm.

Einer Straßburger Meldung zufolge wurden am Sonntag beim Verlassen der kommunalistischen Druckerlei mehrere Personen, darunter der kommunalistische Deputierte Cornavin, auf die Polizeiwache zur Durchsuchung ihrer Aktentaschen geführt. Die Kommunisten sollen seit einiger Zeit in Elsaß eine großzügige Propagandaarbeit entfalten.

11. Nach Berichten aus Lissabon werden durch ein offizielles Dekret alle Personen aus der Armee und Marine ausgeschlossen, die an irgendwelchen Verschwörungen gegen die Regierung teilgenommen haben. Auch Personen, die sich bei Aktionen gegen die Regierung neutral verhalten haben, trifft die gleiche Strafe.

Gerichtssaal

Sechs Jahre Zuchthaus wegen Betrugs.

Nach mehrwöchiger Verhandlung hat das Gemeinsame Schöffengericht den wegen ähnlicher Vergehen mehrfach verurteilten Kaufmann Paul Lindenstein aus Leipzig wegen Betrugs im Rückfalle in sechs Jahren Zuchthaus und 4000 M. Geldstrafe verurteilt; die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihm auf die Dauer von acht Jahren aberkannt. Ein mitangeklagter Spediteur wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, ein weiterer Mitangeklagter wurde freigesprochen. Die Straftaten des Lindenstein reichen in die Inflationzeit zurück. Im wesentlichen handelte es sich um Darlehensbetrügereien. Man muß immer wieder haun, mit welcher Vertrauensseligkeit größere Summen verborgt werden. Lindenstein spekulierte aber nicht nur auf die Leichtgläubigkeit dieser Geldgeber, sondern auch auf die eheinsternen Frauen, von denen er viele mit raffinierten Heiratsanträgen hinstieg. Wenn man Lindenstein auch zweifelslos zu den gewerbsmäßigen Betrügern rechnen konnte, so ist eine Strafe von 6 Jahren Zuchthaus entschuldigend zu hoch. Der Staatsanwalt hatte gar 8 Jahre Zuchthaus beantragt!

Wegen Verteidigung eines Richters zwei Monate Gefängnis!

Der Rechtskämpfer W. führt seit einiger Zeit Krieg gegen deutsche Richter mit Mitteln, die nie zum Ziele führen können. So hat er in einem Briefe an das Gericht vom Amtsgerichtarat Schille behauptet, daß Schille nur fälschlich Schandurteile fälle, den Weineid in vielen Fällen unterschreibe und fördere und in seiner Handlungsweise überhaut unehrlich wäre. W. hat schon oft mit der Justiz zu tun gehabt. So ist er wegen Landfriedensbruchs zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden und in Befreiungsgeldern ist er auch schon verurteilt gewesen. Das Gericht hätte W. aber nicht so ernst nehmen dürfen. W. er doch von 1920 bis 1927 bereits entmündigt gewesen. Seine Ausführungen — Räubergeschichten von Nord, Totschlag, Weineid und allem möglichen — folgten, daß W. nicht ganz normal sein kann. Natürlich konnte er für seine Behauptungen keinen konkreten Wahrheitsbeweis antreten. In seiner Verteidigung wurde er gegen Staatsanwältin und Richter ausfällig, so daß der Anklagevertreter dreimal Anträge auf Befreiung wegen Angebühr vor Gericht stellte.

Das Gericht kam zu dem unvorstellbaren Urteile von zwei Monaten Gefängnis wegen Verteidigung Schilles. Außerdem verurteilte es W. wegen Angebühr vor Gericht zu einer sofort vollstreckten Haftstrafe von drei Tagen, so daß W. trotz seines Protestes — er sprach von seiner kranken Frau! — sofort ins Gefängnis abgeführt wurde.

Diese barbarische Härte gegen einen nicht ganz Zurechnungsfähigen vergleiche man mit dem Freisprechen oder milden Geldstrafen gegen zum Teil akademisch gebildete Rechtsabfalle, die die Republik und ihre höchsten Beamten aufs unständigste beschimpfen, bedröhen und verächtlich machen!

F. K.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Alfred Darre in Leipzig

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Hugo Seppelt in Leipzig

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig.

Esst mehr Früchte und Ihr bleibt gesund!

Für die Abonnenten eines Teils des Diktums liegt der heutige Nummer ein Prospekt der Firma M. Pisch, Sophienstraße 9 (Der Waschküche) bei.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Parteitag des Bezirks Leipzig

Die Reichstagswahlen rücken näher. Die Sozialdemokratie rückt. Gestern hielt der Bezirk Leipzig der SPD seinen Parteitag ab, der sich u. a. auch mit der Aufstellung der Kandidaten zum Reichstag beschäftigte. Zunächst gab der Vorsitzende des Bezirks, Genosse Lipinski, einen Überblick über

Die politische Situation

Er wies darauf hin, daß voraussichtlich am 20. Mai die Wahlen zum Reichstag stattfinden und mit ihnen zugleich auch die Landtagswahlen in Preußen, Bayern und Württemberg. Ein günstiges Geschick möge, so fügte er hinzu, auch uns in Sachsen Neuwahlen zum Landtag bringen. Große Dinge stehen auf dem Spiel. Das deutsche Volk hat noch schwer zu tragen unter der Liquidation des Krieges und seiner Folgen. Die von den nationalistischen Parteien gehegten Hoffnungen, den Versailles Vertrag durch einen neuen Krieg auszulöschen, sind verfliegen. Den letzten Versuch, auf diesem Wege eine Lösung zu finden, bildete der Ruhrkampf. Er endete mit einer völligen Niederlage. Seitdem haben sich selbst die Deutschnationalen mit der durch den verlorenen Krieg geschaffenen Lage abzufinden versucht. Seit Jahren sitzen sie mit in der Regierung, seitdem aber löst sich ein Korruptionsstandal den andern ab. Es gibt unendlich viel auszuräumen, wie der Rhoevusstandal, der seit Monaten die Öffentlichkeit beschäftigt, mit geradezu erschreckender Deutlichkeit zeigt.

Das Jahr 1928 bringt den Dampfsplan zum erstenmal in seiner ganzen Schwere zur Wirklichkeit. 2 1/2 Milliarden Mark sind zu zahlen. Jahrelang laufen die Bemühungen, die Kosten auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Die Lohnsteuerlasten wurden vergrößert, die Besitzsteuern abgebaut, die Länder eines Teils ihrer vom Reich bezogenen Einnahmen beraubt. Sie müssen den Ausfall irgendwie wieder einbringen. Eine weitere Belastung der minderbemittelten Bevölkerung ist die Folge. Groß waren die Berührungen, die die Arbeiterorganisationen durch die Inflation erlitten haben. Die Deutschnationalen suchten die dunkle Situation zu nützen. Sie arbeiteten planmäßig auf die Diktatur hin. Der § 48 der Reichsverfassung sollte ihnen als Handhabe dienen. Der laubere Plan ist nicht gelungen. Sogar der Bürgerblock, der so verheißungsvoll für die Reaktion anhub, ist in die Brüche gegangen. Unsere Aufgabe im Wahlkampf wird es sein, gründlich mit der Reaktion abzurechnen und die Bürgerblockgefühle ein für allemal auszutreiben. Es handelt sich nicht nur um die Neubehaltung des Reichstags, sondern auch um den Bestand der Republik. Die Gegner werden alle Mühen springen lassen. Dennoch ist die Situation für die Sozialdemokratie durchaus günstig. Das Sündenregister des Bürgerblocks ist zu groß. Wenn wir alle verfügbaren Kräfte einsehen, wird dem Bürgerblockspuk ein für allemal ein Ende gemacht werden können. Wohl ist die Sozialdemokratie in den Wahlkämpfen der letzten zehn Jahre großen Schwankungen ausgesetzt gewesen. 1919 erzielten wir im Bezirk Leipzig 367 000 Stimmen, das sind 57,8 Prozent aller Wahlstimmen. 1920 wurden für uns 342 000 Stimmen abgegeben, das sind 51 Prozent. Die Spaltung der USP, die schweren Kämpfe in Sachsen senkten unsere Wahlstimmen weiter bis auf 30 Prozent. Seitdem aber geht es wieder aufwärts. Der Bürgerblock hätte nie die Macht erlangen können, die er erlangt hat, wenn nicht ein großer Teil der Arbeiterklasse für die Bürgerblockparteien gestimmt hätte. Daher gilt es jetzt mehr denn je, der Arbeiterklasse ihre Klassenlage voll ins Bewußtsein zu heben, den Deutschnationalen und den ihnen geneigteren Parteien die Diktaturgefühle gründlich zu verzeihen, der Republik einen sozialen Inhalt zu geben. Nieder mit der Reaktion, an die Arbeit zur Stärkung des sozialdemokratischen Einflusses, das ist unsere Lösung.

Die Aussprache

Diesen beifällig ausgenommenen Ausführungen des Genossen Lipinski schloß sich eine kurze Aussprache an. Genosse Karbaum, Grimma, unterließ die Ausführungen Lipinski. Die Sozialdemokratie habe eine Fülle von Material gegen die Bürgerblockparteien in Händen. Wenn wir es zu nutzen verstehen, brauche uns um den Ausgang der Wahlen nicht bange zu sein.

Genosse Berenz betonte, daß wir nicht nur bei den Wahlen, sondern auch ganz allgemein unser Augenmerk auf die Gewinnung der jungen Generation richten müssen. Das Vertrauen der Wähler zu den kommunistischen Parolen sei erschüttert. Um so mehr müßten wir darauf bedacht sein, durch eine klare Klassenbewußte Politik das Vertrauen der Wähler zur Sozialdemokratie zu stärken.

Auch Genosse Gutschadowitz Müller forderte eine scharfe Kampfstellung gegen alle bürgerlichen Parteien. Er stellt im übrigen folgenden Antrag:

„Die bisherigen Veröffentlichungen über den Korruptionsstandal im Reichswehrministerium denken mit aller Klarheit darauf hin, daß hinter den bisher bekanntgemachten Tatsachen sich weitere, die Regierung belastende Dinge verbergen, die die Politik des Bürgerblocks in ihrer ganzen Schädlichkeit für die Arbeiterklasse erkennen lassen. Daß die Regierung versuchte, über diesen Skandal hinwegzukommen, indem sie einer Aufklärung bisher auswich, zeigt, daß die Vorkommnisse im Reichswehrministerium für die Bürgerblockregierung schwer belastender Natur sind. Die deutschen Steuerzahler haben ein Interesse daran, daß die Politik dieser Regierung, die die Regierung der bestehenden Klasse ist, reiflos enthüllt wird, um am Tage der Reichstagswahl die Quittung für dieses Schandregiment geben zu können. Die Delegierten des Parteitags Leipzig, die insgesamt 38 000 Mitglieder vertreten, erwarten vom Parteivorstand, daß er mit allen Mitteln von der Regierung reiflose Veröffentlichung des Sämtlichen Berichts, sowie der der Regierung später, nach Erstattung dieses Berichts, bekanntgewordenen Tatsachen fordert.“

Genosse Lipinski weist in seinem Schlußworte auf das Schwenden des Einflusses der Kommunisten hin. Sie haben sich sehr stark der sozialdemokratischen Aufklärung genähert. Sie haben einsehen müssen, daß die bolschewistischen Ziele, die Weltrevolution herbeizuführen, in absehbarer Zeit nicht erreicht werden können. Sogar in Rußland konsolidiert sich der bürgerliche Staat, wenn auch unter der Form der antibürgerlichen Diktatur. Die Arbeiter, die bisher der kommunistischen Partei Folge leisteten, sozialistisch zu schulen, sei unsere Aufgabe. Werden wir ihr gerecht, haben wir gewonnenes Spiel.

Nach diesen Worten erfolgt die Abstimmung über die folgende, vom Parteivorstand vorgelegte Entscheidung, der auf Antrag Berenz der Schlußsatz des ersten Absatzes eingefügt wurde.

I.

Vor vierzehnjährigen Jahren hielt die deutsche Bourgeoisie die Zeit für gekommen, die Hülsen ihrer Klassenherrschaft fallen zu lassen. Ihre gescheiterte ökonomische Herrschaft über die Arbeiterklasse unter-

strich sie durch die alleinige Uebernahme der Regierung. Angriff auf Angriff hat sie seither auf die Interessen der Arbeiter auf wirtschaftlichem, sozialem, politischem und kulturellem Gebiet geführt. Immer mehr hat sie die deutsche Republik, die von den Arbeitern errichtet wurde, zu einer Republik der Bourgeoisie ausgebaut und der Arbeiterklasse damit gelehrt, daß nicht allein die Staatsform, sondern vielmehr der soziale Inhalt für ihre Stellung zum Staat entscheidend sein muß. Unser Ziel ist daher die soziale Demokratie, die nur im Kampfe gegen die Bourgeoisie errichtet werden kann.“

In dem Kampfe gegen die Diktatur der kapitalistischen Klasse hat sich die Sozialdemokratische Partei gefreigt, während die bürgerlichen Parteien sich auch im Reichstag zu einer gemeinsamen Front gegen das Proletariat zusammengeschlossen haben. Die Bildung des Bürgerblocks war nicht das zufällige Ergebnis einer zufälligen parlamentarischen Konstellation, sondern ein sich aus den gesellschaftlichen Kämpfen ergebender Schritt, mit dem die durch eine verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse erzielte Stabilisierung des Kapitalismus politisch-parlamentarisch für die Bourgeoisie nutzbar gemacht werden sollte. Daß eine sogenannte republikanische Partei, das Zentrum, der Hauptstütze der reaktionären Vorherrschaft und Angriffs auf die Arbeiter war und ist, hat der Arbeiterklasse eine alte Erkenntnis und Erfahrung bestätigt, nämlich die, daß sie ihre Forderungen nur durchzuführen und ihre Interessen nur wahrnehmen kann, wenn sie den Kampf als Klasse gegen die bürgerlich-kapitalistischen Parteien führt, nicht aber im Bunde mit ihnen.

In dem Widerstand der von der Sozialdemokratischen Partei geführten Arbeiterklasse sind weitergehende reaktionäre Pläne der Bürgerblockparteien gescheitert. Die Parteigenossen und Genossinnen des Bezirks Leipzig der SPD geloben, daß sie im Wahlkampf ihre ganzen Kräfte dafür einsetzen werden, diesen Widerstand zu steigern, und die Sozialdemokratische Partei so stark zu machen, daß sie neue Vorherrschaft des Klassenfeindes abwehren und den Kampf im Parlament mit Unterstützung der auf sie vertrauenden proletarischen Massen im Lande mit Erfolg führen kann.

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Ebenso der Antrag Müller.

Anwesend: 29 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder; 149 Delegierte. Zusammen: 178 Stimmberechtigte.

Ferner: 9 Parteivorstandsmitglieder ohne Stimmrecht; 7 Landtagsabgeordnete; 1 Reichstagsabgeordnete (Schilling).

Die sozialdemokratischen Reichstagskandidaten

Der Parteivorstand hat dem Parteitag folgende Liste der sozialdemokratischen Kandidaten zur kommenden Reichstagswahl vorgelegt:

- | | |
|-------------------------------------|----------------------------------|
| 1. Richard Lipinski, Mark Ottendorf | 7. Gutschadowitz Müller, Leipzig |
| 2. Hugo Saupe, Leipzig | 8. Berta Thiel, Leipzig |
| 3. Anna Siemsen, Jena | 9. Paul Barthel, Lützenau |
| 4. Engelbert Graf, Dürrenberg | 10. Richard Koppisch, Leipzig |
| 5. Johannes Lang, Leipzig | 11. Otto Hennig, Leipzig |
| 6. Hanna Schilling, Döbeln | 12. Hermann Schäfer, Leipzig |

Diese Liste wurde nach längerer Debatte und nachdem auf Antrag des Genossen Ferkel der Genosse Johannes Lang mit 102 gegen 68 Stimmen von der letzten an die fünfte Stelle gesetzt worden war, angenommen.

Der Geschäftsbericht des Parteivorstandes

Der Geschäftsbericht des Parteivorstandes liegt den Delegierten gedruckt vor. Wir haben darüber schon im Leitartikel unserer Sonnabendausgabe unterrichtet. Den mündlichen Bericht erstattete Genosse Lipinski. Mit dem Geschäftsbericht wurde der folgende Antrag des Parteivorstandes erlegt:

II.

Der Parteitag der SPD Leipzig bedauert den Beschluß des Parteiaussschusses, in diesem Jahre keinen Parteitag stattfinden zu lassen. Da der Ausgang der Wahlen die Partei vor Entscheidungen stellen wird, die für die weitere Entwicklung der Partei und des proletarischen Kampfes in Deutschland von ausschlaggebender Bedeutung sein können, fordert der Parteitag, daß Parteivorstand und Parteiaussschuß erneut dazu Stellung nehmen und er erwartet, daß durch die Einberufung eines Parteitags unmittelbar nach den Wahlen den Parteigenossen im Reich die Möglichkeit gegeben wird, an den dann zu fallenden Entscheidungen mitzuwirken.

Genosse Frenzler erklärt, der Parteivorstand halte den Antrag für notwendig, da nach den Wahlen zweifellos die Frage der Koalitionspolitik in der Reichstagsfraktion eine Rolle spielen werde, diese Frage vor einem Parteitag zu entscheiden. Der Antrag solle an sämtliche Parteibeiräte des Reiches versandt werden, damit er die statutenmäßige Unterstützung erhalte. Der Parteitag stimmt nach kurzer Debatte diesem Antrage sowie einem vom Genossen Frenzler beantragten Zusatz zu. Der Zusatzantrag lautet:

Der Parteivorstand wird beauftragt, die übrigen Bezirke der Partei zum sofortigen Beitritt zu dem Beschluß des Leipziger Parteitags zu ermahnen.

Diese Anträge wurden ohne wesentliche Debatte einstimmig angenommen.

Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassierer Genossen Schröders Entloftung erteilt.

Die Wahl des Parteivorstandes

Darauf wird die Wahl des Parteivorstandes vorgenommen. Es werden gewählt:

zum Vorsitzenden Genosse Richard Lipinski, in den engeren Parteivorstand die Genossen Paul Krieger, Berta Thiel, Gutschadowitz Müller, Karl Krüger, Richard Koppisch, Hugo Saupe.

In den Parteiaussschuß werden delegiert der Genosse Richard Lipinski und die Genossin Berta Thiel.

Partei im Kampf!

Genossen, nutzt jeden Tag, sammelt, es hilft uns voran auch der kleinste Betrag. Opfert für die Partei!

Zu Revisoren werden gewählt
Hermann Jänichen Walter Weidmann Otto Trotte
Albert Wittich Zeller, Südosten Otto Röhrborn
Hermann Herkenröther

Zum Vorsitzenden des Bezirksbildungsausschusses wird der Genosse Alfred Hertz bestimmt.

Anträge zum Statut

Der Parteivorstand unterbreitete dem Parteitag die folgenden Anträge zum Statut.

Dem Absatz 9, § 5 des Bezirksstatuts folgende Fassung zu geben: Wahl der Mitglieder des Landesarbeitsausschusses und ihrer Stellvertreter für den Bezirk Leipzig aus dem Parteivorstand, wobei mindestens ein Mitglied des Landesarbeitsausschusses aus dem engeren Parteivorstand zu wählen ist.

Antrag des Parteivorstandes. Der Parteitag wolle beschließen:

Dem Absatz 7 des § 6 des Bezirksstatuts folgende Fassung zu geben:

Über die geschäftlichen Angelegenheiten, die Durchführung der Beschlüsse des erweiterten Parteivorstandes und die Durchführung der wahltechnischen Arbeiten entscheidet der enger Parteivorstand allein unter Hinzuziehung des Vorsitzenden und des Sekretärs vom Groß-Leipzig mit beratender Stimme.

Im Ausschlußverfahren werden nur die Vertreter der beteiligten Organisationen zugelassen.

In den Sitzungen, die politische Fragen behandeln, nehmen mit beratender Stimme teil, je ein Vertreter der Unterbezirke, die Sekretäre des Bezirkssekretariats, der Jugendsekretär, der Vorsitzende des Bezirksbildungsausschusses, der Vorsitzende des Unterbezirks Groß-Leipzig, und der Vorsitzende des Ortsausschusses des DGB Leipzig, sofern er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist.

Die Anträge werden ohne wesentliche Debatte einstimmig angenommen.

Sonstige Anträge

Der Parteitag hatte dann noch eine Anzahl Anträge zu erledigen.

Zeitung betreffend: Unterbezirksparteitag Borna und des Unterbezirkvorstandes Borna.

1. Der im Unterbezirk bestehende Zustand, daß ein Teil der Ortsgruppen die Leipziger Volkszeitung, der andere überwiegende Teil die Volkszeitung für das Mühlental liest, muß schnellstens beseitigt werden.

2. Eine Lösung dieser Frage erblickt der Unterbezirk darin, daß für den gesamten Bezirk die Leipziger Volkszeitung als Parteiorgan erscheint. Technische und finanzielle Schwierigkeiten, die geltend gemacht werden könnten, dürften letzten Endes nicht ausschlaggebend sein, wenn das größere Interesse der Partei diese Änderung erfordert. Die Erfahrungen bei der bürgerlichen Presse zeigen, daß auch die Landorte Wert auf eine großstädtische Presse legen. Ueber die Ausgestaltung bzw. Raumverteilung der Bezirke der Unterbezirke muß eine zweckmäßige Regelung gefunden werden. Die Werkkraft der Parteizeitung würde dadurch wesentlich gehoben. Der Unterbezirksparteitag erwartet, daß Parteivorstand, Pressekomitee und Geschäftsleitung Mittel und Wege finden, dem berechtigten und jahrelang gehegten Wunsch Rechnung zu tragen. Ortsverein Leisnig und Unterbezirksparteitag Döbeln.

Verhandlungen einzuleiten, damit die Leipziger Volkszeitung offizielles Organ für den Unterbezirk Döbeln wird.

Unterbezirksparteitag Wurzen, Grimma, Osch.

auch auf eine Umstellung der Volkszeitung für das Mühlental hinzuwirken, insofern, als auch auf möglichst frühzeitige Veröffentlichung der eingeleiteten Artikel und Notizen Bedacht genommen werden soll. Es kommt vor, daß solche Einfendungen erst drei bis vier Tage nach Einfendung erscheinen. Sie haben dann in der Regel allen aktuellen Wert verloren.

Die Anträge werden dem Vorstande überwiesen.

a) Kein von der Partei bezahlter Funktionär der SPD darf einem Kirchenverein angehören. Religiöse Gefühle mögen Privatsache sein, die Zugehörigkeit eines sozialistischen Führers zu einem öffentlichen rechtlichen Verein, wie der Kirche, kann für die Partei keine Privatsache sein. Ohne Gewissenszwang ausüben zu wollen, muß von jedem Funktionär erwartet werden, daß er ebensowenig der arbeitervölklichen Kirche angehört wie dem Stahlhelm. Der Antrag ist vom Parteitag an den nächsten Reichsparteitag der SPD zu stellen.

b) Zusatzantrag. Die Zugehörigkeit von Parteimitgliedern zu religionspolitischen und nationalpolitischen Vereinen ist unzulässig.

Hierüber entspann sich eine längere Debatte, die auf Antrag des Genossen Koberg abgebrochen wurde, um in einer späteren Besprechung eine ausgiebige Aussprache darüber zu ermöglichen.

Damit hatte der Parteitag seine Arbeiten erledigt. Genosse Lipinski schloß die Tagung mit etwa folgenden Worten: Unser Genosse Frenzler hat seit zwei Jahren so erkrankt, daß er seinen parlamentarischen Arbeiten nicht mehr nachkommen kann. Genosse Seger steht lange in der Parteibewegung und hat in den letzten heißesten Parteikämpfen seine Auffassungen zum Ausdruck und vielach zur Geltung gebracht. Die Erschöpfung seiner Arbeitskraft hat ihm die Möglichkeit genommen, weiter für die Partei zu wirken. Wir erachten es als unsere Pflicht, ihm für seine unermüdete und opferfreudige Tätigkeit aufrichtig und nachdrücklich zu danken und ihm den Wunsch zu übermitteln, daß er die ferneren Tage in Ruhe verbringen möge. Die lebhaften Zustimmung aus der Versammlung bringen, daß es der Wunsch der Parteigenossen ist, dem Genossen Seger in diesem Sinne Mitteilung zu machen.

Und nun noch eins: Der Genosse Friedrich Geyer vollendet Montag sein 75. Lebensjahr. Auch er hat sein ganzes Leben lang in opferfreudigster Weise für die Partei gewirkt. Wir entbieten ihm unsere Glückwünsche.

Damit sind wir am Schluß unserer heutigen Verhandlungen. Der Parteitag ist geschlossen.

Peters Union Fahrradreifen **Peters Union Fahrradreifen**

oft nachgeahmt - nie erreicht!

Neuer Schiedsspruch in Berlin

Ablehnung von beiden Seiten Heute Verbindlichkeitsklärung?

Am Freitagabend wurde mitgeteilt, daß der Schlichter für Groß-Berlin über den am Mittwoch gefällten Schiedsspruch am Sonnabendmorgen endgültig entscheiden werde. Diese Entscheidung ist nicht erfolgt, sondern der Schlichter hat Sonnabend mittag zu neuen Verhandlungen eingeladen und zu diesem Zweck eine Schlichterkammer gebildet. Bei den Nachverhandlungen über den Mittwoch-Schiedsspruch, die am Freitag während sieben Stunden stattgefunden haben, erklärten sich die Unternehmer bereit, den Schiedsspruch innerhalb von acht Tagen zu erfüllen. Auf diese rein theoretische Erklärung gestellt, erklärten sie, auch einen Tarifvertrag mit Mindestlöhnen für die Werkzeugmacher abzuschließen zu wollen. Wiederrum auf dieses „Zugeständnis“ gestellt, erklärten sie, sie wollten einen Spitzenlohn von 90 Pfennig pro Stunde bewilligen, während die Werkzeugmacher einen solchen von 1,50 Mark in der Spitze verlangen. Nach langen Verhandlungen erhöhten die Unternehmer ihr Angebot um 5 Pfennig, boten aber auch damit der höchstqualifizierten Gruppe der gelehrten Metallarbeiter einen Lohn, der noch erheblich hinter dem Nominallohn der Vorjahrszeit zurückbleibt.

Nach den ergebnislosen Verhandlungen am Freitag fanden dann am Sonnabend die neuen Verhandlungen statt, über die uns folgendes berichtet wird:

SPD Im Lohnauflage der Berliner Metallindustrie wurde am Sonnabend vor dem Groß-Berliner Schlichter nochmals verhandelt. Die Schlichterkammer sollte nach mehrstündiger Beratung einen Schiedsspruch, der für die Zeit bis zum 30. Juni folgende Regelung vorsieht:

Die Stundenlöhne und Akkordlöhne der Werkzeugmacher werden mit dem Arbeitertal in den einzelnen Betrieben einer Nachprüfung unterzogen. Sofern in einzelnen Betrieben eine Bereinbarung schon erfolgt ist, verbleibt es dabei. Die Nachprüfung hat sich auf die Angemessenheit der Löhne und Akkorde zu erstrecken. Auch Erhöhungen der Verdienste ganzer Gruppen sind bei nicht ausreichender Höhe vorzunehmen. Kommt eine Einigung nicht zustande, dann wird eine paritätische Kommission endgültig die Akkordberechnungsgrundlage festsetzen. Dabei gilt für die Werkzeugmacher der Klasse I (des Vertrags vom 1. 3. 21) ein Akkordberechnungssatz von 1 Mk. pro Stunde und für Werkzeugmacher über 21 Jahre ein Mindestlohn von 1 Mk. Die Nachprüfung hat binnen einer Woche in den betroffenen Betrieben und innerhalb drei Wochen in den anderen Betrieben zu erfolgen. — Nach einer Ergänzung des Manteltarifvertrags durch eine Reihe von neuen Bestimmungen zur Akkordberechnung besagt der Schiedsspruch weiter: Die Arbeit wird zum frühesten Termin aufgenommen, der Streit gilt nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses im Sinne des Tarifvertrags. Maßregelungen sind nicht zulässig. Die Erklärungsfrist läuft bis Montag, den 12. März, 16 Uhr.

Die Schlichterkammer war sich darüber einig, daß die vorgeschlagene Regelung in keinem Fall zu einer Verschlechterung des bestehenden Zustands führen soll. Es liegt klar auf der Hand, daß, wenn dieser Schiedsspruch wirklich Geltung bekommt, selbstverständlich noch in irgendeiner Form gewisse Sicherungen für die Werkzeugmacher geschaffen werden müssen, die schon bisher einen besseren Lohnsatz hatten. Bisher betrug der Mindestlohn bei Siemens z. B. 88 Pf. Einen gewissen Fortschritt bringt der Schiedsspruch, aber seine Zugeständnisse sind zu klein, um die Arbeiter zu befriedigen. Die Streikleitung der Metallarbeiter hat daher beschlossen, den Schiedsspruch abzulehnen. Auch die Unternehmer haben den Schiedsspruch abgelehnt. Ihnen geht es natürlich noch zu weit. Sie wollten unter keinen Umständen über 95 Pf. hinausgehen; bei den ersten Verhandlungen vor dem Groß-Berliner Schlichter waren sie nur bis 90 Pf. gegangen.

Die Erklärungsfrist läuft bereits Montag, 10 Uhr, ab. Unter diesen Umständen wird es kaum möglich sein, eine Übereinkunft vorzunehmen. Am Montag finden die letzten Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium statt, das darüber entscheiden wird, ob der Spruch für verbindlich erklärt werden soll oder nicht. Wie die Dinge im Augenblick liegen, besteht große Wahrscheinlichkeit, daß der Schiedsspruch, obwohl er von beiden Parteien abgelehnt wird, vom Reichsminister doch für verbindlich erklärt wird. Am Montag, 13 Uhr, findet eine Streikerversammlung in den Prachtgärten am Märchenbrunnen statt, die zu dem Ausgang der Verhandlungen Stellung nimmt.

Ergebnislose Lohnverhandlungen

In Hamburg, 12. März.

Die am Sonnabend zwischen Vertretern der Norddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller und den Vertretern der beteiligten Arbeiterorganisationen stattgefundenen Lohnverhandlungen mußten nach mehrstündiger Dauer ergebnislos abgebrochen werden.

Metallangestellte in Tarifbewegung

SPD Bochum, 12. März. (Radio.)

Die am 11. März in Essen stattgefundene Delegiertenkonferenz des Bundes der technischen Angestellten und Beamten in der Reichs- und nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie beauftragte die Gewerkschaft, das Gehalts- und Arbeitsabkommen zum nächst zulässigen Kündigungsstermin zu kündigen.

Das Zeitungsverbot im Bankgewerbe Reichsgerichtsrat Königsberger für Finanzkapital

Vom Reichsverband der Bankleitungen wird dem RTB mitgeteilt:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bekanntlich das Vorgehen der Bankleitungen, die die Verbreitung des Organs des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten in den Bankbetrieben im Hinblick auf die von ihm wiederholt gebrachten Beleidigungen verboten hatten, zum Gegenstand einer Interpellation der Reichsregierung gemacht. Gleichzeitig hatte der Allgemeine Verband des Reichsstariksamt für das Bankgewerbe als oberste Instanz über grundsätzliche Streitfragen aus dem Tarifvertrag zur Entscheidung angetragen. Der Termin wurde unter Vorbehalt des Reichsgerichtsrats Königsberger, Mitglied des Reichsarbeitsgerichts, abgehalten. Das Reichsstariksamt hat dahin erkannt, daß das Vorgehen der Bankleitungen in vollem Umfang gerechtfertigt war.

Dazu wird uns geschrieben: Der Reichsgerichtsrat Dr. Königsberger hat dem Bankenverbande den Ersallen getan, den dieser von ihm erwartet hat. Er hat das Verbot der Verteilung der Verbandzeitungen in den Bankbetrieben bestätigt. Für ihn ist das Hausrecht der Bankleitungen wichtiger und heiliger, als das Kollisionsrecht und die Meinungsfreiheit der Arbeitnehmer des Bankgewerbes. Es steht zu erwarten, daß der Bankenverband mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln nunmehr nach der verhängten Zeitung des freigezwungene Bankangestelltenverbandes in den Betrieben jöhnden wird. Ebenso selbstverständlich ist es aber auch, daß der

Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten sich durch dieses Zeitungsverbot der Bankenunternehmer, wenn es auch von einem Reichsgerichtsrat sanktioniert ist, nicht daran hindern lassen wird, mit seinen Ideen nach wie vor und in verstärktem Maße an die Bankangestellten heranzutreten. Dazu gibt es Mittel genug.

Wie wir hören, wird eine erhöhte Flugblatt- und Propagandätätigkeit des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten nunmehr einsehen. Das verbotene, bisher 14tägig erscheinende Verbandsorgan wird in verdorbener Form achttägig in verstärkter Ausgabe herausgebracht werden. Keinem Bankangestellten ist es auch durch das bestehende Verbot verwehrt, die Druckschriften des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten zur Kenntnis zu nehmen.

Schuhmacher in Tarifbewegung Tarife für 100 000 Arbeiter gekündigt

SPD Berlin, 10. März. (Radio.)

Der Zentralverband der Schuhmacher hat zum 31. März sowohl den Reichsmanteltarif, als auch den Reichslohntarif gekündigt. Diese Tarife gelten für etwa 100 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der deutschen Schuhfabriken. Zunächst wird beantragt, an Stelle der 48stündigen Arbeitszeit wieder die früher tariflich festgelegte 47stündige Arbeitszeit einzuführen. Weiter wird die umfassende Neuregelung der Flieharbeit und eine Erhöhung des Tarifspitzenlohnes um 10 Pfennig, also von 83 auf 93 Pfennig, gefordert.

Gewinnsteigerung bei Wittler

Die Wittler Werkzeugmaschinenfabrik-Aktiengesellschaft, Leipzig-Wahren, hielt am Donnerstag die jährliche Generalversammlung ab, die den Abschluß für das Jahr 1927 zu genehmigen hatte. Die Bilanz zeigt ein sehr günstiges Bild. Der Rohgewinn stieg von 1 376 757 auf 1 477 018 Mark, der Reingewinn von 268 342 auf 384 766 Mark, also um etwas mehr als ein Drittel. Die Dividende erhöht sich von 7 auf 10 Prozent.

Die Verwaltung teilt mit, die allgemeine Geschäftsbelegung der Wirtschaftslage habe eine flotte Beschäftigung gebracht, so daß die Werkeanlagen voll ausgenutzt werden konnten. Preise und Zahlungsbedingungen wären aber nicht befriedigend gewesen, da die in der deutschen Wirtschaft immer mehr führende Autoindustrie, bedrängt durch schärfste ausländische Konkurrenz, nur zu günstigen Bedingungen kaufen konnte. In der Tat kann man dem ungewöhnlich starken Anwachsen der Forderungen im allgemeinen und der Wechselforderungen in besonderen entnehmen, daß die Zahlungsweise der Kundschaft sich verschlechtert hat, und daß in größerem Umfange Kredite in Anspruch genommen worden sind. Die Außenstände sind von 705 370 auf 868 745, der Wert des Wechsel von 205 692 auf 688 337 Mark angewachsen. Die Schulden erhöhten sich aber zur gleichen Zeit nur von 458 378 auf 606 602 Mark. Unter Zunahme der eingeräumten Kredite von rund 725 000 Mark steht eine Zunahme der beanspruchten Kredite von nur 153 000 Mark gegenüber. Die Gesellschaft war also durch eigene Mittel den erhöhten Kreditansforderungen gewachsen. Sie konnte sogar trotz verschlechtertem Zahlungseingang ihre flüssigen Mittel vermehren.

Der Zuwachs an Neuanlagen war diesmal mit 125 258 Mark geringer als im Jahre vorher. Die Verwaltung erklärt, sie habe die im Jahre 1924 begonnene Umstellung der Fabrikationsmethoden nicht in dem beabsichtigten Tempo fortsetzen können, weil dadurch eine Behinderung in der laufenden Produktion unvermeidlich gewesen wäre, und sie die günstige Wirtschaftslage durch fortgesetzte Produktion nach Möglichkeit auszunutzen wollte. Trotzdem eine Verwermerung der Betriebsanlagen stattgefunden, ist ihr Bilanzwert nicht größer geworden, sondern von 914 500 auf 718 500 Mark gesunken. Das liegt daran, daß fast ein Drittel des gesamten Anlagewertes, also einschließlich der Zugänge des vergangenen Jahres, abgeschrieben wurde. Die Abschreibungen betragen 321 258 Mark. Auf die bestehenden Anlagen sind also mehr als 20 Prozent und die neuen vollständig abgeschrieben, demnach aus den Gewinnen desselben Jahres bezahlt worden, in denen ihre Anschaffung erfolgt ist. Daß trotz dieser Ueberabschreibungen Reingewinn und Zuwendungen an die Aktionäre so reichlich bemessen werden konnten, beweist, wie schwer es der Verwaltung gefallen ist, ihre großen Gewinne unterzubringen.

Die Generalversammlung hat beschlossen, das Aktienkapital um 520 000 auf 4 Millionen Mark zu erhöhen. Die neuen Aktien sind im wesentlichen zur Angliederung der Magdeburger Werkzeugmaschinenfabrik bestimmt. Die Zahl der Aufsichtsräte, bisher elf ausschließlich der Betriebsratsmitglieder, wird um drei vermehrt. Darunter zwei Vertreter von Banken (Goldschmidt von der Darmstädter Bank und Freiherr v. Palm vom Berliner Bankhaus Delbald, Schläder u. Co.) und Dr. Stengler als Vertreter des Fürsten von Stolberg-Wernigerode.

An der Grenze des wirtschaftlich Vernünftigen

Die Ruhrzechen gaben sich, angesichts der kommenden Arbeitskämpfe, alle erdenkliche Mühe, zu beweisen, daß sie ohne oder fast ohne Gewinn arbeiten müssen. Dazu liefert die Frankfurter Zeitung einen höchst beachtenswerten Beitrag:

Der heutige technische Ausbau- und Konzentrationsprozeß der Ruhrzechen hat, ähnlich wie der jetzt ziemlich abgeschlossene allgemeine Kollisionsbau, den Charakter eines Wettlaufes, bei dem für den Ansehenden schwer erkennbar ist, wo die Grenze des wirtschaftlich Vernünftigen liegt. In der Zeit von Währungsinstabilität und Stilllegungsplanen, wenn auch nur in Einzelfällen übertrifft der Neubau von ganzen Schachtanlagen, der sich aber aus der im allgemeinen nicht sichtbaren starken privatwirtschaftlichen Spannung zwischen den einzelnen Konzernen erst art, die sich heute für den neuen Duotnamkampf im Jahre 1930 rufen. Es werden zur Zeit an 22 Fördermaschinen, 12 Wettermaschinen, 2 Wetter- und Fördermaschinen Abbaubarbeiten ausgeführt. Dabei handelt es sich zum Teil um alte Schächte, die zur Erweiterung neuer Flöze vertieft werden. An wirklich neuen Schächten sind zur Zeit im Bau 5 Wettermaschinen und 4 Fördermaschinen. Geplant

Lohnherabsetzung

Unternehmer-Vorstoß gegen „zu hohe“ Löhne

In Berlin, 10. März.

Wie dem DSD mitgeteilt wird, haben die Arbeitgeberverbände der Rheinisch-Westfälischen Kohlen- und Bergbauindustrie am 1. Mai gekündigt und eine Herabsetzung der Löhne und Gehälter gefordert. Die Arbeitgeberverbände haben darauf hingewiesen, daß die Lohnverdienste weit über das durch die Teuerung bedingte Maß hinausgingen.

Die Chemie kann zahlen

SPD Das Lohnabkommen zwischen Fabrikarbeiterverband und chemischer Industrie ist zum 31. März gekündigt worden. Es kommen dabei fünf Sektionsbeiräte mit über 100 000 Arbeitern in Betracht.

Gehheimrat Duisberg, der Vorsitzende des Aufsichtsrates der I. G. Farbenindustrie, hat im Dezember vergangenen Jahres berichtet, daß für das abgelaufene Geschäftsjahr im genannten Konzern 12 Prozent Dividende ausgeschüttet werden.

Betriebsratgesetz nach dem neuesten Stande der Gesetzgebung mit Nachordnung. Im Anhang sind sämtliche einschlägigen Gesetze und Verordnungen wie über Betriebsbilanz, Entsendung zum Aufsichtsrat, Verordnungen vom 21. April 1920, 5. Juni 1920, 14. April 1920 und Gesetz vom 17. Februar 1928 enthalten. Diese Gesetzestexte sind für alle Betriebsratsmitglieder unentgeltlich. Das Stück kostet 1 Mk. und Porto. Bestellungen sind an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Leipzig, Zeilher Straße 32, zu richten.

und noch nicht begonnen sind 4 Wettermaschinen, 3 Fördermaschinen und ein Wetter- und Fördermasch. Die Wettermaschinen werden durch die polizeilichen Vorschriften bedingt und dokumentieren meist den vorgeschriebenen Ausbau der Untertageanlage.

Ein Wettermaschinen, von dem man nicht weiß, ob es die Grenze des Vernünftigen erreicht oder gar schon überschritten hat, grenzt an Verwahrung oder ist vielleicht Verschwendung. Woher nimmt das Fiskuskapital das Geld zu überflüssigen Aufwand, wenn es keine Gewinne macht?

„Prüfung“ der Bergbau-Lage Vorarbeit gegen die Bergarbeiter?

Die Bergarbeiter-Zeitung schreibt zu der von uns bereits gemachten Einsetzung einer Schmalenbach-Kommission zur Untersuchung der Produktionsverhältnisse im Ruhrbergbau:

Die Forderungen der Ruhrbergarbeiter auf Lohnherabsetzung und Arbeitszeitverkürzung sind bereits in den Rahmen der Erörterung eingetreten. Wichtigstens gilt das für die „schädlich“ interessierten Stellen. Wie wir nämlich durch die Presse (1) erfahren, hat der Reichswirtschaftsminister, Herr Curtius, eine Kommission ernannt, die die gegenwärtige Lage im Ruhrbergbau untersuchen und prüfen soll. Die Tatsache, daß wir als Bergarbeiterverband, als hauptinteressierte Gruppe an der nächsten sozialwirtschaftlichen und damit auch wirtschaftspolitischen Gestaltung im Ruhrbergbau erst durch die Tagespresse von der Einsetzung dieser Prüfungscommission hören konnten, läßt uns wenig Vertrauen haben in die beabsichtigte Absicht, eine „objektive“ Klärung über die derzeitigen Verhältnisse im Ruhrbergbau“ herbeizuführen.

Wir können das um so weniger, als wir feststellen müssen, daß der Kommission zwei aktive Generaldirektoren, und zwar Generaldirektor Paul Stein (Jesse Auguste Viktoria) und Generaldirektor Dr.-Ing. Springorum (von der Joseph-A.-G.), angehören. Das läßt doch immerhin darauf schließen, daß der Zusammensetzung der Kommission eine entsprechende Inverbindungsetzung mit den Ruhrindustriellen vorausgegangen sein muß, während man die Bergarbeitervertreter einfach übergibt. Oder wurde auch der Zechenverband erst durch die Mitteilung der Tagespresse über die Kommission selbst sowie deren Zusammensetzung orientiert?

Von unserer eigenen Anschauung über die einzelnen Mitglieds der Kommission soll damit für heute nichts gesagt sein. Wir wollen nur betonen, daß die Ergebnisse solcher Kommissionsprüfung für die Erfüllung der Forderungen der Bergarbeiter keine Bedeutung haben können, da deren gerechte und zwingende Notwendigkeit heute schon mehr als erwiesen ist. Wir sind darauf gespannt, ob das Gutachten auch eine diesbezügliche Prüfung vornehmen wird und wie man die Lage der Bergarbeiter „im Rahmen der Verhältnisse im Ruhrbergbau“ beurteilt.

Gute Konjunktur in der sächsischen Textilindustrie

Die größeren sächsischen Werke, welche Maschinen für die Strumpf- und Wirtwarenindustrie — besonders Kollionsmaschinen und Rundstrümpfe — herstellen, sind, wie die Kölnische Volkszeitung meldet, bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt. Einen großen Teil der Produktion nimmt das Ausland auf. Die Lieferfristen für Kollionsmaschinen bewegen sich zwischen sechs und zwölf Monaten; es werden auch entsprechende Preise erzielt. Die gedrückte Lage gestattet den größeren Werken, den Abnehmern durch langfristige Kredite den Kauf zu ermöglichen, wodurch die Kaufkraft zweifelslos angeregt wird. Auch für Strumpfmaschinen ist das Geschäft gut.

Verdreifachter Reingewinn

Verdreifachter Fabrikationsgewinn, verdreifachter Reingewinn und verdreifachte Abschreibung! Das ist der Inhalt der Reformbilanz, den die Gardinen- und Tüllfabrik Industrie Werke Wlauen A. G. am Freitag veröffentlichte. Wir müssen der Verwaltung schon zustimmen, wenn sie in ihrem Bericht von „einem sehr erfolgreichen Abschluß“ spricht. Der Fabrikationsgewinn ist von 618 000 auf 1 654 000 Mark, die Abschreibungen von 248 000 auf 803 000 Mark und der Reingewinn von 365 000 auf 801 000 Mark gestiegen. Wie groß der Erfolg wirklich ist, kann man nicht genau übersehen, da die Verwaltung ihre Generalaufkosten, in denen sie wahrscheinlich umfangreiche stille Reserven angehäuft hat, nicht angibt. Aber auch sonst verraten die einzelnen Posten der Bilanz allerlei. Für Hypothekenaufwertung wurden 80 000 Mark in Reserve gest. Die Aufwände erhöhten sich von 12 auf 18 Millionen Mark und der Warenwert, natürlich buchmäßig, von 18 auf 28 Millionen Mark für Produktionen, Lantimenen usw. sind nicht weniger als 585 000 Mk. vorgelassen. Der Kurs der Industriewerke-Aktien ist von Ende 1926 bis zum 8. März 1928 von 116½ auf 191½ Prozent hinaufgelaufen. Die Dividende wird von 9 auf 14 Prozent erhöht.

Da behauptet noch einer, die Industrie sei notleidend!

Sächsische Angelegenheiten

Die Parade der Hausagrarien

Die mit viel Lärm angekündigte Parade der sächsischen Hausagrarien hat am Sonntag, dem 11. März, in Leipzigs Zoologischen Garten stattgefunden. Anwesend waren Vertreter des Justiz- und Wohlfahrtsministeriums und Vertreter der Kreisbauernvereine; Mißvergnügen erzeugte es, daß der Rat der Stadt Leipzig sich nicht offiziell hatte vertreten lassen.

Wer noch nicht gewußt haben sollte, welchen Zweck diese Tagung des Verbandes der sächsischen Hausbesitzer diente, der hätte es schon durch die verheißungsvolle Tagesordnung erfahren können. Das Thema lautete:

Brennende Forderungen des Hausbesitzes an Reich und Land!

Der Vorsitzende, Rechtsanwalt Kahlmann, Dresden, bezeichnete als brennende Forderungen:

Erhöhung des Hausbesitzeranteils aus der Mietzinssteuer um 4 1/2 Prozent. Das sind die bemuteten 17 Millionen Mark, um die die sächsischen Hausbesitzer als nächste Etappe auf dem Wege der Erhöhung ihres Mietanteils kämpfen. Kahlmann bezeichnete ausdrücklich das, was die Hausbesitzer bisher erreicht haben, als Abschlagszahlung.

Als nächste brennende Forderung bezeichnete Kahlmann, daß an der mühsam erkämpften **Kostengrenzenordnung nichts mehr geändert werden dürfe.** Kahlmann erklärte zum Schluß unter starkem Beifall der Versammelten, daß die Hausbesitzer zum **Verwehren** bereit seien, wenn man ihnen das verweigert, was sie ihre Rechte nennen.

Der zweite Redner, Bezirkskassant Kollig, verriet, wie sich die Hausbesitzer die Befassung der 1 1/2 Prozent für die Hausbesitzer denken. Da eine Erhöhung der Mieten zur Zeit nicht erreichbar ist, will Herr Kollig dem Staat und den Städten je zwei Prozent von ihren Anteilen an der Mietzinssteuer kürzen. Als dritter Redner sprach noch der Justizinspektor Entzlein und als vierter Redner der Reichstagsabgeordnete Lude.

Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in der 3000 sächsische Hausbesitzer flammend protestierten gegen die Unterdrückung des Hausbesitzes usw.

Die Hausbesitzerparade im Leipziger Zoo ist eine starke Unterstreichung der Hausbesitzerforderungen im sächsischen Landtage. Man darf gespannt sein, welche Folgen sie haben wird. Bekanntlich haben die Demokraten im Landtage bei der Entscheidung durch Dr. Seyfert erklären lassen, daß sie nicht daran denken, die Mietzinssteueranteile des Staates und der Gemeinden zugunsten der Hausbesitzer zu vermindern. Ohne die Demokraten ist aber die Ablicht der Hausbesitzer nicht durchführbar. Die Aufwörter haben sich bekanntlich auch gegen eine weitere Erhöhung der Hausbesitzeranteile ausgesprochen. So bleibt also nur die Möglichkeit, daß entweder die Hausbesitzer oder die Demokraten umfallen! Ob bei Ablehnung ihrer Forderungen die Hausbesitzer immer noch „zum Neuesten bereit“ sind? Wenn ja, dann kann vom Leipziger Zoo aus der Sturz der sächsischen Hebidiontaktion ausgehen — wenn nur die Hausbesitzer nicht allzuviel Zucht vor der Landtagsneuwahl hätten.

Müller in Not

Ein Reinsfall des Reichs-Blattes.

Seiner Zeit, als im Landtag die Frage zur Erörterung stand, ob das Mandat des kommunikativen Abg. Wert für unzulässig erklärt werden sollte, suchte Herr Bethke ein etwas eigenartig-politisches Geschäft zu machen. Er richtete sich an den kommunikativen Abgeordneten Renner heran und gab ihm zu verstehen, daß er und seine Freunde für die Ungültigkeitserklärung des Wert'schen Mandats eintreten würden, wenn die Kommunisten bei der Entscheidung gegen das Gehalt des Staatszeitungsredakteurs stimmen, welchen Herrn Bethke bekanntlich bekleidet. Dieses Verhalten Bethkes hatte die Dresdner Volkszeitung als politisches Erpresserstück bezeichnet, was Bethke veranlaßte, die Dresdner Volkszeitung zu verklagen. Vor Gericht aber hatte er Pech. Das Gericht beschien ihm nämlich, daß tatsächlich sein Verhalten als politisches Erpresserstück anzusehen sei, und Gen. Sachs von der Dresdner Volkszeitung wurde nur wegen anderer, in dem gleichen Artikel enthaltener Ausdrücke zu 450 Mark Geldstrafe verurteilt. Daß Bethke von diesem Ausfall seines Prozesses nicht sehr erbaunt war, läßt sich denken. Als sich Gen. Sachs geneigt sah, dem ASP-Blatt wegen einiger falscher Behauptungen, die dort über den Prozeß aufgestellt worden waren, eine Berichtigung zu senden, kam im Reichs-Blatt eine wilde Schimpftatone, in der Gen. Sachs als bestraffter Ehrabschneider bezeichnet wurde und unter anderem gesagt war, daß er sich geistlich in den Dastortitel beilegte und kampfhafte verurteilt habe, die Öffentlichkeit zu täuschen. Wegen dieses Artikels hatte Gen. Sachs den verantwortlichen Redakteur des ASP-Blattes, Müller, verklagt.

Herr Müller befand sich vor Gericht in einer sehr peinlichen Lage, er mußte nun vornehmlich zeigen, daß er sich die Behauptungen des Artikels nicht zu eigen machen könnte, und er suchte sich dadurch zu helfen, daß er erklärte, der in Frage stehende Artikel sei ohne sein Wissen und Willen in die Zeitung gekommen, was übrigens auf recht eigenartige Zustände in der Redaktion des Reichs-Blattes schließen läßt.

Am Donnerstag wurde über die Klage vor dem Dresdner Amtsgericht verhandelt. Das Gericht verurteilte Müller wegen Beleidigung des Gen. Sachs zu 300 Mark Geldstrafe. Er ist dabei recht gut weggekommen, denn Gen. Sachs war in dem Prozeß, den Bethke gegen ihn angestrengt hatte, zu 450 Mark Geldstrafe verurteilt worden, obgleich seine Verurteilung nur wegen formeller Beleidigung erfolgte, während Müller nicht nur wegen formaler Beleidigung, sondern auch deswegen, weil sein Blatt über den Gen. Sachs falsche Behauptungen aufgestellt hatte, verurteilt wurde. Der Reinsfall der ASP-Deute ist um so größer, als Sachs seine 450 Mark nicht zu bezahlen brauchte. Er wurde auf Grund der Hindenburg-Amnestie begnadigt, offenbar weil man verhalten wollte, daß der politische Fall Bethke noch einmal in der zweiten Instanz vor Gericht aufgestellt wurde. Das Reichs-Blatt aber wird wohl die 300 Mark bezahlen müssen. Die Geldregulierung wird kaum einen Vorwand finden, den sie benutzen könnte, um die Begnadigung ihres Freundes Müller zu rechtfertigen.

Der Arbeitsmarkt in Sachsen

Das Landesarbeitsamt berichtet über die Arbeitsmarktlage: Die Arbeitsmarktlage hat sich im Laufe der letzten Februarwoche nicht entscheidend verändert. Das Abflauen der Winterarbeitslosigkeit geht langsam vor sich als man zunächst erwarten durfte. In der Land-, Forst- und Gartenwirtschaft wird zwar der Bedarf an Arbeitskräften leichster, im Bergbau; aber hat das Frostwetter vielfach Stockungen verursacht, die das Anwerben an Arbeitskräften stellenweise wieder erschwert haben. Im Bergbau herrscht noch wie vor ausgeprägter Mangel an Arbeitskräften;

in der Steinindustrie nimmt der Beschäftigungsgrad langsam weiter zu. In der Glasindustrie ist, mit Ausnahme der völlig dandierliegenden Tafelglasfertigung, die Nachfrage ebenfalls wieder etwas gestiegen, stellenweise bereitet die Beschaffung jugendlicher Hilfskräfte bedeutende Schwierigkeiten.

Weber die Metall- und Textilindustrie lauten die Berichte im allgemeinen bescheiden. Die stellenweise eingetretenen Schwankungen im Beschäftigungsgrade sind bisher örtlich beschränkt geblieben. Die Nachfrage nach Fachkräften hält allenthalben an. In den übrigen Industrien zeigen sich die Einflüsse normaler Saisonschwankungen, so z. B. in der Siphonwarenindustrie, wo die Beendigung des Ostergeschäftes zu einer Ablosung von Arbeitskräften geführt hat, und in der Bekleidungsindustrie, wo die gesteigerte Kaufnahmewilligkeit des Handels für die Frühjahrs- und Sommerkonfektion die Nachfrage belebt. — Im ganzen kann die Lage des Arbeitsmarktes als Bestätigung der Auffassung angesehen werden, daß sich die wirtschaftliche Konjunktur in einem labilen Zustande befindet.

Die Reichstagskandidaten des Dresdner Bezirkes

Am 11. März wurde in Dresden der Bezirksparteitag der Sozialdemokratie abgehalten. Als Kandidaten für den bevorstehenden Reichstagswahlkampf wurden aufgestellt:

1. Hermann Fleißner, 2. Toni Sender, 3. Richard Schmidt, 4. Genosse Krähig, 5. Genosse Schirmer, 6. Genosse Artur Ritz, 7. Genossin Dr. Siegemann, 8. Genosse Edel, 9. Genosse Meute, 10. Genossin Elsa Bombach, 11. Genosse Artur Reich, 12. Genosse Richard Rößig, 13. Genosse Richard Joppich, Lehrer in Merzdorf, 14. Genosse Richard Schütte in Freiberg, 15. Genosse Wilhelm Franke, Lehrer in Dresden, 16. Medizinrat Genosse Dr. Deppe.

Gegenwärtig hat die Sozialdemokratische Partei in Ostschlesien 6 Reichstagsabgeordnete.

Als Vorsitzender des Bezirkes wurde vom Bezirksparteitag der Genosse Oskar Edel gewählt. Als zweiter Vorsitzender Stadtverordneter Genosse Bölsch.

Naturkatastrophe in Brasilien

300 Tote bei einem Bergsturz

Rio de Janeiro, 10. März.

Nach Blättermeldungen aus Santos sind durch einen Bergsturz auf Mont Serrat große Verwüstungen angerichtet worden. Zahlreiche Häuser und viele Straßen sind verschüttet worden. Man hat bis jetzt über 20 Leichen geborgen.

Rio de Janeiro, 10. März.

Der Bergsturz auf dem Mont Serrat-Gebirge, der heute früh schon einsetzte, hat nach neueren Meldungen den Charakter einer großen Katastrophe angenommen. Die Zahl der Todesopfer wird mit 200, in verschiedenen Meldungen sogar mit 300 angegeben.

Rio de Janeiro, 12. März.

Die Behörden haben gestern Abend mitgeteilt, daß es noch immer un möglich ist, die genaue Zahl der bei dem großen Erdbeben am Sonnabend getöteten Personen festzustellen. Viele Personen werden noch als vermisst gemeldet, und es wird befürchtet, daß einige Leichen überhaupt nicht gefunden werden können, da die auf dem Bergsturz in der Stadt lagernden Erdmassen zu groß sind. Die Polizei hat angeordnet, daß alle neben dem Berge, um den sich die Stadt an drei Seiten herumlegt, wohnenden Personen ihre Häuser zu verlassen haben. Dies ergab sich als glückliche Vorkehrungsmaßregel, da heute ein zweiter Bergsturz auf der entgegengesetzten Seite des Berges erfolgte. Diesmal kam niemand zu Schaden. In den Ausgrabungsarbeiten beteiligten sich mehr als 1000 Polizisten, Soldaten und Freiwillige. Das Hospital von Santa Rosa, das eine der Hauptsehenswürdigkeiten der Stadt war, ist schwer beschädigt worden, aber die meisten Patienten konnten unverletzt nach anderen Stadtteilen in Sicherheit gebracht werden. Die Opfer des Unglücks sollen auf öffentliche Kosten bestattet werden.

Das Krankenhaus Santa Casa Misericordia, das etwas außerhalb der Stadt liegt, wurde von den Erdmassen zuerst erreicht und vollständig zerstört, wobei alle Kranken getötet wurden. Bis jetzt wurden aus den Trümmern des Krankenhauses 42 Leichen geborgen. Ein Familienpensionat, das sich in der Nähe des Krankenhauses befand, wurde ebenfalls völlig zerstört. Die 20 Bewohner dieses Hauses wurden alle getötet. Die Ausgrabungsarbeiten dürften mehrere Wochen in Anspruch nehmen, da das Gewicht der niedergegangenen Erdmassen auf mehrere Millionen Tonnen geschätzt wird. Die Ursache der Wochen lang herniedergegangenen starken Regenfälle, die die katastrophale Katastrophe dürfte darin zu suchen sein, daß die viele Innere des Berges in geologischer Beziehung wesentlich verändert hatten.

Großfeuer in Wilhelmshaven und Magdeburg

In der Marine-Werft und in einer Delfabrik

SWD Wilhelmshaven, 11. März.

Ein gewaltiges Schadenfeuer entstand am Sonnabend um 14,35 Uhr auf der Marinewerft Wilhelmshaven. Das Feuer nahm von einer Mechanikerwerkstatt aus seinen Anfang. Dichte Rauchwolken zogen über die Stadt hin. In kurzer Zeit stand das Obergeschloß der großen Werft für Feinmechanik vollkommen in Flammen. Nach Verlauf einer Stunde durchbrach das Feuer das Dachgeschloß und bedrohte die anliegenden Gebäude. Der heftige Ostwind fachte das Feuer immer stärker an, so daß sämtliche Feuerwehren aus Wilhelmshaven und Küstringen alarmiert wurden. Auch die Reichsmarine landete Hilfsmannschaften; außerdem wurden Flotillen zu den Rettungsarbeiten herangezogen. Die Werftfeuerwehr griff das Feuer von dem Werftgelände aus an, während die Wehren der Stadt ihre Tätigkeit außerhalb der Werft begannen. Dabei erregte sich ein Unglücksfall. Eine große Leiter einer freiwilligen Feuerwehrabteilung brach zusammen und ein Mann stürzte 10 Meter in die Tiefe; er kam mit unversehrten Verletzungen davon. Ein zweiter Mann konnte aufgefangen werden. Gegen 17 Uhr war die Hauptgefahr beseitigt. Die Feuerwehren waren noch bis in die Abendstunden mit der Abräumung des Brandes beschäftigt.

SWD Magdeburg, 11. März.

In Magdeburg brach am Sonnabend in der zweiten Morgenstunde auf dem Grundstück der Delfabrik Hubbe u. Fahrenholz ein Großfeuer aus. Beim Eintreffen der Feuerwehr stand bereits der turmartige Aufbau des Gebäudes in hellen Flammen. Den Feuerwehrlenten schickte ein Strom brennenden Dels entgegen, so daß ein weiteres Vordringen in das Innere des Gebäudes nicht möglich war. In kurzer Zeit hatten sich die Flammen nach den umliegenden Gebäuden hin ausgebreitet. Die Arbeit der Feuerwehr wurde dadurch erschwert, daß das Wasser von weither geholt werden mußte. Gegen

Schneestürme in Sachsen

Der in den letzten Tagen eingetretene Temperatursturz ist labil geblieben. In den Sonnabendmorgenstunden setzte harter Schneefall ein, der sich in den Abendstunden noch steigerte. In der Nacht machte ein orkanartiger eisiger Nordost den Verkehr auf den Landstraßen fast zur Unmöglichkeit. Die Kraftwagen konnten nur unter größter Kraftanstrengung die meterhohen Schneewehen überwinden, die sich sehr bald gebildet hatten.

Die Kraftwagen auf den Autobuslinien und die Züge der Reichsbahn verzichteten mit erheblicher Verzögerung.

Melzen. Vom Auto zerquetscht. Auf der durch Regen glatt gewordenen Bahnhofstraße überholte ein Radfahrer einen Autofahrer. Plötzlich glitt der Radfahrer aus und rutschte vor die Räder des Lastzuges, die den Unglücklichen förmlich zerquetschten.

Mies. Ein D-Zug beschossen. Vorige Woche wurde kurz vor Zeithain auf den D-Zug Berlin-Mies geschlossen. Die Kugel hat eine Fensterleiste der Lokomotive zertrümmert. Die Reichsbahndirektion hat für die Ermittlung des Täters 500 Mark Belohnung ausgesetzt.

Flauen i. B. Eine verhängnisvolle Radsparte. Am Freitag früh in der 4. Stunde hat sich in der Nähe von Flauen, bei der Jag. Schöpsdrehe, ein Autounfall ereignet. Fünf Herren und eine Dame aus Flauen machten mit einem Mietsauto eine Tour nach Elsterberg. Auf der Rückfahrt bekam bei der Schöpsdrehe der Chauffeur die Kurve nicht heraus. Der Wagen fuhr gegen einen Baum und überstürzte sich. Vier der Insassen wurden dabei verletzt und mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Chemnitz. Die letzte Motorradfahrt. Auf der Dresdener Straße, unweit der Stadtgrenze, fuhr ein 26 Jahre alter Schloßer mit seinem Motorrad gegen einen Straßenbaum und brach das Genick. Der hinzugezogene Arzt konnte nur den Tod feststellen.

Schwere Stürme im Stillen Ozean

200 Menschen ertrunken

TU Berlin, 12. März.

Nach Meldungen Berliner Morgenblätter herrschen an der japanischen Küste schwere Stürme. Der amerikanische 14 000-Tonnen-Dampfer Präsident Lincoln gab auf dauernde drahtlose Anrufe keine Antwort und ist seit Sonnabend überfällig. Küstleinere japanische Schiffe sind mit zusammen 200 Personen an Bord untergegangen. Die japanische Regierung sandte Flugzeuge und Zerstörer aus, um nach den überfälligen Dampfern zu forschen und etwa noch in Not befindlichen Schiffen Hilfe zu leisten.

Grubenkatastrophe in Mexiko

Mexiko, 10. März.

In der Aurora-Mine in Tezcuilcan im Puebla-Staat ist ein Grubenrad ausgebrochen, durch den 85 Minenarbeiter eingeschlossen wurden. Bei den Rettungsarbeiten wurden 2 Hilfsarbeiter durch ausströmende Gase getötet. Es gelang, 50 der eingeschlossenen zu retten. Die übrigen 35 Minenarbeiter befinden sich noch in der Tiefe. Man muß damit rechnen, daß sie nicht gerettet werden können.

Hundfunkprogramm Leipzig

Dienstag, den 13. März.

- 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.
- 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 11,45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto) und Wasserstandsmeldungen.
- 12,55 Uhr: Kanener Zeitzeichen.
- 13,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht.
- 15,00—15,30 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt.
- 16,30—18,00 Uhr: Bunter musikalischer Nachmittag. (Von 17,00 bis 18 Uhr: Uebertragung auf den Deutschlandsender.) Mitwirkende: Anne Colombata (Gesang), Heinrich Gasparin (Gitarrenspieler), Kammermusikhaus Heinrich Teubig (Cornet & Pflöten), Mitglied des Gewandhaus-Orchesters. Begleitung: Alfred Simon (Hörner), Bläser.
- 18,30—19,30 Uhr: Frauenfunk. Frau Dr. Doris Hertwig-Bürger: „Die Entwicklung des Frauenstimmrechts in den einzelnen Ländern.“ 18,30—18,55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. G. van Esjeter und C. M. Affler: Spanisch für Anfänger.
- 19,00—19,30 Uhr: Dr. h. c. Eugen Diederichs-Jena: „Heimat und Gellistesleben.“
- 19,30—20,00 Uhr: Vortragreihe: „Die Zukunft deines Kindes.“ Regierungsrat Neumann-Dresden: „Der Berufsweg des Ungelehrten.“
- 20,15 Uhr: Kammermusik. Mitwirkende: Kammerfänger Georg Jottmayer (Sax), Karl Hesse, Solocellist der Staatsoper Dresden (Cello), Theodor Blumer (Klavier). Fügell: Köntsch.
- 22,00 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
- 22,15—24,00 Uhr: Frank Bedekind zum Gedächtnis. Mitwirkende: Agnes Dellarto, Joseph Krähig, Peter Stanchina. 1. Prolog zum Erdgeist, Peter Stanchina. 2. Lieder zur Laue. a) Donnerwetterlied; b) Jse; c) Das Lied vom armen Kind; Agnes Dellarto 3. Gedichte; a) Bajazzo (Aus „So ist das Leben“); b) Christine; c) Die sieben Hellen; d) Tiefer Friede; e) Pennal; f) Albrandblatt, Peter Stanchina. 4. Lieder zur Laue; a) Der blinde Krabe; b) Bergänglichkeit; c) Gulatzen; d) Son vorn beschen; e) Wetterstürme; f) Wundla, Joseph Krähig. 5. Drei Szenen aus „Frühlingserwachen“, 2. Akt. 1. Szene (Zwischen Weichlor und Moriz); 2. Szene (Zwischen Frau Bergmann und Wundla); 3. Akt, 1. Szene (Zwischen Wundla, der Mutter und dem Arzt).



KUKIROL allein
größt klein, berätigt
Herzlich empfohlen. Die Millionenfach bewährt. Packung 25 Dg.

Unsere Kaufkraft

spielt eine Rolle im deutschen Wirtschaftsleben. Durch die Zentralisation des Einkaufes tätigen wir gigantische Abschlüsse zu den günstigsten Bedingungen. Die Auswertung uns. Kaufkraft

bebründigt die Einkaufsvorteile, welche wir bieten.

Dazu gesellen sich die Verbilligungen die wir durch die Herstellung vieler Waren in unseren eigenen großen Fabriken erzielen. Nebenstehendes Angebot zeigt wieder, was wir durch beides leisten können.

Leinen- und Baumwollwaren

- Rohnessel ca. 80 cm breit, unsere Standardqualität Mtr. 33 48 **38** ☺
- Rohnessel ca. 140 cm breit, dicke Qualität, für Bettwäsche Mtr. 1.23 90, ca. 150 cm br. Mtr. 1.13 **78** ☺
- Hemdentuch ca. 80 cm br., starkfädige Fabrikate . Mtr. 72 65 **48** ☺
- Hemdentuch ca. 80 cm br., vorzügliche Cretonne Mtr. 1.10 93 **85** ☺
- Hemdentuch ca. 80 cm br., feinfdig. für Leibwäsche Mtr. 60 72 **60** ☺
- Hemdentuch ca. 80 cm br., erstklassig. Renforcé Mtr. 1.23 1.13 **1⁰⁰** ☺
- Wäschtuch „Oja“ ca. 80 cm breit, ohne Füllappretur, für jede Wäsche geeignet Mtr. 1.23 1.03 90 **75** ☺
- Makotuch ca. 80 cm breit, für elegante Wäsche . Mtr. 1.10 93 **75** ☺
- Linon für Bettwäsche, solide Gebrauchsqualität, ca. 130 cm breit Mtr. 1.35 1.00, ca. 80 cm breit Mtr. 80 **58** ☺
- Linon erstklassige Erzeugnisse, ca. 130 cm breit Mtr. 1.93 1.75, ca. 80 cm breit Mtr. 1.20 **1⁰⁵** ☺
- Stangenleinen solide Fabrikate, ca. 130 cm breit Mtr. 1.60 1.10, ca. 80 cm breit Mtr. 1.10 **75** ☺
- Bettdamast gute Aquatourware, hübsche Dessins, ca. 130 cm br. Mtr. 2.60 1.75, ca. 80 cm breit Mtr. 1.60 **1¹⁰** ☺
- Hautuch kräftig, westfälische Bettuchware, ca. 150 cm breit Mtr. 1.45, ca. 140 cm breit Mtr. **1²⁰** ☺
- Köper-Bardient weiß, nur bewährte Qualitäten, ca. 80 cm breit Mtr. 93 83 **58** ☺
- Militär-Bardient solide strapazierfähige Erzeugnisse, ca. 80 cm breit Mtr. 1.30 93, ca. 70 cm breit Mtr. 72 **55** ☺
- Halbleinen solides schlesisch. Fabrikat, ca. 150 cm br. 2.10, ca. 140 cm br. **1⁸⁵** ☺
- Bettbezug ca. 130/200 cm aus gutem Linon 6.35 **4⁹⁵** ☺
- Kissenbezug 75/80 cm zu den Bettbezügen passend. 1.60 **1²⁵** ☺
- Überschlaglaken ca. 130/250 cm, aus solidem Wäschestoff mit Languetto **4⁷⁵** ☺
- Überschlaglaken ca. 150/250 cm, aus gutem Linon mit Stüfchengarnierung **7²⁵** ☺
- Kissenbezug dazu passend ca. 80/80 **1⁷⁵** ☺
- Bett-Inletts solide, geküpernte säureechte Qualitäten, ca. 130 cm 2.80, 2.40, ca. 80 cm breit, Mtr. 1.60 **1³⁵** ☺
- Bett-Inletts garantiert echt türkeisch rot, gute Gebrauchsqualitäten, ca. 130 cm br. 3.50, 4.25, 80 cm br. 1.25 **2⁵⁰** ☺
- Schürzensiamosen vorzügliche Qualität, in hübschen neuen Mustern, ca. 120 cm breit 1.23 **95** ☺
- Schlafdecke mit Kante ca. 140/190 cm 2.25, ca. 130/180 cm 1.93 **1⁶⁵** ☺
- Schlafdecke 140/190 cm kamelhaarfarbig bewährte, kräftige Qualitäten . . . 4.35 **3²⁵** ☺
- Kinderschlafdecke Reine Wolle, leicht angestaubt, besond. preiswert, ca. 110/150 **5⁹⁵** ☺
- Steppdecken ca. 150/200 cm zweiseitig Satin, eine Seite bunt gemustert . . **1⁹⁵⁰** ☺
- Steppdecken ca. 150/200 cm zweiseitig Satin, gute Wollfüllung, **2¹⁵⁰** ☺
- Kaffeedeckenstoff hübsche neue Must., in hellen u. dunklen Dessins, ca. 120 cm br. 2.- ca. 110 cm **1⁶⁵** ☺
- Wischtuch kariert ges. u. geb. solide Qualität, ca. 45/45 cm groß . . **1⁵** ☺
- Wischtuch kräftig, Halbleinen ca. 55/55 cm 48 4, 48/48 cm **3⁸** ☺
- Wischtuch gutes Reinleinen, rot u. blau kar., ca. 55/55 cm 62 4 ca. 55/55 cm **5⁵** ☺
- Handtuch weiß Gerstenkoru mit rot. Kante, ca. 45/100 38 4 an. 40/100 cm **3⁵** ☺
- Handtuch kräftige Dreilqual., mit bunter Kante . . . ca. 45/100 **7⁵** ☺
- Handtuch weiß, solides Dreilgewebe ca. 45/100 cm **5⁵** ☺
- Handtuch weiß, halbleinen Jacquard, in hübschen Mustern 45/100 cm 83, 45/100 cm **7⁵** ☺
- Handtuch Reinleinen, vorzügl. Qualität . . 50/110 cm 1.45, 45/100 cm **1²⁵** ☺
- Handtuch grau, gutes Gebrauchtuch 45/100 cm 53 **4⁸** ☺
- Handtuch grau, Reinleinen, besonders preiswert, ca. 45/100 cm 63 **6⁵** ☺
- Handtuch grau, Reinleinen, vorzügliche Qualität in schönen Mustern, ca. 47/110 1.15, 47/100 **1⁰⁵** ☺
- Frottiertuch ca. 45/100, gute, saugfähige Erzeugnisse 1.05, **9⁵** ☺
- Frottiertuch erstklassige Qualitäten 50/110 1.95, 50/100 **1³⁵** ☺
- Badetuch besonders preiswert 100/150 3.50, 92/100 2.20, 80/100 **1⁹⁵** ☺
- Badetuch in hübschen Karomustern ca. 140/180 **6⁰⁰** ☺
- Sportflanell ca. 70 cm breit, schöne Muster für Blusen, Hemden und Schlafanzüge Mtr. 85, 65, **5⁵** ☺
- Sportflanell ca. 80 cm breit, vorzügl. Qualität in großem Farbensortiment . . Mtr. 1.30, **1¹⁰** ☺
- Kunstseide ca. 70 cm breit, für Kleider und Morgenröcke Mtr. **9⁵** ☺
- Kaffeedecke 110/110, Halbleinen, verschiedenen Farben **2²⁵** ☺
- Tischtuch schöne Damastmuster Größe 150/160 cm **3²⁵** ☺
- Serviette zum Tischtuch pass., ca. 55/55 cm **6²** ☺
- Tischtuch gut. Hausmacherleinen, Jacquard, ca. 130/165 **5⁷⁵** ☺
- Serviette dazu passend, ca. 60/60 **1¹⁰** ☺
- Herren-Tücher weiß, Linon mit farbiger Kante . 1 Stück **4⁰** 35 3 **1⁶** ☺
. 6 Stück **2.25 1.95 9⁵** ☺
- Herren-Tücher weiß, Hohlsum m. farbiger Kante . 1 Stück **9⁰** 40 3 **3²** ☺
. 6 Stück **5.20 2.25 1.80** ☺
- Herren-Tücher weiß, Reinleinen, sol. Gebrauche . 1 Stück **1.10 9⁰** 3 **6⁵** ☺
tücher 6 Stück **6.25 5.20 3.70** ☺
- Damen-Tücher weiß, Mako mit Hohlsum . . . 1 Stück **7⁰** 40 3 **2⁸** ☺
. 6 Stück **4.00 2.25 1.60** ☺
- Damen-Tücher weiß, Reinleinen, mit Hohlsum . 1 Stück **11⁰** 80 3 **5⁵** ☺
. 6 Stück **6.25 4.60 3.10** ☺
- Sticker-Tücher m. schön. Wcken, teils rings gestickt . . . 65 45 **1⁴** ☺

ALTHOFF



Nach 175 Stunden erwacht?

To Kha, der „indische Fakir“ aus unserem heimischen Lande des Sauertrauts und des Lagerbiers, ist während seines kataleptischen Dauer Schlafes im Kristallpalast von verhältnismäßig wenigen Leipziguern besucht worden.

Herr To Kha verfiel sich am 3. d. M. durch Selbsthypnose in kataleptischen Schlaf, wurde in einer Kiste eingelagert, verschlüsselt, notariell verpackt und in einer größeren Kiste unter einer Schicht von Torfmüll vergraben.

Beschüttelte Bergleute haben tagelang unter ungünstigeren Umständen als der Fakir ausgehalten. Es gibt auch unzählige Menschen, vor allem unter Arbeiterfrauen, die infolge einfacher Willensanstrengung zu der Zeit aufwachen, die sie sich vor dem Einschlafen selbst setzen.

Ist das Experiment gelungen? Vom Zuschauerraum aus ist das schwer zu beurteilen, da man alles nur aus der Entfernung sieht. Aber als einer, der das Einsargen und das Ausfahren so genau als möglich (vom Zuschauer aus) beobachtet hat, muß ich erklären, daß sich mein anfänglicher Skeptizismus bedeutend verstärkt hat.

Ich bezweifle, daß der „Fakir“ bei der augenscheinlich vollkommenen Abschließung der Kiste mit Schweinsknochen essen konnte. Ich war aber sehr erstaunt, als bei der Öffnung reichlich Urin festgetreten wurde, den der scheinbar in Starrsucht Verlebende in ein besonderes Gefäß entleert hat.

Ich sah, daß dem „Fakir“ kein Sauerstoffapparat in seine Kiste gelegt wurde, aber es herrschte mich merkwürdig, daß bei der Öffnung so nebenhin die Undichtigkeit des Gummiverchlusses an dem Bullauge festgestellt werden mußte. Der Manager führte zur Entschuldigung an, daß bei der Einsargung „alles Hals über Kopf“ gegangen sei.

In den letzten Tagen wurde die Betrachtung und Kontrollierung des „Fakirs“ sehr erschwert, zuletzt fast unmöglich gemacht. Wollte der hohe Temperatur (50 Grad) im Innern der Kiste das Glas des Bullauges beschlagen. So sagt die Entschuldigung. Selbst am Tag der Einsargung wurde ausdrücklich gesagt, das Glas sei so präpariert, daß ein Beschlagen unmöglich sei.

Wenn nun nach genau 175 1/2 Stunden die Alarmglocke ertönt wäre, so hätte man bei einem Wohlwollen annehmen dürfen, daß die kataleptische Wederkehr des Wundermannes richtig funktioniert. Aber die Alarmglocke ertönt nicht, sondern es steigen Männer mit Lichtschein dem „Fakir“ auf das Dach, bündelten den Torfmüll hinweg, schleppten die Kiste heraus, zerrten sie auf die Bühne, viele Männer bewegten sich um den Sarg, der Manager redete laut.

Man bettete ihn auf eine Bahre, gab ihm zu trinken, setzte ihn unter galvanischen Strom, und an dem mit den Füßen Zitternden konnten viele Neugierige vorbeiparadieren. Man muß für das Eintrittsgeld was bieten.

Eine wissenschaftliche Ausbeute für die Medizin? Bis eine Viertelstunde vor der Einsargung hatte man den Arzt vorgehen. In der Not holte man den zuständigen Theaterarzt, der für eine Minute lang hinter den Kulissen „untersuchte“. Was kann man in einer Minute untersuchen? Gerade den Puls feststellen. Und nicht viel anders gestaltete sich die Untersuchung nach der Ausgrabung, wenigstens soweit man als Zuschauer sehen konnte. Bei wissenschaftlichen Experimenten verfährt man anders.

Eine finanzielle Ausbeute für den „Fakir“ und seinen Manager? To Kha ist angeblich ein Vogl, d. h. ein Asket aus religiösen Gründen, die es unter indischen Bettelmönchen zu vielen Tausenden gibt. Hat er für seine Askese auf der Varietébühne kontraktlich ein festes Gehalt vereinbart, hat sich's verkauft. Wenn nicht, kommen Knapp die Speien heraus. Denn die hellen Leipziger zeigten wenig Interesse für ihn. Und ich persönlich werde ähnliche Veranstaltungen künftig noch skeptischer betrachten. Es gibt viele Dinge, die wichtiger sind und uns mehr angehen.

Der Kleingarten im Bepflanzungsplan

Am Freitag fand im großen Saale des Zoo eine Werbestimmung des Kreisverbandes der Schreber- und Gartenerzine, e. V., Leipzig, statt, in der der 2. Vorsitzende des Kreisverbandes, Herr Reinhold, über das Thema: „Der Kleingarten im Bepflanzungsplan“ sprach. Er führte aus, daß das Kleingartenwesen in seiner gesundheitlichen, volkswirtschaftlichen und erzieherischen Bedeutung Ergebnisse zeitige, die als sozial und wohnungspolitisch zu werten seien.

Kommunale kostenlose Totenbestattung

Der Rat lehnt ab

Ch. II. Als der sozialdemokratische Ortsgeheimrat über die kommunale Totenbestattung in den zuständigen Ausschüssen der Stadtverordneten beraten wurde, schien es, als ob sich die Widerstände gegen die von den Arbeiterparteien wieder und wieder geforderte soziale Maßnahme verringerten.

Am 10. mehr überraschten die Ausführungen des Herrn Stadtrat Ditz, die er in der Plenarsitzung machte. Offenbar waren inzwischen feindliche Kräfte wirksam, denen noch immer jeder soziale Fortschritt mühsam und Stückweise abgerungen werden mußte.

Die Rückänderung des Rates liegt nunmehr vor. Man muß anerkennen, daß in den vier Wochen, die dem Rat nach der Gemeindeordnung zu seiner Entschließung zur Verfügung standen, sehr fleißig mit dem Rostfist gearbeitet worden ist.

Der Organisations- und Finanzplan der sozialdemokratischen Fraktion ging davon aus, daß die Errichtung kostspieliger Neubauten zu vermeiden und an bereits vorhandene Einrichtungen anzuknüpfen sei. Maßgebend dafür waren sowohl finanzielle wie sachliche Gründe.

Die Einführung der kostenlosen Totenbestattung sollte durch die finanzielle Belastung, die beispielsweise mit der Errichtung eines Bestattungsamts verbunden ist, nicht erschwert werden. Es kam vor allem darauf an, einen auch in seiner Anlage äußerst sparsamen Verwaltungsapparat zu schaffen, der indes elastisch genug sein muß, um gegebenenfalls sofort alle Todesfälle in Leipzig erfassen zu können.

Die laufenden Ausgaben betreffen der Rat mit 1 252 246 Mark im Gegensatz zur Denkschrift, die dafür 752 992 Mark veranschlagt. Bedingt wird diese Erhöhung durch den größeren Umfang und die Zinsdienst für das erhöhte Anlagekapital, sowie durch Mehraufwendungen aller Art, so für Unterhaltung und Betrieb der Kraftwagen, für Unterhaltung der Dienstkleidung, ferner durch die Schaffung neuer Beamtenstellen sowie durch erhöhte Ansprüche für die einzelnen Bestattungen, die zum Teil gänzlich unermittelt sind.

Nachdem der Rat so mit emphysem gleich ein Zahlenwert aufgebaut hat, das an laufenden Ausgaben beinahe den doppelten Betrag

trag der Denkschrift vorzieht, kommt er zu der Feststellung, daß der Ortsgeheimrat zur Einführung der kostenlosen Totenbestattung gegenwärtig an der finanziellen Umkehrbarkeit scheitert. Seinen finanziellen Bedenken fügt er dann noch Einwände grundsätzlicher Art hinzu.

Die sozialdemokratische Denkschrift hatte die Forderung nach der unentgeltlichen Totenbestattung damit begründet, daß das Ableben eines Angehörigen für die Hinterbliebenen in den meisten Fällen eine schwere wirtschaftliche Belastung bedeutet, die um so fühlbarer wird, wenn dem Tode eine längere Krankheit vorangegangen ist, oder wenn es sich bei dem Verstorbenen um den Ernährer der Familie handelt. Die Bestattung bürdet den Hinterbliebenen finanzielle Lasten auf, die nicht selten zur Verelendung der Familie führen.

Gegen die völlige Unentgeltlichkeit der Bestattung argumentiert der Rat damit, daß mehr als die Hälfte der gesamten Einwohnerzahl Leipzigs in Krankenkassen versichert sei, die alle Sterbegelder gewähren. Bei den rund 7800 Todesfällen des Jahres 1926 seien allein von der Allgemeinen Ortskrankenkasse in 3363 Fällen Sterbegelder gezahlt worden.

Die Tatsache, daß die Krankenkassen Sterbegelder gewähren, sowie die Selbsthilfe durch die freiwillige Versicherung für den Todesfall sind ein Beweis dafür, wie sehr die Bestattung der Toten nach der gesellschaftlichen Regelung drängt. Über das Vorhandensein ist Notbehelf. Den Krankenkassen obliegt die Bekämpfung der Krankheiten, die Hebung der Gesundheit ihrer Mitglieder.

Am Schluß seiner Rückänderung glaubt der Rat noch auf den „höhen ethischen Wert“ hinweisen zu müssen, der darin liegt, daß der einzelne an seinen Tod denken und selbstverantwortlich dafür Sorge treffen soll und auf die „nachteilige Wirkung einer Maßnahme, welche die Gesamtheit gerade in einer Zeit der Veräußerlichung der Lebensführung und Lebensauffassung dieser Vorkörper entbehrt“.

4. Bereitstellung von Ersatzland bei Räumung des Kleingartenlandes usw., 5. angemessene Entschädigung bei vorzeitiger Räumung des Landes, 6. durchgreifende Maßnahmen zur Schaffung von Daueranlagen gemäß den vom Kreisverbande ausgearbeiteten Richtlinien, 7. Aufstellung eines unseren Forderungen entsprechenden Bepflanzungsplanes, 8. Sitz und Stimme im städtischen Siedlungsausschuß.

Die hinter dem Kreisverbande stehenden 23 000 Leipziger Kleingärtner erwarten vom Rat der Stadt Leipzig und den für die Boden- und Siedlungspolitik verantwortlichen Stellen, daß sie den in der vorliegenden Entschließung ausgesprochenen Forderungen Rechnung trägt.

Badefürunterstützungen für Minderbemittelte in Bad Cister. Von unterrichteter Seite wird uns mitgeteilt: „Das Ministerium des Innern hat auch für die Kurzeit 1928 dem Rat der Stadt Leipzig wieder ganze und halbe Freistellen zur Vergabe zugeteilt. Diese Freistellen sind für minderbemittelte Einwohner der Stadt Leipzig bestimmt, soweit sie das 65. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, bisher noch keine ganze oder halbe Freistelle in Bad Cister bewilligt erhielten und bei denen Aussicht besteht, daß nach erfolgter Kur eine volle bzw. stark gehobene Erwerbsfähigkeit eintritt.“

Die Kurdauer beträgt 4 Wochen, eventuell auch länger. Die halben Freistellen bestehen in freien Kurmitteln, freier ärztlicher Behandlung und in der Befreiung von der Kurgebühr, die ganzen Freistellen in freien Kurmitteln, freier ärztlicher Behandlung, Befreiung von der Kurgebühr und in Gewährung von Wohnung und Verpflegung. Kurbeiträge sind nach Kräften von den Besuchern zu leisten, in Bedürfnisfällen treten jedoch das Fürsorgeamt, Stiftungsamt, Krankenkassen, Anstaltsbehörde ein. Die Zahl der zu bewilligenden Freistellen ist sehr gering im Verhältnis zur Einwohnerzahl Leipzigs. Suche um eine ganze oder halbe Freistelle sind unter Mitteilung der Familien- und Erwerbsverhältnisse (Kinderzahl, Beruf, Lebensalter, Krankheit) an das Stiftungsamt Leipzig, Neues Rathaus, zu richten. Verzügliche Zeugnisse sind noch nicht beizufügen! Die Einreichung der Gesuche hat umgehend zu erfolgen.“

Widmerbilligung für Kinder. Im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung des Rates über die Neuausgabe von Widmerbilligungsanträgen.

Widmerbilligung für Kinder. Im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung des Rates über die Neuausgabe von Widmerbilligungsanträgen. Wir empfehlen unseren Lesern die Beachtung dieser amtlichen Bekanntmachung.

Widmerbilligung für Kinder. Im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung des Rates über die Neuausgabe von Widmerbilligungsanträgen. Wir empfehlen unseren Lesern die Beachtung dieser amtlichen Bekanntmachung.

Widmerbilligung für Kinder. Im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung des Rates über die Neuausgabe von Widmerbilligungsanträgen. Wir empfehlen unseren Lesern die Beachtung dieser amtlichen Bekanntmachung.

Widmerbilligung für Kinder. Im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung des Rates über die Neuausgabe von Widmerbilligungsanträgen. Wir empfehlen unseren Lesern die Beachtung dieser amtlichen Bekanntmachung.

Widmerbilligung für Kinder. Im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung des Rates über die Neuausgabe von Widmerbilligungsanträgen. Wir empfehlen unseren Lesern die Beachtung dieser amtlichen Bekanntmachung.

Widmerbilligung für Kinder. Im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung des Rates über die Neuausgabe von Widmerbilligungsanträgen. Wir empfehlen unseren Lesern die Beachtung dieser amtlichen Bekanntmachung.

Widmerbilligung für Kinder. Im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung des Rates über die Neuausgabe von Widmerbilligungsanträgen. Wir empfehlen unseren Lesern die Beachtung dieser amtlichen Bekanntmachung.

Widmerbilligung für Kinder. Im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung des Rates über die Neuausgabe von Widmerbilligungsanträgen. Wir empfehlen unseren Lesern die Beachtung dieser amtlichen Bekanntmachung.

Widmerbilligung für Kinder. Im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung des Rates über die Neuausgabe von Widmerbilligungsanträgen. Wir empfehlen unseren Lesern die Beachtung dieser amtlichen Bekanntmachung.

Widmerbilligung für Kinder. Im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung des Rates über die Neuausgabe von Widmerbilligungsanträgen. Wir empfehlen unseren Lesern die Beachtung dieser amtlichen Bekanntmachung.

Widmerbilligung für Kinder. Im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung des Rates über die Neuausgabe von Widmerbilligungsanträgen. Wir empfehlen unseren Lesern die Beachtung dieser amtlichen Bekanntmachung.

Widmerbilligung für Kinder. Im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung des Rates über die Neuausgabe von Widmerbilligungsanträgen. Wir empfehlen unseren Lesern die Beachtung dieser amtlichen Bekanntmachung.

Widmerbilligung für Kinder. Im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung des Rates über die Neuausgabe von Widmerbilligungsanträgen. Wir empfehlen unseren Lesern die Beachtung dieser amtlichen Bekanntmachung.

Widmerbilligung für Kinder. Im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung des Rates über die Neuausgabe von Widmerbilligungsanträgen. Wir empfehlen unseren Lesern die Beachtung dieser amtlichen Bekanntmachung.

Widmerbilligung für Kinder. Im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung des Rates über die Neuausgabe von Widmerbilligungsanträgen. Wir empfehlen unseren Lesern die Beachtung dieser amtlichen Bekanntmachung.

Widmerbilligung für Kinder. Im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung des Rates über die Neuausgabe von Widmerbilligungsanträgen. Wir empfehlen unseren Lesern die Beachtung dieser amtlichen Bekanntmachung.

Widmerbilligung für Kinder. Im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung des Rates über die Neuausgabe von Widmerbilligungsanträgen. Wir empfehlen unseren Lesern die Beachtung dieser amtlichen Bekanntmachung.

Widmerbilligung für Kinder. Im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung des Rates über die Neuausgabe von Widmerbilligungsanträgen. Wir empfehlen unseren Lesern die Beachtung dieser amtlichen Bekanntmachung.

Widmerbilligung für Kinder. Im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung des Rates über die Neuausgabe von Widmerbilligungsanträgen. Wir empfehlen unseren Lesern die Beachtung dieser amtlichen Bekanntmachung.

Widmerbilligung für Kinder. Im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung des Rates über die Neuausgabe von Widmerbilligungsanträgen. Wir empfehlen unseren Lesern die Beachtung dieser amtlichen Bekanntmachung.

Widmerbilligung für Kinder. Im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung des Rates über die Neuausgabe von Widmerbilligungsanträgen. Wir empfehlen unseren Lesern die Beachtung dieser amtlichen Bekanntmachung.

Widmerbilligung für Kinder. Im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung des Rates über die Neuausgabe von Widmerbilligungsanträgen. Wir empfehlen unseren Lesern die Beachtung dieser amtlichen Bekanntmachung.

Widmerbilligung für Kinder. Im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung des Rates über die Neuausgabe von Widmerbilligungsanträgen. Wir empfehlen unseren Lesern die Beachtung dieser amtlichen Bekanntmachung.

Widmerbilligung für Kinder. Im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung des Rates über die Neuausgabe von Widmerbilligungsanträgen. Wir empfehlen unseren Lesern die Beachtung dieser amtlichen Bekanntmachung.

Widmerbilligung für Kinder. Im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung des Rates über die Neuausgabe von Widmerbilligungsanträgen. Wir empfehlen unseren Lesern die Beachtung dieser amtlichen Bekanntmachung.

Widmerbilligung für Kinder. Im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung des Rates über die Neuausgabe von Widmerbilligungsanträgen. Wir empfehlen unseren Lesern die Beachtung dieser amtlichen Bekanntmachung.

Widmerbilligung für Kinder. Im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung des Rates über die Neuausgabe von Widmerbilligungsanträgen. Wir empfehlen unseren Lesern die Beachtung dieser amtlichen Bekanntmachung.

Widmerbilligung für Kinder. Im amtlichen Teil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung des Rates über die Neuausgabe von Widmerbilligungsanträgen. Wir empfehlen unseren Lesern die Beachtung dieser amtlichen Bekanntmachung.

Kündigungen von Kleingärten das Kleingartengebiet einer Gemeinde verringert wird. Bei diesen Kündigungsmaßnahmen weiß der Redner darauf hin, daß in den Kleingartenanlagen Millionenwerte der minderbemittelten Bevölkerung investiert sind, die bei entschuldigender Räumung, wie sie der Rat der Stadt Leipzig handhabt, verloren gehen. Dies bedeutet eine Härte für die Betroffenen, wodurch sie empfindlich geschädigt werden. Es zeige sich, wie die soziale Einstellung von der Gemeindeverwaltung zu werten ist. Der Redner fordert, daß in den neu auszufüllenden Bepflanzungsplänen Kleingärten von ausreichender Zahl als Dauerkolonien vorgesehen werden. Um aber dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, sei es notwendig, daß die Kleingärtner die gegebenen Körperlichkeiten aufmerksam beobachten und bei stattfindenden Wahlen Vertreter in die Parlamente entsenden, die das Wohl des Volksganges vertreten und auf dem Boden eines Rechtes stehen, das dem Kleingärtner auf Grund des neu zu schaffenden Bodenrechtes das gibt, was er zu verlangen hat. Mit dem Wunsche, in diesem Sinne zu wirken, und mit dem Appell, treu zur Sache zu stehen, schloß er seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen.

In der Aussprache kamen einige Stadtverordnete verschiedener Parteien zu Wort. Der Deutschnationale Börner von der Wirtschaftspolitischen Fraktion verurteilte nachzuweisen, daß seine Fraktion, so wie er, ein eifriger Förderer und Vertreter der Wünsche der Kleingärtner sei und dies des öfteren bei gegebenen Gelegenheiten im Parlament bewiesen habe. Wenn der Rat bei verschiedenen Fragen verhalte, könne man ihm keinen Vorwurf machen; das seien andere Personen. Genosse Böhrer wies Herrn Börner auf Theorie und Praxis der Deutschnationalen hin und stellte fest, daß in den ihnen nachstehenden bürgerlichen Parteien diese die schärfsten Gegner aller sozialen Einrichtungen, auch der Kleingartenbestrebungen sind. In diesen Parteien befinden sich die Terrainbesessenen, die dem Volke aus brutaler Gewinnlust alles vorentzählen und die alle Gelege, die dem sozialen Aufstieg dienen, bekämpfen. Wenn Herr Börner sage, er könne nicht für die Unterlassungen des Rates verantwortlich gemacht werden, so müsse dazu bemerkt werden, daß die Herren des Rates die Parteifreunde des Herrn Börner sind. Die Sozialdemokratie sei christliche Vertreterin aller gemeinsamen Volksinteressen, auch der des Kleingartenwesens.

In keinem Schlusswort ging der Vortragende nochmals auf die Bodenfrage als eine der wichtigsten ein und gab einige Erläuterungen für die anschließende Vorführung des Reichsverbandesfilms. Folgende Entschließung wurde von den 1000 versammelten Kleingärtnern einstimmig angenommen:

- Wir protestieren: 1. gegen die zunehmende Verwilderung von Kleingärten und Kleingartengebieten, 2. gegen die Räumung von Kleingartenland durch den Rat der Stadt Leipzig, 3. gegen die auf Kosten der Kleingärtner gehenden Räumungen von Kleingärten zum Wohle der Allgemeinheit, 4. gegen die völlige Nichtbeachtung unserer Interessen bei den einzelnen Ratsstellen, 5. gegen die Verschleppung der Daueranlagenfrage seitens des Rates der Stadt Leipzig. Wie fordern: 1. Aufrechterhaltung der bestehenden und Schaffung neuer Kleingärten und Kleingartengebiete, 2. Einhaltung der vertraglichen Kündigungsfristen, 3. Beachtung der Bestimmungen der Kleingarten- und Kleingartenbauordnung vom 31. Juli 1919.

Wo ruft die Pflicht?

Rednervereinigung.
Donnerstag, den 13. März, 20 Uhr, spricht im Volkshaus, Nebenraum Unto, Genosse Fritz Bietig über das Thema „Von der Opposition zur Koalition“. Jahrestage Beileitung wird erwartet. SPD Groß-Bezirk.

Funktionäre.

Wühlig, Connewitz. Bibliothekare, Bundesausschuss, Ortsgruppe Leipzig-Süd. Mittwoch, den 14. März, 19.15 Uhr, kombinierte Vorstandssitzung in der Bibliothek, Döllinger Str. 18. Pünktlich erscheinen.

Plagwitz-Lindenau-Schulhaus. Mittwoch, den 14. März, 20 Uhr, im Schloß Lindenau, Parterresaal, wichtige Sitzung.

Frauen.

Entscheid. Wir beteiligen uns geschlossen an der öffentlichen Versammlung des Ortsvereins am Dienstag, den 13. März, 20 Uhr, im Goldenen Schloß.

Gohlis. Dienstag, den 13. März, 20 Uhr, im Adau-Kaufhaus, Vortrag des Gen. Böhle „Warum sind Gas, Wasser und Elektrizität so teuer?“

Alt-Beitzsch. Mittwoch, den 14. März, 20 Uhr, im Volkshaus, Billardsaal, Vortrag der Genossin Herberg über das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Die Genossinnen vom Westen I und II sind besonders herzlich eingeladen.

Döllitz. Dienstag, 13. März, 20 Uhr, im Park Döllitz, Vortragsabend mit Gen. Ziegler.

Alt-Beitzsch, Nord. Donnerstag, 15. März, 20 Uhr, Blücherstraße 14, Gesellschaftlicher Unterhaltungsabend. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Großsch. Dienstag, den 13. März, im Turnerheim.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Sprechchor zur Reichstagsfeier. Wir proben am Freitag, den 16. März, 20 Uhr, im Volkshaus, Kolonnade 2. Jede Gruppe muß zwei Delegierte entsenden.

Gemeinschaftlicher Kinderfreunde.

Südbesitz. Montag, den 12. März, 20 Uhr, wichtige Helferleistung in der Bibliothek, Dölliger Straße. Alle Gruppen müssen bestimmt vertreten sein. Eintrittskarten für Filmabend in Empfang nehmen.

Schule.

Elternräte des Südbesitzes, 6., 7., 8. und 54. Volksschule. Mittwoch, 14. März, 19.30 Uhr, Sitzung in der Bibliothek, Dölliger Str. Die Sitzung geht pünktlich 19.30 Uhr an und muß 20 Uhr zu Ende sein, da eine andere Sitzung im selben Lokal stattfindet.

Elternabende: 3. Volksschule (ehem. 6. Bürgererschule) laden frühere Lehrer und Schüler, Eltern, Freunde und Gönner zur 50-Jahr-Feier ein: Montag, den 10. März, 20 Uhr, im Gildensaal des Südbesitzes, Jäger Straße 36, Unterhaltungsabend. Eintrittskarten zu 30 Pfg. beim Schulhausmann. Dienstag, den 20. März, 9 Uhr, im Schulsaal; Festakt mit feierlicher Entlassung der Abgeschlossenen. — 4. Volksschule (L.-Süd 3, Volkstr. 55) — frühere Best.-Schule) feiern Eltern 1928 ihr 40-jähriges Bestehen. Die Feier findet am 20. März um 19.30 Uhr im Saale des Erlingums (Leipzig, Erlingstraße 72) statt. Alle früheren Schüler und Schülerinnen sowie die Eltern unserer Schüler sind herzlich eingeladen. Eintrittskarten wollen man beim Hausmeister der 4. Volksschule in der Zeit von 9 bis 18 Uhr (außer Sonntagen) abholen. Kindern kann der Zutritt des beschränkten Raumes wegen nicht gestattet werden. — 21. Volksschule, Dienstag, den 13. März, 20 Uhr (im Lichtbildraum, 2. Stock), Herr Prof. Ruhlmann: „Kriegsliches Schicksal“. — 22. Volksschule, Montag, den 12. und Dienstag, den 13. März, 19.30 Uhr, im „Schulischen Hof“ (Leipzig, Söhnstraße). Aufführung: „Du deutscher Wald“ (von Franziskus Angler). — Eintritt 30 Pfg. — 31. Volksschule, Dienstag, den 13. März, 19.30 Uhr, im Saale der 31. Volksschule (L.-Städtelstr., Nibelungenwälder Straße 50): „Wanderfreude — Wanderleben“ (1. Am Morgen in der Jugendherberge; 2. Auf froher Fahrt; 3. Rast im Grünen; 4. Ein lehrhaftes Kapitel; 5. Wilt Leutenklänge durch Stadt und Land; 6. Abendfeier auf der Bergwiese; 7. Im Herbergsaal vor der weißen Wand). Vortrag: Herr Lehrer G. Brand. — Gedächtnisvorträge; Sprechstunde; Gesänge; Einzel- und Volkstänze der Klasse 11 und Jugendgruppen. — Alle Eltern der 31. Volksschule und alle Freunde des Jugendwanderns sind eingeladen. Eintritt frei. — 37. Volksschule, Dienstag, den 13. März, und Mittwoch, den 14. März, 20 Uhr, im Schulsaal: Kinder- und Jugendgruppen, Deklamationen und Anekdotenvorträge. Eintritt 30 Pfg. — 54. Volksschule, Dienstag, den 13. März, 19.30 Uhr: „Kind und Welt“; Vorträge aus der musikalischen Erziehung unserer Schule, Herr Lehrer Wähler. Eintritt 20 Pfg. zum Besten der Schulreisefasse.

Elternabende, 28. Volksschule. Mittwoch, den 14. März, abends 7.30 Uhr, spricht Herr Direktor Wagner „Über das 9. und 10. Schuljahr“. — 51. Volksschule, Freitag, den 16. März, abends 7.30 Uhr, im Schulsaal. 1. Lichtbildvortrag über Berufsberatung; Berufsberater Heise. 2. Gesänge der Mädchenklassen Th. Herr Hertner. Festschluß an der Freibank. Dienstag: Freibank I (erster Vortrag).



Nachträge zur Gemeindevorordnetenwahl

Am letzten Tage vor der Wahl der Gemeindevorordneten im November 1926 wurde in der Gemeinde Döllitz-Marktleberberg ein Flugblatt verbreitet, das von einem Arno Knüpfer unterzeichnet war und unsern Genossen Gemeindevorordneten Fichtner, in Verbindung mit der Bau- und Siedlungsgenossenschaft Döllitz-Marktleberberg, in deren Vorstand er längere Zeit vorher einmal gewesen hatte, Betrug und Lüge vorwarf. Den schlechten Eindruck dieses Flugblattes machte die SPD durch ein Gegenflugblatt weit, das am Abend vor der Wahl noch herauskam. Die Wahl brachte der Sozialdemokratie einen Sieg mehr als im vorhergehenden Kollegium, so daß anzunehmen ist, daß Knüpfers Schmähschrift der Sozialdemokratischen Partei nicht geschadet hat.

Trotzdem erlittene Genosse Fichtner Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Leipzig, die im öffentlichen Interesse die Angelegenheit verfolgte. Knüpfer wollte nimmern den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen antreten und erlittete außerdem auch Anzeige wegen des Gegenflugblattes der SPD. Am 8. März 1928 war Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Leipzig. Vorher war bereits eine größere Zahl von Zeugen, die Knüpfer angegeben hatte, von Volksorganen vernommen worden, und weitere vier Zeugen, die den Genossen Fichtner belasten sollten, waren zur Verhandlung geladen, außerdem Genosse Fichtner selbst als Zeuge. Es stellte sich in der Verhandlung heraus, daß Knüpfers Behauptungen unwahr sind. Der Wahrheitsbeweis ist ihm völlig mißglückt. Selbst sein Rechtsanwalt Wölke mußte in seinem Schlussworte anerkennen, daß dem Zeugen Fichtner ein Betrug nicht nachgewiesen werden könne, und daß er ein äußerst vornehmer Mensch sei. So blieb an unsern Genossen Fichtner auch nicht ein Makel, nicht ein einzelner der Schein einer irgendwie unzulässigen Handlung. Wölke mußte zwar in seinem Schlussworte eine Karikatur des wahren Charakters des Genossen Fichtner, wozu dieser sich nicht mehr äußern konnte, da er bereits als Zeuge vom Gericht entlassen war, vorlesen, er mußte aber auch mit einem Mädelchen hinweggehen kann. Wölke plädierte für Freispruch Knüpfers, indem er die Bestimmungen des § 193 des St.-G.-B. anzuwenden hat (stafelnde Urteile über willkürliche, lächerliche oder gemaßwillig Urteile). Er erzielte aber keinen Freispruch. Die Verhandlung hatte einwandfrei ergeben, daß Knüpfers Behauptungen unwahr sind und daß an der Verteuerung seines Hauswesens nicht Verleumdungen also nicht Genosse Fichtner, sondern die Verhältnisse des Jahres 1925/26 und die von ihm erwünschten Verbesserungen des Hauses geg. u. über der ursprünglichen Planung die Schuld tragen. Das Gericht ließ die Angelegenheit nicht als rein politisch an, sondern nahm zu Knüpfers Gunsten ein verächtliches Interesse an. Somit hätte er als Mitglied der Genossenschaft ein Recht zur Kritik an ihren Handlungen gehabt (gemäß § 193 des St.-G.-B.), aber sich in den Ausdrücken „Tage in Gänzen“, verurteilt. Dem Gen. Fichtner wurde das Recht verweigert, das Urteil in den Döllitz-Gauleiter Nachrichten bekanntzugeben auf Kosten Knüpfers. Die Einleitung eines Verfahrens wegen des Gegenflugblattes der SPD lehnt der Staatsanwalt ab. Der Genosse Fichtner ist gerechtfertigt, die SPD triumphiert.

Tölplich überfahren

Auf der Koburger Straße in Gohlis wurde am Sonnabendabend der Professor Winkler von einer aus der Richtung Leipzig kommenden Kraftfahrerin angefahren und zu Boden geschleudert. Der 48 Jahre alte Mann trug einen schweren Schädelbruch davon. Noch während des Transports in ein Leipziger Krankenhaus gab Winkler den Geist auf. Dem Fahrer des Autos soll nach vorläufiger Ermittlungen keine Schuld beigemessen sein, da W. direkt in den Wagen hineingelaufen ist.

Markenstädt. Elternabend in der Volksschule. Heute Montag, den 12. März, 19.30 Uhr, in der neuen Schule.

Großsch. Sitzung der Stadterordneten. Trotzdem unsere Stadt noch eine selbständige Wohlfahrtskasse und demgemäß eine dieser angegliederte Pflegekinderordnung besitzt, vorläufige gesetzliche Bestimmungen eine Anlehnung an die Bezirks-Pflegekinderordnung. Der von der Verordneten vorliegende Wortlaut der bezir. Bezirksordnung soll unter Voraussetzung der oberbehördlichen Genehmigung auf Antrag unserer Genossen dahin abgeändert werden, daß Paragraph 5 g mit 9 gegen 6 Stimmen ausgemergelt. In Paragraph 12, Abs. 1 hat Zustimmung Erziehungsmittel zu lesen. Letztere Abänderung wurde einstimmig beschloßen. — Für die Inkandenz der Burgüne auf der Wippritzburg sind vom Denkmalarat in Dresden bereits 2000 und jetzt wieder 1000 Mark mit der Maßgabe, daß der Restbetrag von der Stadt getragen wird, zur Verfügung gestellt. Die Stadt hat schon einmal 400 Mark zu diesem Zweck bereitgestellt. Nach vorliegenden Berechnungen sind

zur Fertigstellung der Arbeit noch 500 Mark nötig, um deren Bewilligung das Kollegium ersucht wird. In der Hauptsache sind Erdbewegungen vorzunehmen. Die Arbeiten werden in städtischer Regie unter Leitung eines Tiefbauachverständigen von Erwerbslosen vorgenommen. Gegen drei Stimmen werden die 500 Mark bewilligt. — Hieran steht die neue Besoldungsordnung zur Beratung. Vortrags Genosse K. Schuberth gibt zunächst einen allgemeinen Überblick zu der vorliegenden Besoldungsordnung. Er betont, daß die städtischen Körperschaften, wenn auch unter Berücksichtigung des eingereichten Planes der Beamtengewerkschaft, nur Ausführungs des Gesetzgebers sind. Den sozialdemokratischen Vertretern entspricht das Gesetz durchaus nicht, weil es jeden sozialen Ausgleich vermissen läßt, oben zuviel und unten zuwenig gibt. Rat und Finanzausschuss haben den Stellenplan eingehend durchgesehen. Er enthält dieselbe Zahl Beamten wie bisher, ist nur nach gesetzlichen Vorschriften aufgebaut. Die Gehaltsabstimmung der Besoldungsordnung ergab eine in mäßige Annahme. Weiter beschließt das Kollegium die Besoldungsbeschlüsse für die Gemeindebeamten nach der ministeriellen Musterfassung.

Ein überaus unklarer Antrag der Erwerbslosen, der vermutlich von dem Komm. König inspiriert ist, wurde auch durch die ebenfalls unklare Begründung eines mitunterzeichneten kommunalistischen Stadterordneten nicht verständlicher. Erst den Bemerkungen der sozialdemokratischen Vertreter gelang die Klärung. Also: Jedem Erwerbslosen ist aus städtischen Mitteln die Differenz von Klasse I bis Klasse II zu zahlen. Demnach müßte jeder Erwerbslose ohne Unterschied des Alters und sonstiger Verhältnisse den Gehalt beziehen. Dazu wird noch freie Miete, Licht und Heizung verlangt. Der kommunalistische Kommunalpolitiker a. D. versucht oben mit allen Mitteln, und wenn es unter Mißbrauch der einschlägigen Kataloge der Erwerbslosen ist, sich wieder Geltung zu verschaffen. Es ist bedauerlich, daß nicht alle Erwerbslosen die Ausführungen unserer Genossen hören konnten. Sie hätten dann zweifellos gemerkt, in was für unverantwortlicher Welle mit ihrer Not von diesen politischen Drahtziehern gespielt wird. Im übrigen hält Großsch. jeden Vergleich mit Städten der näheren Umgebung in bezug auf Unterstufung seiner Erwerbslosen aus. Der Antrag verfiel nach ergebnisloser Aussprache der Abstimmung. — Ein weiterer Antrag der SPD, bei Vergütung von Wohnungsneubauarbeiten nur nach der Wohnungsart zu vergüten, wird dem Wohnungsausschuß überwiesen. Auch hier mußten sich die Antragsteller recht unangenehme Dinge sagen lassen. Sie konnten auch nicht einen einzigen Beweis für ihren Vorwurf der Schleichungen erbringen. Der Wirkmeister erbrachte aber den Gegenbeweis, daß ihre eigenen Genossen im Wohnungsausschuß wiederholt versucht haben, einen der ihren außer der Reihe eine Wohnung zuzuführen.

Polizeinachtichten

Schwerer Verlust eines Kellners. Am 6. März gegen 14.30 Uhr verlor ein Kellner in einem Restaurant im Grundstück Kleine Fleischergasse 4 eine schwarze Saffianledertrappe mit etwa 350 Mark und verschiedenen Papieren auf den Namen Paul Schmidt. Um sachdienliche Mitteilungen, die zur Ermittlung des unehrlichen Finders führen können, bittet das Kriminalamt.

Warnung an Geschäftsfrauen vor einem Warenbeträger. Das Kriminalamt hat schon mehrere Male durch die Tagespresse vor einem Betrüger gewarnt, der Geschäftliche der verschiedensten Branchen aufluft und Betrügeren um Ware auf folgende Weise verfährt: Er gibt an, als Kassierer irgend eines Vereins, z. B. eines Eisenbahnbeamten- und Gefangenenvereins, beauftragt zu sein, für Tombolas und sonstige Vereinsveranstaltungen Waren einzukaufen. Er macht Bestellungen und läßt sich einen Teil der Waren mitgeben. Angeblich will er so seinem Vorstande vorlegen. In einer großen Anzahl von Fällen ist es dem Unbekannten gelungen, Waren zu erhalten und damit zu verschwinden. Es ist verwunderlich, wie Geschäftsfrauen derart leichtfertig ihre Waren aus den Händen geben, ohne erst nachzuprüfen, ob die Angaben des Bestellers auf Wahrheit beruhen. Vor dem Betrüger wird nochmals gewarnt. Er war 28 bis 30 Jahre alt, etwa 1.70 Meter groß, hatte schale Gesichtszüge und war bekleidet mit hellgrauem Mantel und hellgrauem, weichen Hut. Beim Wiederauftreten lasse man ihn festnehmen.

Ein Taschendieb festgenommen. In der Haltestelle der Linie 10 am Augustusplatz wurde am 8. März einer Frau das Geldtäschchen aus der Handtasche gestohlen. Sie bemerkte den Diebstahl und jagte dem Täter die Tat auf den Kopf zu, worauf er das Geldtäschchen fallen ließ und die Flucht ergriff. Auf ihre Forderung griff aus dem Publikum niemand zu, um den Täter festzuhalten. Nur dem Begleiter der Bestohlenen gelang es, den Dieb am Kermel festzuhalten, worauf auch schon ein Polizeibeamter zur Stelle war und ihn festnahm. Er befreit weitere Taschendiebstähle verübt zu haben. Es ist ein 28 Jahre alter Danbelsverbreiter, der wegen Diebstahls schon mehrfach verurteilt ist. Er wurde der Staatsanwaltschaft zugeführt.

Hämorrhoidenleidende sind dankbar nach dem Gebrauch von Apotheker Lauenscheins Hämorrhoidalkäule, Pillen und Tee. Allein echt König-Salomo Apotheke (Ecke Nikolaistraße) Postversand Grimmaische Straße 17

Nähmaschinen
Ersatzteile — Nadeln — Öl
Reparaturen
„Deutsche Nähmaschinen“-
Vertriebsaktiengesellschaft
Leipzig Fernruf Nr. 119 27
Schützenstr. 21
Spezial-Nähmaschinen-Abteilung
Augustastr. 26, Ecke Dresdner Straße

Ein Weg, der sich lohnt
und den Sie niemals bereuen können
bei Bedarf in
Bettstellen, Matratzen, Chaiselongues,
Wollunterbetten, Steppdecken, Inletts,
Bettfedern, auch Reinigung, kompletten
Schlafzimmer-Einrichtungen. Einzel-
schränke, Waschkommoden u. dgl. dort-
hin, wo viele tausend Kunden den Wert
eines vorzüglichsten Einkaufs zu schätzen
wußten, in das bestens bekannte
Betten-Spezial-Geschäft
Hauptgeschäft Gerberstraße 50
2. Geschäft: Albertstraße 31
3. Geschäft: L. Schön, S. Schumannstr. 6
4. Geschäft: Lützner Straße 29
Auf Wunsch Zahlungsverhältnisse
Vorsicht! Auf Hausnummer
und Firma L. Schön!

BULGARIA

KRONEN

Sie beste 5.5-Zigarette!

Die Frauenwelt

ist eine unentbehrliche Helferin und Beraterin jeder Arbeiterfrau, d. Frauen des Ansehens u. mittleren Beamtenstandes, alle Frauen u. jungen Mädchen, die sich mit Frauenwelt bekannt gemacht die ihren hohen praktischen u. idealen Wert für sich erkannt haben, wollen sie nicht mehr in ihrem Hause sitzen und lächeln zu dem großen treuen Helfer, der von Best zu Best um viele Dunderer wächst.

Die Frauenwelt

erschmachtet 14 täglich. Jedes Best schließt die wertvolle Wobenschau

Welch ist die Frau ein, jedes weite Best enthält außerdem eine wertvolle, goldfarbene, Sonntagsbluse

Kinderland
Wohls des Best mit Schatz mit 40 Feinnähen.

Alle Auswärtiger und Allen der Wollschneiderei nehmen Vorkommnisse entgegen.

Leipzig: Buchdruckerei A. G.
Taubchen Str. 10 21
101, Buchhandlung

Seltfame Vergehen

Drei 17- bis 20jährige Burschen wollten nach Art der Harry-Viel-Schundfilme und verwandter Literatur Abenteuer erleben. Zu diesem Zweck begingen sie nach ausgearbeiteter Technik Eigentumsvergehen. Besonders auf die Kleinstmissetaten hatte sie es abgesehen. Hier mußten sie wie Indianer vorgehen, auf dem Bauche kriechen, mit Pfiffen und anderem „Witz“ „arbeiten“. So verwendeten sie Getränke, Lebens- und Genussmittel. In einem Falle besaß ihre Beute in einem Stillleben von Nudeln und ungefüllten Luftballons, die sie dann aufbliesen und steigen ließen; die Nudeln warfen sie weg, im Gegensatz zu einem Topf Soufflurs, die sie aufsaßen. Eine Trinkhalle, eine Kantine und zwei Klubhäuser suchten sie ebenfalls heim. In einem Klubhause erbrachen sie sogar sämtliche 17 Schränke. In einem Dugend Fällen richteten sie immerhin einen Schaden von etwa 1000 Mk. an. Sie erhielten nach dem Alter gestaffelt drei, vier und fünf Monate Gefängnis unter Zustimmung einer dreijährigen Bewährungsfrist.

Als Fünfzehnjähriger war er im Jahre 1916 in häßliche Dienste getreten; 1923 wurde er als Kavalotte peregrin. Bis 1927 verheiratet er sich einwandfrei. Wäghl wurde er träge und faul. Aus Faulheit trug er nach und nach 266 Steiner- und Mahnzettel nicht aus, sondern vernichtete sie. Außerdem unterschlug er kassierte Beträge von wenigen Mark im Gesamtwerte von 17 Mk. Dabei will er sich nichts gebacht haben — als Siebenundzwanzigjähriger! Geisteskrankheit soll nicht vorliegen, wenn er auch mit den Herren zu tun hat. Anzuchtstundenverrichtung, Amtsunterschlagung: 3 Monate 3 Wochen Gefängnis — keine Bewährungsfrist. Das ist hart, sehr hart!

Ein Vertreter wohnte mit einem Polen in Wien zur Untermiete. Mit der Hausangestellten unterhielten beide ein Liebesverhältnis. Alle drei beschloßen, die Wohnungsinhaberin zu bestehlen. Die Hausangestellte zeigte den beiden Männern in Abwesenheit der Besitzerin eine Kommode, in der Wertgegenstände aufbewahrt wurden. Mit einem Beil wurde die Kommode aufgewühlt. Tatsächlich befanden sich darin Schmuckstücke und Bar-

geld im Gesamtwerte von etwa 7000 Schilling (1200 Mk.). Nach Leitung der Beute machten sich die beiden Männer aus dem Staube. Der eine ging nach Polen zurück, der andere nach Deutschland, nach Leipzig, wo er seinen Wohnsitz hatte. — Die Hausangestellte wurde in Oesterreich angeurteilt. Der Pole ging frei aus, weil die polnischen Behörden eine Strafverfolgung wegen einer in Oesterreich begangenen Tat grundsätzlich ablehnen. Anders die deutsche Justiz. Der Vertreter wurde wegen der in Wien begangenen Tat vom Amtsgericht Leipzig zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

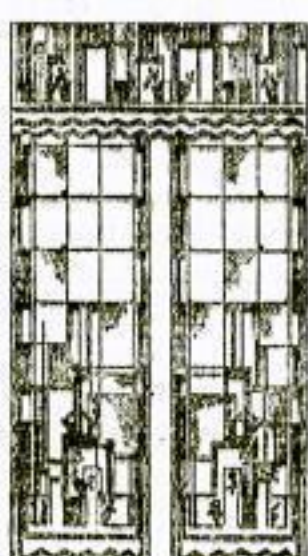
Der Bauer Städter aus Holzhausen war geizig, äußerst geizig. Neben seinem Gehöft hatte es gebrannt. Eine Menge Brandholz lag aufgelagert; Städter hätte es gar zu gern gehabt. Der Eigentümer wollte es verkaufen. Städter machte ein so niedriges Angebot, daß der Besitzer es lieber den Erwerbslosen zum Geschenk machte. Als Arbeitslose sich dann von dem Holze hielten, äußerte der reiche Bauer zu ihnen: „Nehmt mir auch was!“ Tatsächlich entwendete der Bauer widerrechtlich einen großen Teil



Nr. 2814. Neueste Musterung in gutem Gewebe 975



Nr. 31948. Streifenartiges Gewebe, effektvolles Muster 590

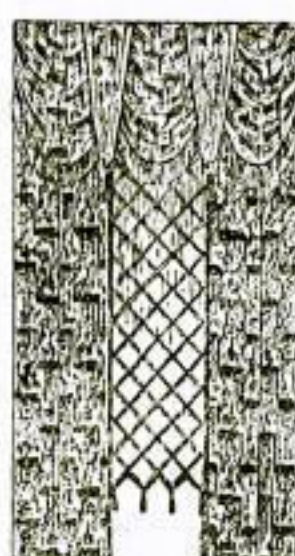


Nr. 6883. Moderner Kissenentwurf, Mako Qualität 1080



Nr. 942. Apache Tülldekorationen mit reichen Volants 1375

Nr. 136. Halbstore mit Quasten 950



Nr. 166. Garnitur aus weitem Matras mit reichgefalteten Böden 2450

Nr. 19. Florentiner Tüllstore 1275



Nr. 153. Volledekoration mit Seidenstrahlen und Quasten 2500

Volledekoration mit Seidenstreifen u. Seidenstrahlen 2950

„Die weiße Gardine“

in neuer Musterung, in verbürgt dauerhaften Geweben zu erstaunlich billigen Preisen bringt wieder

Methner

Vertrieb von Erzeugnissen sächsischer Gardinen-Fabriken Georg Methner & Co.

Ebenso auffallend preiswert bringen wir eine reichhaltige Auswahl schöner Muster in Voiles, Madrasstoffen und kunstseidenen Dekorationsstoffen. Wir zeigen Ihnen reizende Modellneuheiten unter Verwendung dieser Stoffe als

„bunte Gardine“

Besichtigung, Kostenanschläge und Beratung unverbindlich.



Nr. 180. Reiche Dekoration aus Kunstseidenstoff 3450

Nr. 23. Halbstore mit Handflöt 1200



Nr. 134. Dunkelgründige Madrasdekoration 1975

Florentinerstore 1650



Nr. 180. Dunkelgründige Madrasdekoration mit Seidenstrahlen 1885

Nr. 20. Halbstore aus gutem Tüllgewebe 525



Nr. 1108. Garnitur aus Indanthrenfarbig g. Mull in Kömerstreifen 1975

Nr. 70. Halbstore 775



Nr. 150. Buntgründige Kunstseidendekoration Indanthrenfarbig 2450

Nr. 78. Halbstore mit Handflöt und Pransen 1075



Nr. 1248. Dekoration aus buntbedruckten Vollen 1875

Nr. 34. Store 460

Verkauf nur: Neumarkt 204, Ecke Grimmaische Straße

Lindenaue, Demmeringstr. 32, am Markt — Eisenbahnstr. 70, zwischen Ostbad und Kirchstraße

Gohlis, Hallische Straße, Ecke Lindenthaler Straße

Züricher Wallfahrten

Memorial für C. F. Meyer, Keller, Hugo Ball, das Kabarett Voltaire und Lenin.

Von Heinrich Wiegand.

Wie mich der süße Atem runder Lindenbäume vor dem Bahnhof von Zürich überwältigte, ich vergesse es nie. Nirgends sonst hat mich der Lindenduft so dicht umhüllt. Wie ich dann um die donnernden Wehre und Mühlen irrte, über die Brüden lehnte und die Straßen entlang wehte, andante con moto, im Jidjad, sog ich überall voll Entzücken die reinste Luft ein, und es kam mir schier unglaublich vor, daß der Fleder, den mein guter Fuß betrat, Großstadt sein sollte, Stadt mit mehr als zweihunderttausend Menschen und einem schwarzen Industriequartier. Dort an der Limmat einen sich die Gegensätze von Stadt, Gebirge und See zu friedlicher vielbesungener Landschaft, dort wohnen vereint dicke, schwerköpfige, eh- und trinkelige Bürger und immer und immer viel heimatisches Volk, darbenbe Künstler und politische Flüchtlinge. Die solide Schweiz war Zuflucht ungezählter Anarchisten von jeder, die europäischen Revolutionen wurden entworfen am Züricher See.

Auf dessen Spuren ich zuerst wandelte in den lichten Züricher Tagen, der hatte freilich mit Revolution nur als Schilderer bewegter Zeitalter zu tun, und obwohl er ein Ideal von kommender besserer Menschengemeinschaft in sich trug, so bedachte er doch nicht den Weg dahin durch Blut und Tränen. Zu Konrad Ferdinand Meyers Grab stieg ich empor, den Althberg hinauf, durch das Dorf zum Friedhof über dem See. Eisen verhält die schwarze Marmorstufe bis auf die Schriftstelle. Nur den Namen und die Spanne seines Lebens künden sie. Zwei Lebensbäume an den Seiten, Lorbeer und wilde Rose über der Grabplatte und zu Seiten eine Fülle hellrot leuchtender Begonien. Würdig und schlicht, unsagbar schön ist die Ruhestätte.

Auf dem anderen Seeufer glommen Lichter auf, unten zogen Schiffe, oben die Wolken, und zwischen ihnen schimmerten die ersten blauen Sterne. Verse kamen mir ins Gedächtnis, und lautlos sprach ich sie vor mich hin, die Utopie C. F. Meyers:

Es sprach der Geist: Sieh auf! Die Luft umbläut Ein unermeßlich Maß, soweit ich schaute, Da sprangen reich die Brunnen aus des Lebens, Da streckte keine Schale sich vergebens, Da lag das ganze Volk auf vollen Garben, Kein Bloß war leer, und keiner durst' darben.

In den abendlich phantastisch verwinkelten Gassen der Altstadt, gegenüber von Gottfried Kellers Elternhaus, nahe bei Lokalen, die mit roten Lampen und Lärmmusik locken, fand ich die Kesselflamme. Dampfkammer steht im Schwinger Düssel über dem Eingang. Wenn man die schmale Holzstiege hinter sich hat, ist rechts das Loch, das diesen Namen führt, die Kammer, in der ein starker Feinter und großer Dichter allabendlich zechte, schwachle und sinnierte. Die langen Holzstiege haben keinen Platz mehr für neue Kratzer, alle Ledermänner und Schulzen schnitten ihre unersüßlichen Namen hinein. Von der Vergangenheit künden eine Kesselflamme und die berühmte Radierung Stauffer-Berns. Da sah Keller lüdenbeinig auf dem Stuhl, mit der Zigarre in der hängenden Hand, und sah heute an vier besessenen Gästen, wie Wein auf Leute wirkt, die in geistigen Getränken und geistigen Taten weltersen von keiner Leistung bleiben. Sie grüßten angelegentlich Schlager, waren mit Glöckchen aus ihrem Kühlblech nach dem Fenster zur Küche und mit einem Wischtuch mein Glas um. rote Fleder schändeten das Reifkleid der guten Gesellschaft meiner Züricher Distillationen. Eine Minute bleiches Schweigen. Einer entschuldigte sich dann wortreich, der hemdärmelige fettsünder aber begehrt kühlend und rülpf auf. Später schloß er, wenn ihm die Luft zum Singen ausging, ein dudendmal: Freiheit und Vaterland... Ein Sinnbild aller Nationalisten: Wenn sie voll sind, rufen sie nach der Freiheit und regieren sie im nächsten Augenblick durch einen Bauernrath vom Vaterland. Als ich die Kesselflamme verließ, wußte ich, daß Dichter besser an ihrem Grab als in ihrer Stammtafel zu feiern sind.

Tags darauf ging ich am Schanzengraben spazieren. Im zweiten Stock eines Gehäuses wohnt während des Winters als bescheidener Untermieter Hermann Hesse. (Der wichtige Zufall fügte, daß die Namensschilder am Tor zwei andere berühmte Namen aufweisen: Hugo Wolf und Prof. Jhokke. Ob jener etwas mit dem herrlichen Musikanten, dieser mit dem leinzeitig ungemiebt besetzten Erzähler, Freigeist und Revolutionär zu tun hat?) Nahebei kratelte die Hauptverkehrsstraße, doch hier am Schanzengraben stand abseitige Stille. Straße, Vorgarten, Fluß und Mauer erinnerten an die kleine schwäbische Heimatstadt Hesses, und das Haus an den „Steppenwolf“, jenes wundersame Werk, gemischt aus mutiger antihörgerlicher Provokation und zarter Traumbildung, das Hesse im letzten Winter hinter den Fenstern da oben beendet hatte.

Als ich zu den Fenstern hinauf sah, war der Dichter fern, in seiner Stube wohnte die Frau seines liebsten Freundes, wohnte Emmy Hennings, erschütternde Dichterin von Innigkeit und Verlassenheit der schweißenden Mädchen. Ihr Mann lag nach einer schweren Operation im Roten-Kreuz-Krankenhaus. Ich fuhr hinaus zu ihm, durch die breiten, hellen, eleganten Straßen der neuen Stadtteile. Der See schimmerte in der Julisonne. Eine Stunde sah ich an Hugo Balls Krankenbett, sah in die wissenden Augen seines langen, schmalen, romantisch dunklen Gesichts, dessen Zerwühltheit schon gemildert war durch langes Leiden, hörte auf die leise, musterküllte Stimme. Mit welcher Klarheit charakterisierte der in allen Feuern erhärtete Geist den deutschen Zustand, wie schied er überlegen die geistige Gemeinschaft von ihrem lieben Erbk, der Clique... wie sprach er fatesüchtig von geplanten Werken. Heute, da ich dies schreibe, ist sein Werk abgeschlossen. Hugo Ball ist tot. Der teure Anblick, den ich genoss, war ein letzter. Es bleiben die Früchte seines Geistes, Bücher blutvollen Kampfes, unerbittlicher Kritik und dichterischer Verlebung.

Hugo Ball war es, der während des Krieges in Zürich die revolutionären, aktivistischen Geister sammelte, unbestechlich und furchtlos gegen den deutschen Kriegsgestirkt tritt und den Dadaismus begründete als eine Waffe gegen die Verlogenheit von Zeitgeist und Zeitgeist. Er errichtete ein Podium für die Austreibung des alten und Verkündung des neuen Wesens, das berühmte Kabarett Voltaire, in dem sich die Emigranten aller Nationen trafen, Deutsche, Russen und Franzosen. Am Tage nach dem Gespräch mit Ball suchte ich die Stätte auf. Liegt auch in der labynthischen Altstadt, nahe bei der Kesselflamme, an der Ecke der Spiegelgasse. Meiner heißt sie, eine holländische Vikarstube mit zwei kleinen niedrigen Räumen. Nichts erinnert an das Kabarett. Ich forschte danach. Der Kellerer wußte nichts, die Büfettmaid nichts, die Wirtsfamilie nichts. So vergeht der Ruhm der Welt.

Ich forschte auch nach dem Ort, an dem der Keres in der... (Text is partially obscured and difficult to read due to image quality)

weist zu Lenins Wohnung. Dafür liest man öfter: Madame X, 3. Etage. In einem kleinen Blöke steht das Haus zum Waltes, an ihm meldet eine Schrift, daß Goethe sich hier bei Lavater aufgehalten habe. Sieh an, Goethe und Lenin in einer Gasse! Aber der Lenin hat noch keine Tafel. Ein Briefträger, befragt, ist ahnungslos. Ich klopfte nun die Restaurants ab, und im blauen Himmel funktioniert die Kellnerin. — Ich müßte ins Wirtshaus zum Jakobbrunnen gehen. — Gleich ist ich drin. In der spießigen, verräucherten, mit verben Witzbildern behängten Kneipe wird zu Lenins Zeit mancher Liebling der politischen Polizei gewartet haben. Ein Plakat des Arbeiterkassenbundes wird mit roter Fahne: Arbeiter, vereinigt euch! Die Wirtin hat nichts mit Lenins Wohnung zu tun. Ich müßte die Frau St. fragen, zwei Stock hoch. Ich ging im Halbdunkel an der richtigen Tür, die seitlich auf halber Treppe ist, vorbei, Kinnste das Haus durch, stieg bis zum Dach und sah über das Gewir der Proletengassen bis zum freundlichen Zürichberg hinüber. Oft hatte ich von Lenins Dachstube in Zürich gelesen. Damit war es nichts. Ich müßte in den zweiten Stock zurückkehren.

„Ja, das ist hier, aber 's is nig zu seht.“ Frau St. ließ mich dennoch ein. Die niedrige Wohnung ist so verzwickelt wie der ganze Stadtteil. — „Da habe Sie das Zimmer.“ — Ein lichter, mittelgroßer Raum, der benützt wird von irgendwem. Ehrste und Kleidungsstücke, zwei Betten, ein winziger Schreibtisch, ein Verschlag in der Wand, hell getäfelter Fußboden. Durch die Fenster sehe ich auf die Spiegelgasse, auf ein laches Dach. Im Winkel eines zurückstehenden Hauses verkauft ein Antiquar spirituelle Bücher. Ja, hart im Raume stoßen sich die Sachen.

Die Frau erzählte: Als ich hierher zog, war er nur noch drei Tage da. Ich wohnte vorher gegenüber. Oft sing er mitten in der Nacht zu schreiben an, im Nachhinein sah er am Schreibtisch. Mancher verscherte uns schon, das Zimmer würde einmal von der russischen Regierung erstanden. Nichts hat sich gerührt. Kaufen Sie's!

Ich entgegnete, es ginge mir bestimmt nicht besser als ihr. Worauf sie: Dann könnten Sie nicht hierher reisen. — „Madame, wir arbeiten auch fünfzig Wochen, um zwei verbumeln zu können.“ — Na, sie könnte nicht mal eine Woche verreisen, schloß Lenins Wirtin das Gespräch. Ein Knabe war hereingekommen, Verwandte standen herum. Geld für Befästigung, Zeiträub, Führung wollte die Frau nicht haben, schließlich nahm sie einen Kranken an. — Für den Subi, sagte sie. — Ein fremdes Kind sparte im Zeichen Lenins. Nichts sonst befandete, daß in dem letzten Raum von einem unermeidlichen Denker die Vorarbeit getan wurde für einen gewaltigen Rud der Weltgeschichte, die Berechnung für eins ihrer kühnsten Experimente.

Am die Mitternachtsstunde geriet ich nochmals in die armbreiten Gänge des Niederdors, ließ zwischen den mittelalterlichen Häusern herum. Der Mond glänzte auf langgestrigen spitzen Dächern. In Gassenwänden prahlten viel Sprüchlein von gutem Essen und Trinken, gefällige Mädchen winkten an den Ecken. Wieder stieß ich durch die Spiegelgasse, hielt beim offekten Buchhändler, sah zu Lenins Fenstern empor. Hier hatte einer gekauft, der keine neuen, überwältigenden Ideen, aber Phantasie der Tat bejaß. Einer, der menschlich so gewinnend, überzeugend und beweglich war, daß er alle überwand, alles durchsetzen konnte. Mir sagte jemand, der ihn gut kannte, in des Wortes edelster gewichtigster Bedeutung sei Lenin ein Charmeur gewesen.

Wenige Schritte weiter beleuchtete die Straßenlampe Goethes Gedenktafel. Der hatte auch, wie der Führer der Massen, keine neuen überwältigenden Ideen ausgedreht, aber die Phantasie des Wortes trug ihn in die Höhe, und wie um den Taimenschen Lenin war um den Wortmenschen Goethe die magische Wirkung des Genies. Phantasie plus Magie plus beständige ungeheurer Arbeitsleistung: das war die Formel, welche die Nachbarn aus der Spiegelgasse zusammensagte. Lenins rastlose Bewegung, Goethes ruhige Gestalt, sie strebten in einem letzten höchsten Sinne jenem Ziel zu, das Gefährte und Führerlose, Kollektivist und Aufseher in bewußten und befreiten Augenbliden, zwischen der getriebenen Betriebsamkeit, Schmerzhaft stark herbeiwünschten, jenem Zustand, den Goethe besänftigend beschwor: Silber Friede, komm, ach komm in meine Brust. Johann Wolfgang Goethe hatte ihn erreicht, und Wladimir Iljitsch Lenin, auch Meyer, Keller und Ball. Sie ruhten. In den elektrisch lärmenden Häusern mit den brennenden Mädchen suchten welche die Lösung vorzunehmen. Doch der Nachwind, der vom See her schwang, verheißt einen noch kommeneren Grad des Friedens. Seine Berührung für eine kühnliche Stunde zu suchen, schritt ich ihm entgegen. Am Ufer warteten die alten Kasanien, die kühlen Sterne im Seespiegel und die dunkle Melodie des Wassers.

Kleine Chronik

„Das Leben König Eduard II. von England“, eine dramatische Historie aus dem Jahre 1327, von Marlowe 1599 geschrieben, von Brecht 1924 erneuert, die uns scheinbar gar nichts mehr, bei genauerem Hinschauen aber doch gerade deshalb eine ganze Menge zu sagen hat, die im Alten Theater unter Kronacher Leitung eine schöne, bild- und tonreiche Aufführung erlebte, soll morgen näher betrachtet werden.

Schule Hellerau-Lagenburg. Man wird es von Mai zu Mai müder, um die Darbietungen von Gymnasialschulen und moderner Tanzkunst viel Worte zu machen. Wahrscheinlich aus diesem Grunde hat sich jetzt in Berlin ein Verband der Tanzkritiker aufgetan, um das Gerede wieder in Schwung zu bringen und sich selbst im Laufen zu halten. Ein Leben als Tanzkritiker — Glück auf! Die rhytmisch-gymnastische Vorstellung der Schule Hellerau-Lagenburg war wohl die dritte oder vierte von öffentlichen Gymnasialstunden innerhalb eines Jahres, eine der vorangegangenen schon ein Weniger von ihrem Stamme. Der hohe Wert solcher Übungen für den Körper: längst außerhalb jeder Distillation. Die besondere musikalische Feinlichkeit der Dialekt-Zwinger und ihre Fähigkeit zu musikalischer Erziehung: weithin bekannt. Das von Christine Baer-Freilich im Weihen Saale des Zoo Vorgeführte: qualitativ hochstehend. Was es im einzelnen gab an Beden, Wirbelsäule, und Extremitätenbau, an Driegerübungen, Transposition von Musik in Bewegung usw. usw. — darüber ist hier schon manches Mal berichtet worden. Und das auch anjetzt viel wiederholt und die Dauer einer pädagogischen Vorführung reichlich überdehnt wurde, stelle ich mich Ermüdung ein. Mit dem nämlichen Recht, wie sich die Tanzpädagogen wichtig nehmen, könnte demnachst Unterricht im Zitherspiel oder eine Stunde Bilanzrechnung auf dem Podium durchgeführt werden. Man könnte ja dazu — um das Amüsament nicht zu vernachlässigen — die Mädchen im Tricot antreten lassen. Denn, machen wir uns doch nichts vor: daß nun die früheins Bildgard und Kelly eine 16tägige Periode komponieren und in den Raum legen können — was hilft es uns, werden sie damit der Welt im Hause und draußen ein anderes Gesicht geben? Und so schon die Reden vom Körper gibt, das glücklich machend und mit der Welt richtig zu werden, daß sie: wie ein Akt der... (Text is partially obscured)

gedenken können. Zugestanden nochmals, daß alles, was die Helle: auer bringen, gut, überlegt und dienlich ist, es wendet sich heute, mit geringfügigen Ausnahmen, an ein wohlhabendes Bürgertum. Das Proletariat ist bei der Abfertigung kaum Zuschauer, geschweige denn Ruhnießer. Und so endet solch wohlgepflegter Abend metwirdiger, aber natürlicherweise mit nichts anderem als dem Satz, daß wirtschaftliche Verhältnisse und soziale Schichtung von Grund auf geändert werden müssen, ebensowir liebensvoller und gläubiger von der Schule in Lagenburg reden können und wollen. H. W.

Eine Riesbibliothek in München geplant. Der Münchner Presse und Vertretern der Wirtschaft wurden die Pläne für eine Bibliotheks- und Studienhausbau des Deutschen Palaeums vorgelegt. Die Bibliothek soll die größte der Welt werden, mit einer Ausnahmefähigkeit von über einer Million Bände. Eine ganz neue Etrungenschaft wird die Plansammlung, in der sämtliche Pläne aller technischen Anlagen, Bauten und Werte der ganzen Welt kopiert oder photographiert enthalten sind. Außer vier Vorzugsstellen ist ein riesiger Hof projektiert, der Platz für 10 000 Menschen bieten soll und nach Art des antiken Kolosseums angelegt wird. Der Neubau kostet sieben Millionen, wovon die Stadt München bereits eine Million und die Industrie eine Viertelmillion gestiftet hat. Größere Zuschüsse vom Reich und vom bayerischen Staat sind zu erwarten. Mit den Ausschachtungsarbeiten wird bereits in den nächsten Monaten begonnen werden.

Hochhaus-Phantasie. Man kann wohl sagen, daß wir zur Zeit in Europa an einer Art „Hochhaus-Phantasie“ leiden. So begann Studienrat Wendens-Rienburg seinen sehr aktuellen Vortrag über „Das Hochhaus, seine Wirtschaftlichkeit und baulichen Grundlagen“ jüngst in einer Sitzung des Verbands technischer Vereine, Ortsgruppe Hannover. Der Hochhausstaukel hat auch ganz kleine Städte ergriffen, so plant Frankfurt a. M. mit seinen kaum 45 000 Einwohnern den Bau eines 16stöckigen Rathauses. Wir haben keine Ursache, in Deutschland das Beispiel Neuport's slavisch nachzuahmen. Der Hauptgrund für den Bau der amerikanischen Hochhäuser ist nur die ungenutzte dauernd sich steigende Bodenspekulation. Dazu kommt noch die persönliche Eitelkeit des amerikanischen Geschäftsmannes, der lieber in einem der neuesten Volkenträger ein ganz kleines Bureau mietet, als in einem älteren Gebäude ein vielleicht drei- bis viermal so großes. Wie stellt sich der Bau eines Hochhauses wirtschaftlich? Hamburger Untersuchungen brachten heraus, daß Hochhäuser eigentlich nur bis zum 11. Stock wirtschaftlich sind. Führende Architekten nennen als wirtschaftliche Grenze eines Neuporter Volkenträgers höchstens das 16. Stockwerk, alles darüber hinausreichende ist lediglich reifflamehaft.

Plattische Chöre. Montag, den 19. März, 20 Uhr, veranstalten die Plattische Chöre in der Albertshalle ein Märzkonzert (für die Märzfesten). Es kommen Orchesterwerke des Genossen Heinz Tichen; Revolutionsouvertüre; Hamlet-Suite (erste Ausführung); Totentanz für Violine und Orchester (Aufführung) unter Leitung des Komponisten zur Aufführung. Mitwirkende: Frau Pektö-Schubert (Violine); Alfred Beierle (Regulation); Theo Mayer (Ansprache). Die Chöre unter Leitung von Barney Licht bringen an diesem Abend alte und neue Liederschöre.

Neues Theater. Mehrfacher Erkrankung im Personal halber können die Opern „Der Zar läßt sich phlogozaphieren“ und „A basso portu“ erst Sonntag, den 25. März, zur Wiederholung gelangen.

Der hohe Beruf

Wenn man es ganz genau betrachtet, dann ist die berühmte Kamellendame des jüngeren Dumas für die Bourgeoisie des zweiten französischen Kaiserreichs so eine Art von Alt-Heidelberger gewesen. Für den hohen Beruf des Prinzen Karl-Heinrich tritt die Karriere des jungen Duval und die angemessene Vermählung seiner Schwester ein, welche beide nicht durch allzu innige Herzensbeziehungen zu einer berühmten Rolante — jener Marguerite, die sich nur mit Kamellen schmückt und daher ersten Spignamen hat — gefördert werden dürfen. Denn obwohl der erfolgreiche Autor für seine „Gefallene“ plädiert, etwa im Sinne von „jene sind auch Menschen und es gibt sogar edle unter ihnen“, so nimmt er doch die Karrieren und die Konnexionen genau so wichtig, wie seine behabigen Zeitgenossen. Die Komelindame selbst beschäftigt durch ihre letzten Worte noch, daß nur der Tod ihr besiedetes Dasein entsühnen konnte und daß Gallons Vater sehr recht hatte, den Sohn nur deshalb wieder zu ihr zu schicken, weil er wußte, daß sie eine Sterbende war, daß sie also keine gutbürgerlichen Beziehungen mehr verpachen konnte. Gewiß nicht halb und nicht viel so bloß wie Alt-Heidelbergs ausgelockerte Burschenherlichkeit, aber immerhin das Gefühl der unter dem dritten Napoleon herrschenden Klasse, der so etwas ja außerdem noch eine beinahe anfängliche Teilnahme für den weiblichen Wsall ihrer gutgeübten Klassenmachinerie bedeutet.

Die Rolante Marguerite also ist viel zu sentimental, um revolutionär zu sein, und als Ruhniekerin des Geldes der männlichen Oberschicht ist sie ja auch von deren Ideen infiziert und sieht sich bei Dumas selbst mit den Augen einer Bourgeoisie als die Gefallene und Besessene, die entzückt sein muß, wenn ein fetter Spielbürger sich „achzungenvoll“ an sie unterbreitet. Sie ist weiter nichts als eine prächtige Rolle, ist als Bühnenfigur ein Gebicht von der Liebe und vom Tode, ein Gebicht, das nach der großen Französin Sarah Bernhardt und der großen Italienerin Eleonore Dufe auch die große Dänin Asta Nielsen auf ihre Weise vorgetragen hat. Nicht nur ein lohnenderes Objekt als jener amerikanische Schmarren, mit dem sie in Leipzig auf der Sprechbühne wieder anfing, sondern eine der dankbarsten sentimental Partien der Weltliteratur in einem gutgebauten Theaterstück, dessen erlebige Genussung ja nicht die Echtheit der Gefühle beeinträchtigt, die unter dem Druck solcher Geninnungen gewachsen und natürlich waren.

In einem recht ordentlichen, weiter nicht auffallenden Ensemble, das von ihrem Gatten, dem russischen Stanislawski-Schüler Chmata geleitet wurde, spricht sie ihr leicht gebrochenes Deutsch, das den fremdbartigen Reiz der Kamellendame — die ja wirklich keine geborene Pariserin zu sein braucht — noch erhöht. Der dunkle warme Glodenton ihres Organs und das wundervoll scharfe Filistren einer Stimme, die tonlos noch den Raum füllt, entscheidend reichlich für einige Silben des Textes, die sonst jenseits verloren gehen, weil nicht jeder deutsche Konsonant mühelos über eine dänische Junge kommt. Die Rolle hat für ihr Spiel zwei große Höhepunkte: Erst die glücklich Lebende, die noch einmal jung wird. Eine frühlich spielende Tigertanz. Ein im Grunde gutmütiger, aber festlich nicht ganz bequemer Liebestamerad. Nachher und am Ende die Sterbende an einer großen Liebe. Sie klettert im Lehnstuhl mit ihrer letzten Kraft in die Höhe, um den Geliebten zu erspähen, wie ein kleines Kind, das lange auf die Mutter gewartet hat und sie nun endlich nach Hause kommen hört. In des Freundes Armen kämpft sie den letzten Kampf zwischen Liebe und Tod, bei dem sie immer mehr verwehrt, grau und starr wird und einzugrumpfen scheint in sich selbst.

Man wünscht sich noch so einen Eindringling in ein gutes Stück moderner Pantomime für die Rollen. Man wünscht sich, daß das Werk aus dem Werke, das sie ursprünglich war und das sie im Film schon oft gewesen ist, auch auf einer deutschen Bühne zu sehen und zu hören.